

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt M 1 August 8/70
1,— DM



Che's Kampfgefährtin:
La Guerillera Tamara
In der Rüstung sind sie fix:
Die Blohm & Voss-Story

Gewerkschaftsjugend:
Prozenttarif!
Lehrlingsstreikrecht!

**SCHLUP MIT DEM ALTEN MIEF
JETZT PROZENTTARIF!**

PRO-E

elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



PFUNDS SACHEN



Zäher Pädagoge

Mit Zähigkeit wußte er seine Ziele anzustreben. Sein außerordentliches Durchhaltevermögen war ihm dabei eine gute Hilfe. Das merkte man nicht nur, wenn man mit ihm im Ausland weite Strecken reiste, sondern auch in mancher

Nachtsitzung . . . Wenn auch die Pädagogik nicht sein liebstes Kind war, so hat er dennoch unsere Kinder und Jugendlichen verstanden und mit ganzem Herzen vertreten.

Bodo Brücher über den ausscheidenden „Falken“-Vorsitzenden Klaus Flegel, „jg-aktuell“, Juni 70

Agitpropwurm Willi und der Hinterwäldler

Zeichnung: H. Gölzenleuchter



Jung und alt

Wir haben z. B. einen 24jährige Genossen, der verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, Aber natürlich haben wir auch ältere Genossen dabei. Der 2. Vorsitzende ist sogar schon 33 Jahre. Aber alle zusammen sind wir doch ein junges Team.

DKP-Mitglied Berit Peetz hat „Unsere Zeit“ (Schleswig-Holstein-Ausgabe) über ihre Geeshafter DKP-Gruppe, 27. 6. 1970

Oben ohne

In ihren Arbeitskleidern, mit nacktem Oberkörper, die Frauen in leichtem Schuhwerk, das ausgezogen wurde, nachdem die erste Blasen auftraten, demonstrierte die Continentäler durch den Platz zum Königsworther Platz.

„Unsere Zeit“, Niedersachsenausgabe, 20. 6. 1970.

Na, na, na

Kürzlich las ich, daß ein Engländer, als er hörte, daß seine Mannschaft verloren hatte, sich aus dem Fenster stürzte. Das geht nun wirklich zu weit.

Oberkirchenrat Dr. Wolfgang Kratz, Darmstadt, im TV-Wort zum Sonntag, 20. 6. 1970.

Gruß-Ehre

Quizfrage: Warum wird nach dem neuen Grußordnung (ZDv 10/4 Kapitel 2, Ziffer 6, Absatz 4) der Mitfahrer „auf Rücksitzen vor Kraftfahrern“ von der Ehre ausgeschlossen, seinen Vorgesetzten weiterhin huldvoll zu grüßen?

Eghard Mörbitz in der „Frankfurter Rundschau“, 29. 6. 1970

Kalter Haß

Hassen die Frauen am frühen Morgen wirklich einen eiskalten BH? BILD möchte gerne wissen: Was hassen die deutschen Frauen am frühen Morgen?

Umfrage der BILD-Zeitung, 9. 6. 1970

Lieber Leser,



Was „sozial ausgeglichen“ ist, wollte kürzlich ein Leser von uns wissen. So hatte nämlich Bundeskanzler Brandt die steuerlichen „Konjunkturdämpfungsmaßnahmen“ seiner Regierung bezeichnet. Wir konnten den Leser beruhigen: die Lohnsteuervorauszahlungen sind so „sozial ausgeglichen“, wie unsere ganze Gesellschaftsordnung.

In diesem Fall ging das so vor sich: Die Unternehmer haben in unserer Wirtschaftsordnung der „Freien Marktwirtschaft“ die Möglichkeit, ihre Profite durch Preiserhöhungen ständig zu verbessern. Sie nehmen, was sie kriegen können. Durchschnittlich um 9 Prozent erhöhten sie in diesem Jahr mit dieser Methode ihre Profite. Um aber von der eigenen Profitgier als Ursache der ständigen Preiserhöhungen abzulenken, geben die Unternehmer den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften die Schuld; man führt gestiegene Löhne ins Feld. Was aber verschwiegen wird: Der Lohnkostenanteil an den meisten Industrieerzeugnissen ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Immer größere Vermögen sammeln sich bei immer weniger Personen an. Trotz steigender Löhne und Gehälter sinkt der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen.

Die Regierung kennt diese Entwicklung genau. Aber in ihrem Streben nach „sozialer Ausgeglichenheit“ unternimmt sie nichts, um diese Entwicklung zugunsten derer, die sie gewählt haben, zu verändern. Im Gegenteil: Die Arbeiter und Angestellten werden aufgefordert, auf Lohnerhöhungen zu verzichten, um den Unternehmern das Alibi für weitere Preissteigerungen zu nehmen.

Da aber diese Appelle nicht ausreichend erscheinen, müssen andere Mittel herhalten, um dem Preisauftrieb zu begegnen. Wer an das Wort von der „sozialen Ausgeglichenheit“ glaubt, wird nun annehmen, solche Maßnahmen sähen einen gesetzlichen Preisstopp vor. Aber weit gefehlt! Nicht die Preise werden beschränkt, sondern die Nachfrage, die Kaufkraft. Das bedeutet: Erhöhung der Lohn- und Einkommenssteuern. Nichts anderes hat die Regierung jetzt beschlossen.

Sie hat jenes Stabilitätsgesetz angewendet, das wohl Steuererhöhungen für den sogenannten kleinen Mann zuläßt, in dem aber alle Paragraphen fehlen, die etwa eine Preiskontrolle oder einen Preisstopp der Unternehmer vorsähen. Ein richtiges Notstandsgesetz also, mit dem auf das Volk gehauen wird zur Freude der Großen.

Nun werden einige einwenden: Aber die Regierung handelte doch so schön „sozial ausgeglichen“, indem sie auch den Unternehmern Steuervorauszahlungen auferlegte und ihnen gewisse Steuervergünstigungen wegnahm. Schön und gut, aber die Regierung vergaß, den Unternehmern zu sagen, aus welchem Topf sie diese Steuern zahlen sollen. Die werden – so gut kennen wir die! – das Geld nicht von den Profiten nehmen, sondern durch erneute Preiserhöhungen hereinholen.

So müssen die Arbeiter und Angestellten zahlen: 1) die Steuervorauszahlungen, 2) die weiter steigenden Preise und Mieten, 3) die weiter explodierenden Profite. Sage keiner: die Lohnsteuervorauszahlungen belasten nicht alle Einkommen und würden außerdem zurückgezahlt. Denn die Preiserhöhungen müssen alle zahlen, und zwar jetzt. Und schon zu viele Wahlversprechen wurden gebrochen, als daß man einer Rückzahlung sicher sein darf.

Die Bundesregierung setzt auf ein paar Superreiche, und sie versetzt ihre Wähler. In England hat es eine sozialdemokratische Regierung ebenso getrieben – und sie erhielt die Quittung. Will es die SPD-Führung ebenfalls darauf ankommen lassen? „Rund 23 Millionen Arbeitnehmer müssen sich der Unternehmerwillkür von ein paar hundert oder tausend gewinnsüchtigen Kapitaleignern ausgeliefert fühlen“, schreibt das Gewerkschaftsblatt „Druck und Papier“.

„Sozial ausgeglichen“? Nichts da. „Der Unternehmer, weitgehend souverän über Preise, Gewinne, Investitionen und damit über Arbeitsplätze, kann in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen nicht aus seiner zentralen Rolle verdrängt werden“, schreibt die „Frankfurter Rundschau“. Gut, dann laßt uns die kapitalistische Wirtschaftsordnung verdrängen. Fangen wir damit an: durch Kampf um Mitbestimmung, um höhere Löhne – jetzt erst recht! – um Preisstopp. Die kommenden Tarifverhandlungen der Gewerkschaften müssen genutzt werden, um ein Mehr an Löhnen und Gehältern von mindestens 15 Prozent herauszuholen – zu Lasten der Unternehmerprofite. Junge Arbeiter und Lehrlinge stehen in diesem Tarifkampf nicht abseits: sie kämpfen um den Prozenttarif für Lehrlinge und um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Das Volk muß souverän sein – über Preise, Investitionen, Arbeitsplätze, über den ganzen Staat.

Herzlichst

Helmut Jander

INHALT

Betriebsreport

Die Blohm & Voß-Story 4

SDAJ-Kongreß

Von Lenin lernen 9

Lehrlinge in Aktion

Gewerkschaftsjugend:

Kampf um Prozenttarif für Lehrlinge 12

International

Tamara Bunke — eine deutsche Guerillera 15

Opposition in Israel 28

Jugendpolitische Blätter

Geheimdienst gegen Jugendverbände 19

Interview mit Walter Ulbricht 21

Freizeit und Arbeiterjugend 22

Buchbesprechung

Sex von A bis Z? 32

Monats-Magazin 23

Tagebuch der Redaktion 31

Leser 34

Film 36

Song-Magazin 38

FOTOS. ap (2), Thomas Billhardt (1), Columbia/Bavaria (1), Constantin (1), dpa (7), Nikolaus Herzog (1), Arthur Killus (1), Heinz Hollmann (1), Will McBride (6), Klaus Rose (4), Manfred Scholz (2), Manfred Silberzahn (3), Teldec (1), United Artists (1).

TITELBILD: Manfred Silberzahn und Jerken Diederich.

In der Rüstung sind
sie fix:

DIE BLOHM & VOß STORY

Zusammengestellt von Lehrlingen
und Jungarbeitern der Werft
Blohm & Voß

Redaktion: Hans-Jörg Hennecke

SS

Wer in Hamburg war, hat neben der Reeperbahn auch den Hafen gesehen, hat vielleicht auch an einer Hafenrundfahrt teilgenommen. Neben Schiffen aus vielen Ländern der Erde fallen der Landratte die riesigen Docks auf. Der Besucher winkt den Arbeitern zu, die auf den Schiffen Überholungs- oder Reparaturarbeiten ausführen. Für sie ist der Hafen längst keine Attraktion mehr. Und wer hier bei Blohm & Voß auf den Helgen (Schiffsbauplätzen) acht Stunden Akkord am Tag ‚runterreißt‘ – mit Watte in den Ohren, weil der Lärm sonst die Trommelfelle kaputtmachen würde – verflucht abends den frischen Seewind, für den Zehntausende Touristen harte DM auf den Tisch blättern.



BLOHM + VOSS DOCK 9

„Wir brauchen Dich“ ist auf Werbeplakaten und in Zeitungsanzeigen von Blohm & Voß zu lesen. Arbeitskräfte werden fast immer gesucht, weil viele schon nach kurzer Zeit die Werft wieder verlassen. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal und die Löhne stehen in keinem Verhältnis zur geförderten Leistung.

Auch Herbert Stender ist nur zehn Tage auf der Werft gewesen. Doch bei ihm liegt die Sache anders: obwohl er dableiben wollte, obwohl seine Meister mit ihm zufrieden waren, bekam er den blauen Brief. Was Herbert Stender in den zehn Tagen erlebt hat, hörten wir von ihm unmittelbar nach dem Rausschmiß. (Bericht siehe Kästen)

Blohm & Voß — Zynismus, der kaum zu übertreffen ist

In vielen Konzernbetrieben haben wir erfahren können, wie hemmungsloses Profitstreben im Mittelpunkt aller Unternehmertätigkeit steht. Doch mit welchem Zynismus das bei Blohm & Voß geschieht, wie hier aktenkundige Verbrechen – begangen durch eben diesen Konzern – einfach abgestritten werden, ist ungeheuerlich! Vor mir liegen drei Briefe.

Der erste Brief: Der Bundesvorstand der SDAJ bittet die Firmenleitung, anlässlich seines internationalen Lenin-Kongresses zu Ehren der ermordeten KZ-Häftlinge auf

dem Werftgelände einen Kranz niederlegen zu dürfen.

Zweiter Brief, Antwortschreiben der Blohm & Voß AG (Auszug): „Ihre Behauptung, daß sich auf unserem Gelände ein werfteigenes KZ befunden habe und dort Häftlinge ermordet worden seien, weisen wir zurück, da sie nachweisbar unrichtig ist. Es besteht also kein sachlich begründeter Anlaß zu der von Ihnen beabsichtigten Kranzniederlegung.“ Wer nun meint, dieser Zynismus sei durch nichts mehr zu übertreffen, sieht sich getäuscht. Im letzten Absatz des gleichen Briefes heißt es: „Von Ihrer ernsthaften Absicht, die KZ-Opfer würdig zu ehren, werden Sie am besten dadurch überzeugen, daß Sie diese Ehrung an

einer der bestehenden Gedenkstätten und in einer dem damaligen Geschehen angemessenen Form vornehmen.“
 Der dritte Brief, datiert vom 16. Oktober 1969, ist von Willy Brandt an den Präsidenten des Bundesrates gerichtet. Brandt teilt darin zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes mit, welche Konzentrationslager während des Naziregimes existiert haben. Unter der laufenden Nummer 500 ist zu lesen: „Hamburg, Blohm & Voß, bis 21.4.1945“. Gekennzeichnet als Außenkommando des KZ Neuengamme. Historischer Tatbestand ist also, daß auf dem Werftgelände ein KZ-Außenkommando errichtet wurde, dessen Häftlinge bis zur physischen Vernichtung für die Rüstungsgewinne von Blohm & Voß arbeiten mußten. So etwas nennt man schlicht Sklavenarbeit.

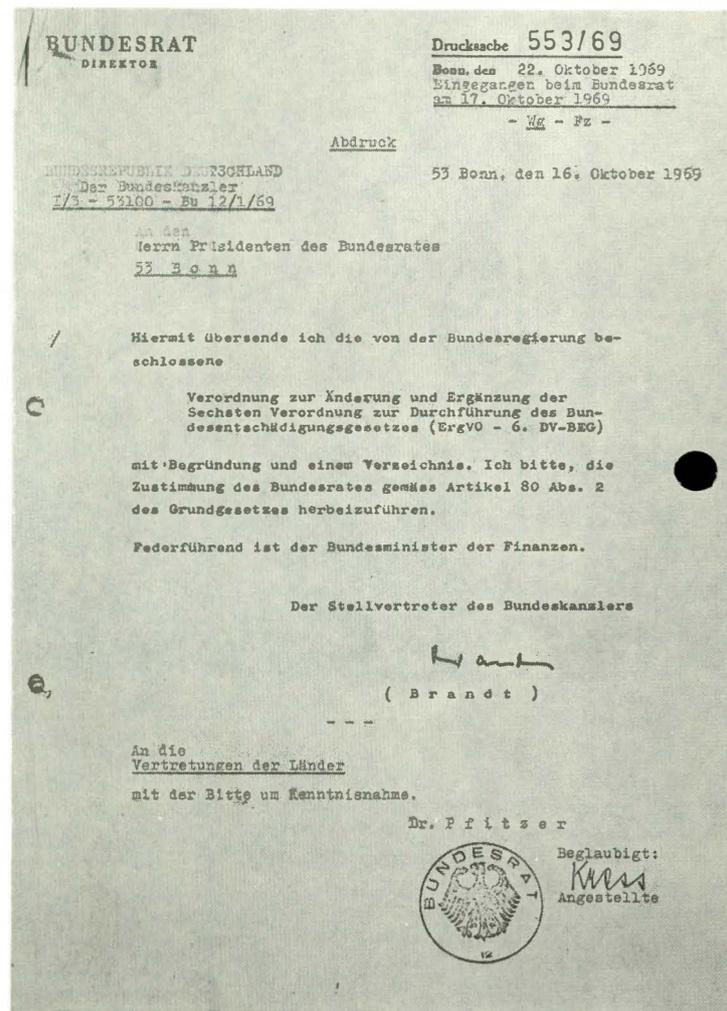
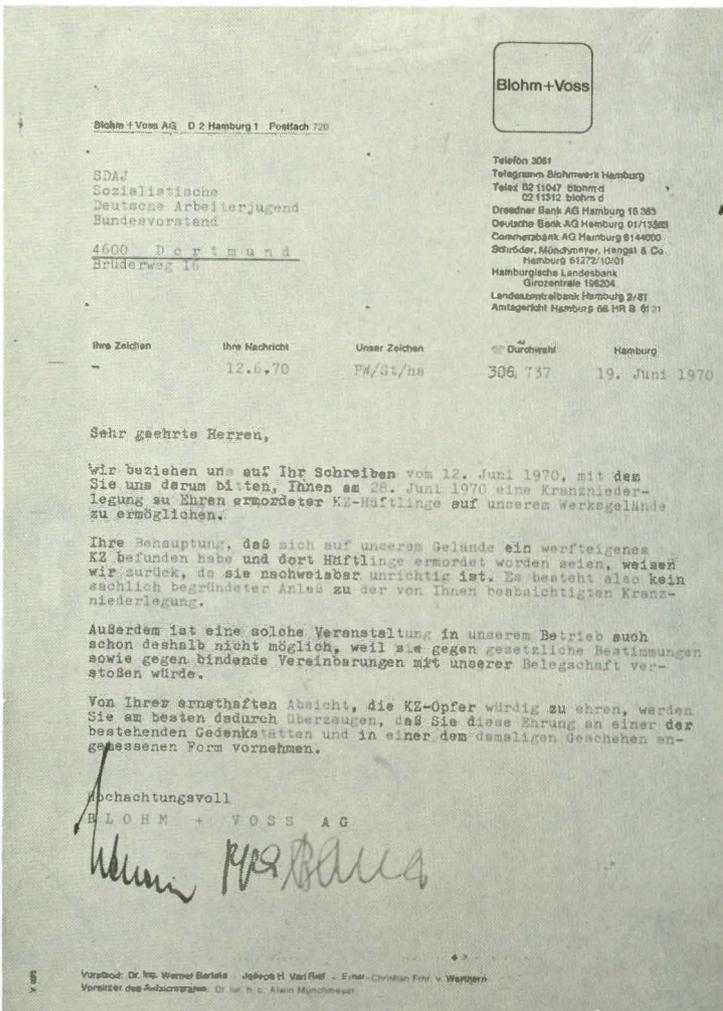
Nachschub kam aus KZ-Neuengamme

Lehrlinge und Jungarbeiter von Blohm & Voß haben nachgeforscht, was damals

wirklich geschehen ist. Das fanden sie heraus: „Im Herbst 1943 wurde auf einem Teil der alten Werft eine Nebenstelle des KZ Neuengamme eingerichtet. 150–200 Häftlinge wurden in der alten Malerei zusammengepfertcht. Morgens wurden sie zur Arbeit in die Maschinenfabrik I getrieben. Die Maschinenhalle konnte von den Werftarbeitern nur mit einem Sonderausweis betreten werden. Verantwortlich für die Häftlinge war ein SS-Mann. Infolge der großen Arbeitsanspannung und Drangsalierung durch die SS-Schergen starben täglich mindestens 2–3 Häftlinge. Nachschub kam aus dem KZ Neuengamme... Aber nicht nur durch ein KZ verschaffte Blohm & Voß sich billige Arbeitskräfte. Auch viele ausländische Zwangsarbeiter wurden auf die Werft geholt. Sie waren in Baracken an der Jungiusstraße in der Nähe von Planten und Blumen untergebracht.*)
 Firmenboß Rudolf Blohm diente seinem „Führer“ in jener Zeit als Leiter des „Reichsausschusses Kriegsschiffe beim Hauptminister für Rüstung und Kriegsproduktion“.

Wem nützt die Rüstung?

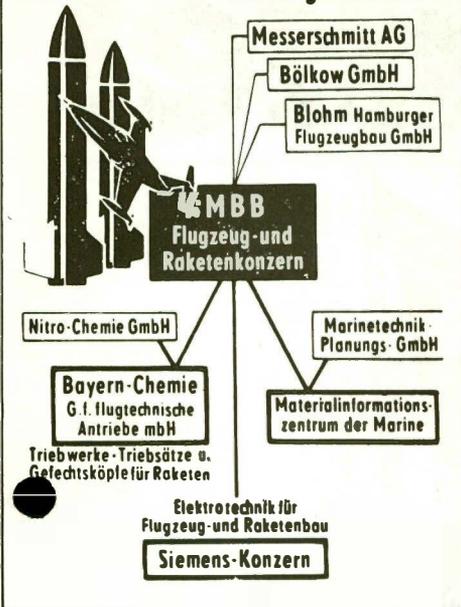
Zerstörer der Bundesmarine in den Docks von Blohm & Voß – das ist ein alltäglicher Anblick. Die Rüstungspause unmittelbar nach Krügensende ist längst vergessen. Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik, der dann Wiederaufrüstung und NATO-Mitgliedschaft folgten, machten Blohm zum größten Rüstungsbetrieb Hamburgs. Dabei hat sich der klassische Werftbetrieb neue Produktionsbereiche angegliedert, vor allem im Flugzeug- und Panzerbau. Durch Fusion mit Bölkow und Messerschmitt hat sich unter Blohms Beteiligung der größte Flugzeug- und Raketkonzern der Bundesrepublik herausgebildet (siehe Grafik).
 Bei Blohm & Voß treffen die Rüstungsinteressen verschiedener Großkonzerne aufeinander. 32,6 % der Blohm-Aktien liegen beim Thyssen-Konzern, 25 % bei Siemens. Beide Konzerne konzentrieren sich darauf, ihre Marktanteile auf dem Rüstungssektor zu vergrößern.



Mit einem kaum zu übertreffenden Zynismus bestreitet Blohm & Voss, daß bis 1945 auf dem Werftgelände ein KZ existiert hat. Höhnisch wird die Ehrung der Opfer an anderer Stelle empfohlen. Nebenstehend ein Schreiben der Bundesregierung, in dem als Anhang alle KZ und Außenstellen aufgeführt sind. Unter der Nummer 500 findet sich Blohm und Voss!

500 Hamburg, Blohm und Voss,
 bis 21.4.1945

Konzentration in der westdeutschen Rüstungsindustrie



Das wird nicht schwer sein, denn die Rüstungskonzerne haben ihren Mann in Bonn sitzen. Ernst Wolf Mommsen, bis 1969 Vorstandsvorsitzender bei Thyssen und 2. Aufsichtsratsvorsitzender bei Blohm & Voß, koordiniert als Staatssekretär im Verteidigungsministerium die Rüstungsaufträge für die Konzerne.

Blohm-Korvetten gegen Demokraten

Wo Profit gemacht werden kann, da gibt es keine Skrupel. Am 2. Mai 1969 lief die erste von drei Korvetten bei Blohm & Voß vom Stapel, die von der faschistischen Regierung Portugals in Auftrag gegeben wurden. Diese Korvetten haben den extrem geringen Tiefgang von nur einem Meter. Das bedeutet, sie sind auf Flüssen einsetzbar. Doch wer setzt Kriegsschiffe auf Flüssen ein? Auf jeden Fall Faschisten, die den Freiheitswillen ausgebeuteter Völker unterdrücken wollen. Konkret: die Blohm-Korvetten sind für den Einsatz in den portugiesischen Kolonien Angola und Mocambique

bestimmt, damit dort im Namen der „freien Welt“ das Kolonialsystem aufrechterhalten werden kann. Für Blohm & Voß ist es nichts neues, daß für eigene Konzerngewinne Tausende verrecken müssen.

Wenn es um die Ausbeutung der Dritten Welt geht, gibt es Interessensübereinstimmung zwischen den Giganten des Rüstungsgeschäfts. Blohm-Anteilseigner Siemens steckt im Cabora-Bassa-Staudammprojekt (Port. Mocambique), das die weiße Herrschaft in Afrika verlängern soll (elan berichtete darüber in Nr. 6/70). Blohm-Anteilseigner Thyssen wiederum ist an der Ausbeutung von farbigen Zwangsarbeitern in Port. Angola beteiligt (siehe elan 6/70). Blohm Korvetten machens möglich . . . Die Bundesregierung ist bei diesen Macheschaften nicht unbeteiligt. Ihre Politik ist eng verzahnt mit den Interessen der Konzerne. Während letztere mit den portugiesischen Faschisten Geschäfte machen und absichern, entwickelt die Bundesregierung ihre freundschaftlichen Beziehungen zum NATO-Partner Portugal. Seit 1963 unter Fortsetzung auf Seite 27



Wo es um Profite geht, kennen die Bosse von Blohm & Voss keine Skrupel. Längst sitzen sie wieder dick im Rüstungsgeschäft. Ob Zerstörer für die Bundeswehr oder Korvetten für die portugiesischen Faschisten zur Unterdrückung der Völker in den Kolonien — Blohm machts möglich und die Kasse stimmt.



Zehn Tage bei Blohm & Voss

„Eingestellt wurde ich als E-Schweißer, kam zur Schiffsreparatur und arbeitete auf dem Schiff ‚Cap San Nicolas‘, dessen ganzer Bug demoliert war und erneuert wurde. Feine Kollegen machten das Einleben dort leicht. Hier fiel mir schon die sehr geringe Bezahlung von vielen Kollegen, besonders der ausländischen Kollegen, auf. Etliche wurden mit Lohngruppe IV, V, VI eingestellt. Ich hatte Lohngruppe VII. Wenn man aus einem Landbetrieb kommt, meint man, so etwas wie hier in den Reparaturdocks müßte sofort stillgelegt werden, denn sämtliche Unfallvorschriften werden hier nicht eingehalten. Die Kollegen, die sonst so prächtige Menschen sind, werden durch das Akkordsystem so getrieben, um Geld zu verdienen, daß sie ihr eigenes Leben und das ihrer Kollegen gefährden. Nicht sie tragen die Schuld, sondern die Direktion und deren Handlanger, die ein System der Antreibung dort aufgebaut haben. Die Bezeichnung ‚Knochenmühle‘ ist für Blohm und Voß immer noch zutreffend. Eisenkeile, herausgebrannte Stücke und viele andere Dinge fallen plötzlich und ohne Warnung die Stellagen herunter. Es wird über den Köpfen von anderen Kollegen gearbeitet noch und noch. Gebrannt wird ohne Rücksicht auf andere. Ich habe in diesen Tagen kein abgedecktes Mannloch gesehen. Schläuche der Brenner hingen die ganzen Tage in den Luken. Fluchte mal ein Kollege über die Zustände, war jede Antwort: auch ich muß meinen Akkord schaffen. Die Unfallverantwortlichen schließen freundlich für die Eigentümer dieser Knochenmühle beide Augen. Denn würden sie für Sicherheit sorgen, müßten die Termine verlängert werden. Dies würde weniger Profit bedeuten. Was aber sagen die Betriebsräte dazu? Was die Gewerbeaufsicht? Was die Berufsgenossenschaft? Die Toiletten sind katastrophal; in den Spin-

den, diesen Löchern, hängt am Tage die gute Kleidung, in der Nacht das dreckige Arbeitszeug. Ein sauberes Hemd dort hineingelegt, war abends schmutzig. Mindestens zwei Spinde müßte ein Arbeiter zur Verfügung haben. Es gibt nicht genügend warmes Wasser, wenn sich die Arbeiter waschen. Die sozialen Einrichtungen sind also in schlechtem Zustand. Alle technischen Neuerungen dienen ausdrücklich dem Profit, nicht dem Arbeiter; die technischen Verbesserungen dienen der rücksichtslosen Rationalisierung, schufen damit die raffinierten Systeme der analytischen Arbeitsplatzbewertung; so versuchen sie, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Es stiegen somit Arbeitshetze und Ausbeutung.

Ich sollte schon am Montag entlassen werden, doch mein Meister sagte mir nicht Bescheid. Er war der Meinung, ein Irrtum des Arbeiteramtes läge vor, eine Verwechslung. Doch am Dienstag wurde er erneut aufgefordert, mich zu entlassen. Er entschuldigte sich bei mir in Gegenwart von Vorarbeitern und Kollegen und sagte wörtlich: ‚Endlich einer der schweißen kann, und den entlassen sie!‘ Er betonte, niemand von ihnen hätte daran Schuld, sondern die Anweisung komme vom Arbeiterbüro, und er erkundigte sich bei mir, ob es etwas mit meiner vorigen Firma zu tun habe, der Firma Bühler. Nun, ich erklärte ihnen, wovor Blohm Angst hat. Sie sagen, sie seien nicht für den Kommunismus, doch deshalb jemand zu entlassen sei allerhand.

Ich sprach ebenfalls mit dem Chef des Arbeiterbüros, Herrn Beier, warum ich entlassen wurde. Arrogant zischte er: ‚Dies brauchen wir Ihnen nicht zu sagen.‘ Trotzdem widersprach ich; die Meister wären ja sehr zufriedenen mit mir gewesen, und wenn man nach 2 Tagen auf der Werft Außenhautstöße schweißt, ist dies doch bemerkenswert. Darauf ließ er sich herbei zu sagen: ‚Na gut, kündigen Sie. Dann sieht es besser aus.‘ Empört wies ich dies zurück. Jetzt wurde er ungnädig wie ein Filmstar und knurrte: ‚Uns ist an Ihrer Person nicht gelegen.‘

Herbert Stender

Hosch? Klasse!



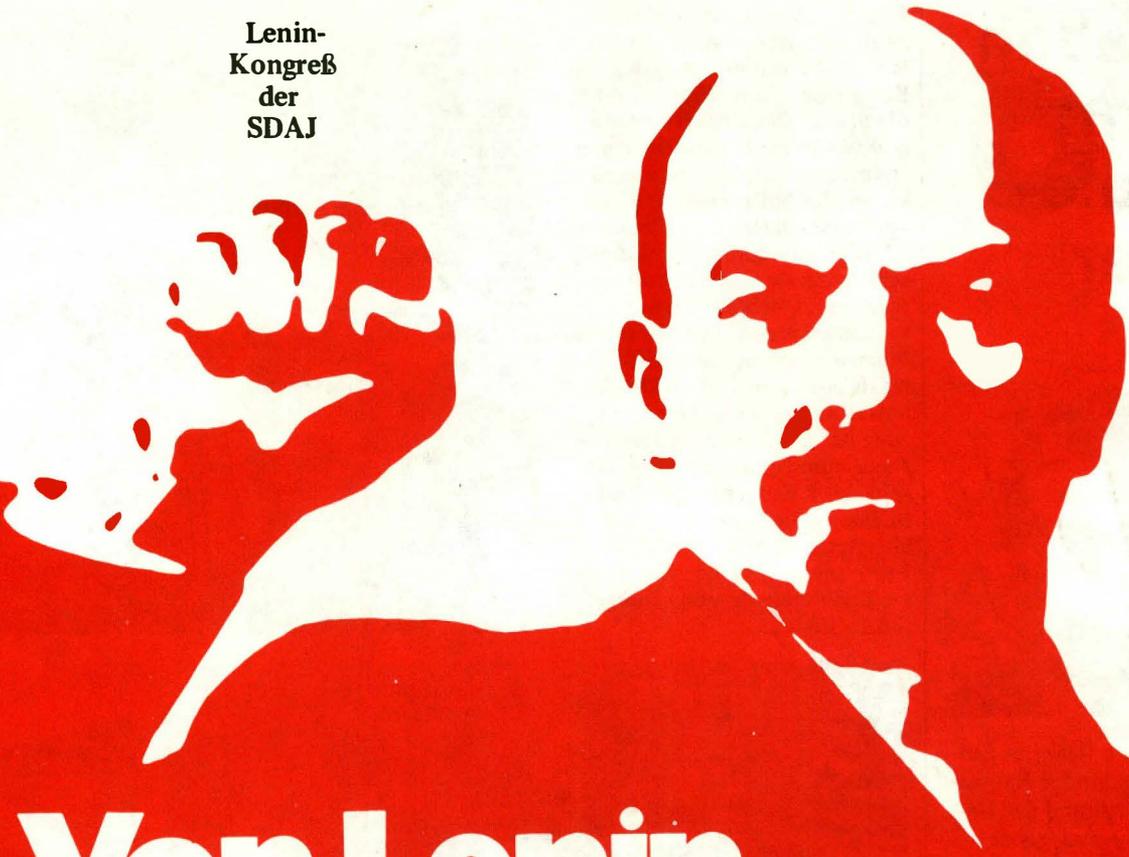
LASSEN SIE IN ZUKUNFT NICHT MEHR IRGENDWO DRUCKEN. DENN DA BEKOMMEN SIE NUR IRGEND EINE ARBEIT! WENN SIE BESSERES WOLLEN, WENN SIE "KLASSE" WOLLEN, DANN KOMMEN SIE ZU HOSCH. DENN HOSCH IST KLASSE. — WANN DÜRFEN WIR SIE DAVON ÜBERZEUGEN? EIN JUNGES TEAM IN EINEM MODERN EINGERICHTETEN BETRIEB DRUCKT FÜR SIE: PLAKATE, ZEITSCHRIFTEN, BROSCHÜREN, PROSPEKTE VON DIN A'6 BIS DIN A1.

HOSCHGMBH

6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Landstraße 78 a, Telefon: (0611) 57 10 51

HOSCH  heißt Höchstqualität

Lenin-
Kongreß
der
SDAJ



Von Lenin lernen!

Das war nicht nur ein Spruchband über der Bühne im Eimsbütteler Hamburg-Haus. Die über tausend Teilnehmer des Lenin-Kongresses der SDAJ zeigten, daß sie diesen Spruch ernst nehmen. Schon lange vorher hatten sie sich in ihren Gruppen auf diesen Kongreß vorbereitet. Und nun diskutierten sich Lehrlinge, junge Arbeiter und Schüler in fünf Arbeitsgemeinschaften die Köpfe und Zungen heiß – bei einer Außentemperatur von 25 Grad im Schatten.

Es waren große Probleme, die im Hamburg-Haus gewälzt wurden: friedliche Koexistenz, proletarischer Internationalismus, Reform und Revolution, Bündnisfragen der Arbeiterklasse und Rolle der Jugendverbände. Was sagte Lenin zu diesen Problemen und was bedeuten sie für uns heute? Diese beiden Fragen tauchten immer wieder auf – und die Jugendlichen fanden Antworten und stellten neue Fragen. Die Diskussion geht weiter.

Die Meinung bei den vielen auswärtigen Gästen – Sowjetunion, Polen, Rumänien, Ungarn, CSSR, DDR, Westberlin, Dänemark, Palästina, Südafrika und der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), dem die SDAJ seit einigen Wochen angehört, waren vertreten – war einhellig: Die SDAJ hat sich in den zwei Jahren ihrer Existenz politisch-ideologisch weiterentwickelt, in der Aktion gefestigt und ihr Ansehen unter der Jugend erhöht; sie ist zu einem Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik geworden, der nicht mehr zu übergehen ist.

Das drückte sich dann auch darin aus, daß viele Teilnehmer des Kongresses aus anderen Jugendverbänden kamen, wie aus der Gewerkschaftsjugend, den Falken, den Jungsozialisten und dem CVJM.

Die Solidarität mit den kämpfenden Völkern in Indochina war einer der Schwerpunkte des Kongresses. Ein Telegramm des Verbandes der Werktätigen Jugend Vietnams „Ho Chi Minh“ wurde mit starker Sympathie vom Kongreß aufgenommen. Es war Anlaß, nochmals daran zu erinnern, einen Stundenlohn für Vietnam zu spenden (Postscheckkonto Essen 193 755, Stichwort „Vietnam-Spende“). Denn: „Solidarität hilft siegen!“

Dr. Sabah Aldura: Kämpferischer Geist



Dr. Sabah Aldura (Irak) ist Leiter der Kommission für Nahost-Fragen beim Weltbund der Demokratischen Jugend, als dessen Vertreter er am Lenin-Kongreß teilnahm. Hier seine Stellungnahme:

Wenn man den Lenin-Kongreß einschätzen will, muß man die ganzen Aktivitäten der SDAJ in der Bundesrepublik berücksichtigen. Leider haben wir nur einen Teil erlebt, von anderen haben wir aber gehört. Wir schätzen diese Aktivitäten hoch ein. Es hat sich gezeigt, daß der Grad der Organisiertheit, die Geschlossenheit der Diskussion und der kämpferische Geist in den zwei Jahren der Existenz der SDAJ ein hohes Niveau erreicht haben.

Die Teilnehmer des Lenin-Kongresses kamen aus der ganzen Bundesrepublik und haben alle Schwierigkeiten überwunden, um am Kongreß teilnehmen zu können. Die Diskussionsbeiträge und die Beteiligung an der Diskussion sind ein Zeichen für die erfolgreiche Vorbereitung des Kongresses. Auch das Ergebnis der fünf Arbeitsgruppen zeigt den Erfolg des Kongresses.

Am meisten hat uns der kämpferische Geist beeindruckt. Es gab nicht nur theoretische Diskussion, sondern vor allem eine praktische internationale Solidarität mit den Völkern Indochinas und den anderen für ihre Freiheit kämpfen-

Rechts: „Von Lenin lernen, heißt kämpfen lernen!“ So lautete die Hauptlosung des Kongresses. Und kämpfen muß die SDAJ. Denn erst versuchten rechtsradikale Kräfte die Veranstaltung zu verhindern, indem sie bei der Polizei anriefen und ein Bombenattentat androhten. Als niemand darauf hereinfl, schleusten sie mehrere Provokateure ein. Doch diese wurden von aufmerksamen SDAJlern sogleich hinauskomplimentiert, die die Nazis noch von einer NPD-Veranstaltung in schlechter Erinnerung hatten. Danach gingen die Nazis zum Nahkampf über. Abseits der Kundgebung der 6000, in einer stillen Seitenstraße, überfielen sie zu viert einen Funktionär der DKP, den Tischler Erich Röhlick, und schlugen ihn zu Boden.



Oben: Internationale Kundgebung auf dem Hein-Köllisch-Platz zum Abschluß der ersten gemeinsam getragenen Demonstration der beiden befreundeten Organisationen SDAJ und DKP. Die Sprecher der Kundgebung – Rolf-Jürgen Priemer (SDAJ), Herbert Mies (DKP), Rene Piquet (Politbüro-Mitglied der KP Frankreichs), Gaston Houlin (Politbüro-Mitglied der KP Belgiens) und John Paulsen (Sekretariats-Mitglied des Büros des Kommunistischen Jugendverbandes Dänemark) – waren sich darin einig: „Amis raus aus Indochina!“



Unten: Vorn die Fahnen der internationalen Gäste, in der Mitte zwei Schalmeien-Kapellen, an der Seite Fasia und die Hamburger Songgruppe: so demonstrierten die Teilnehmer des Lenin-Kongresses zusammen mit über 5000 Hamburgern zum Abschluß des Kongresses durch Hamburger Arbeiterviertel gegen die US-Aggression in Indochina: „Solidarität hilft siegen!“ Die SDAJler sammeln unter den jungen Arbeitern. Motto: „Jeder einen Stundenlohn für Vietnam!“ (Postscheckkonto Ess 193 755, Stichwort „Vietnam-Spende“).



Links: In fünf Arbeitsgemeinschaften diskutierten die Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler über die Lehren Lenins und die Schlußfolgerungen für ihren heutigen Kampf. Im Mittelpunkt der Diskussion stand auch der Rüstungskonzern Blohm & Voss. In einem zynischen Brief hatte die Werftleitung den Teilnehmern des Lenin-Kongresses eine Kranzniederlegung im ehemaligen werfteigenen KZ (Außenstelle Neuengamme) verweigert (siehe unseren Blohm & Voss-Report). Stattdessen: eine Kranzniederlegung der SDAJ und DKP am ehemaligen Wohnhaus des unvergessenen Kämpfers gegen den Faschismus, Ernst Thälmann.

den Völkern. Das hat die am Kongreß anschließende Demonstration gezeigt.

Was uns besonders angenehm aufgefallen ist: der von vielen Teilnehmern geäußerte Wunsch, alle fortschrittlichen Kräfte der werktätigen Jugend der Bundesrepublik in den Kampf gegen Imperialismus, gegen Reaktion, für nationale Unabhängigkeit der Völker der Dritten Welt, für Sicherheit in Europa einzubeziehen. Wir glauben, daß dies der richtige Weg ist.

Was wir erlebt haben, zeigt, daß die SDAJ den revolutionären Kampfgeist und die Traditionen und Erfahrungen, die sie von der Arbeiterklasse und der revolutionären Jugend Deutschlands geerbt hat, verkörpert. Wir glauben, daß die SDAJ diesen Geist, diese Linie im Interesse der westdeutschen Arbeiterjugend weiter verfolgen und entwickeln wird.

Prof. Kurella: Begegnung mit Lenin



Prof. Alfred Kurella (75) ist Mitglied des ZK der SED, Schriftsteller und als Mitbegründer der Kommunistischen Jugendinternationale Vorkämpfer der internationalen Vereinigung der Arbeiterjugend. Er war interessierter Beobachter und Diskussionsteilnehmer des Lenin-Kongresses der SDAJ in Hamburg. Im Anschluß an den Kongreß berichtete er – exklusiv für elan – über seine Eindrücke:

Wahrscheinlich wird nur ein Teil der elan-Leser wissen, daß es in der DDR das Buch „Unterwegs zu Lenin“ gibt. Ich bin der

Autor und befinde mich nicht mehr so ganz im Alter der elan-Leser. In dem Buch beschreibe ich die Zeit vor etwa 50 Jahren. Es geht um eine etwas abenteuerliche Reise, die ich im Auftrage meiner Partei, der KPD, unternommen habe, um zwei Briefe von unserer Parteizentrale zu Lenin zu bringen. Das hört sich heute sehr einfach an, aber damals gab es keinen Eisenbahnverkehr. Ich mußte mich durch das besetzte Polen, Lettland und Litauen schlagen und schließlich durch die Front, um nach Moskau zu kommen. Das dauerte insgesamt einen Monat. Ich glaube, der Stoff ist interessant und kommt bei der Jugend an.

Als ich von Lenin empfangen wurde, bat er mich, dort zu bleiben, um an einer wichtigen Aufgabe mitzuarbeiten. Sie bestand darin, aus den bestehenden Jugendorganisationen eine internationale Vereinigung zu gründen, die mit der Kommunistischen Internationale zusammenarbeiten sollte. Gemeinsam mit einem Vertreter des Komso mol bin ich diesem Auftrag gefolgt. Aber ich stand nicht nur in den Anfängen der internationalen kommunistischen Jugendbewegung, sondern auch der deutschen. Im November 1918 habe ich in München die erste Ortsgruppe der Freien Sozialistischen Jugend gegründet.

Von diesen Erfahrungen und Erlebnissen ausgehend, die heute für mich noch so lebensnah sind, war es hochinteressant, als Gast am Lenin-Kongreß der SDAJ teilzunehmen. Ich fühle mich so als ein Stück Traditionsbrücke zwischen den alten Vorgängen und den heutigen Ereignissen. In verschiedenen Arbeitsgruppen habe ich zugehört, in einigen auch von den früheren Erlebnissen erzählt. Was ich auf dem Kongreß gehört habe, hat mich außerordentlich an unsere eigenen Anfänge erinnert. Natürlich wurden wir nicht als junge Sozialisten oder Kommunisten geboren. Wir kamen aus allen möglichen Schichten, aus klein- und mittelbürgerlichen, aus Studentenkreisen und vor allem aus der Arbeiterschaft. Die Gründe, die uns in die Freie Sozialistische Jugend führten, waren sehr verschieden. Das waren romantische oder extrem revolutionäre. Immerhin hatten wir gerade die Novemberrevolution hinter uns, in der wir große bewaffne-

te Kämpfe geführt hatten. Viele meinten, das sei die einzige Möglichkeit, etwas zu verändern. Wir hatten aber zu erfahren, daß nicht alles im Sturm zu nehmen ist. Im Laufe vieler Jahre haben wir gelernt, Anschluß an die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung zu finden. Diese Erfahrung ist ja nicht von heute und hatte auch damals schon eine lange Vorgeschichte.

Lenin hat einmal gesagt, daß kein Mensch auf dem gleichen Weg zum Sozialismus kommt. Jeder geht seinen eigenen Weg. Wenn man eine Bewegung organisiert und an ihrer Entwicklung mitarbeitet, muß man jedem helfen, der von seiner Herkunft und seinen Lebenserfahrungen in diese Richtung tendiert, den Weg zum wissenschaftlichen Sozialismus zu finden.

Ich habe den Eindruck, daß bei vielen Teilnehmern des SDAJ-Kongresses solche Prozesse zu beobachten waren. Die Diskussion zeigte die verschiedenen Grade der Erkenntnisse, die verschiedenen Ausgangspunkte und Wege. Das Suchen nach einer gemeinsamen, wissenschaftlich begründeten theoretischen Grundlage entwickelt sich in wachsendem Maße. Natürlich gibt es dabei Richtungs- und Meinungsverschiedenheiten. Das ist auch die Erfahrung aus dem Beginn unserer Bewegung. Wir sind aus den wildesten Meinungsverschiedenheiten heraus entstanden.

Lebens- und Kampferfahrungen entwickeln sich aus dem Entschluß, am Kampf teilzunehmen. Wenn es sich um echte revolutionäre Ansätze handelt – und nicht um scheinrevolutionäre, kommen viele Menschen, die mit verworrenen Ideen anfangen, früher oder später zum wissenschaftlichen Sozialismus. Ich möchte der SDAJ wünschen, daß sie es versteht, all diesen Umständen Rechnung zu tragen. Daß sie jungen Menschen hilft, sich durch das von Massenmedien und bürgerlicher Propaganda geschaffene Chaos von Meinungen zu schlagen und zu den klaren und einfachen Einsichten durchzuarbeiten, die für alle Revolutionäre gemeinsam sind: effektiv für die Änderung der Gesellschaft zum Sozialismus zu arbeiten.

Das Buch „Unterwegs zu Lenin“ von Prof. Alfred Kurella ist für 5,50 DM erhältlich beim Röderberg-Verlag, Frankfurt, Schumannstr. 56, Tel. 77 90 84.

Lehrlinge



in Aktion

Ausbildung zum Hilfsarbeiter

Arbeiterjugend-Tribunal gegen Krupp

„Kaum ein Konzern unseres Landes wurde so stark zum Faktor in der Machtpolitik, zum Symbol der totalen Unterordnung der Volksinteressen unter die Konzerninteressen, wie Krupp.“ Mit diesen Worten begann an einem Freitagabend die Essener SDAJ ihr Arbeiterjugendtribunal gegen den Krupp-Konzern. Auf dem Kennedyplatz in der Innenstadt folgten 500 Zuhörer der Anklage, die durch Zeugenaussagen von Lehrlingen aus dem Krupp-Konzern erhärtet wurde. Hans-Jürgen Kühn, Vorsitzender der Jugendvertretung bei Krupp, begrüßte das Arbeiterjugendtribunal und wünschte positive Ergebnisse für den Kampf der Lehrlinge um ihre Rechte.

Taylor, der US-Hauptankläger hatte den Konzern im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß so charakterisiert: „Krupp repräsentierte über den Zeitraum von 130 Jahren den preußisch-deutschen Angriffsgeist.“ Daß sich daran bis heute nichts geändert hat, belegten die jungen Richter mit dem starken Engagement des Konzerns im Rüstungsgeschäft.

Das Tribunal dokumentierte, daß Krupp während des 2. Weltkrieges über 138 firmeneigene KZ's — darunter eines mit polnischen Kindern — verfügte. Bis zur physischen Vernichtung mußten die Häftlinge Sklavenarbeit für die Millionenprofite der Krupps leisten. „Auch die Ausbeutung von

Zwangsarbeitern gehört nicht der Vergangenheit an. In der portugiesischen Kolonie Angola macht

„Der nimmt kein Blatt vor den Mund!“ Das sagen bei Krupp die Lehrlinge über den Vorsitzenden der Gesamtjugendvertretung, Hans-Jürgen Kühn. Die Firmenleitung weiß jedoch: Kühn ist nicht ihr Mann. Am 14. Juli ließ sie ihn deshalb vom Werksschutz am Fabriktor abfangen, verbot ihm das weitere Verbleiben auf dem Werksgelände und schickte ihm die fristlose Kündigung. Die Arbeiterjugend und ihre Organisationen wollen diesen neuen Akt der Willkür gegen aktive Jugendvertreter nicht widerspruchslos hinnehmen. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall, das Zentrum kritischer Auszubildender der DGB-Jugend und die SDAJ haben protestiert und Aktionen angekündigt. Bild Mitte: Mit diesem Plakat warben Essener Lehrlinge für ihre „Ausbeutungs-Fete“. Mit dem Erlös soll die Geldstrafe bezahlt werden, zu der der Religionslehrer Freitag verurteilt worden war. Er hatte den SPD-Landtagsabgeordneten und Unternehmer Marquardt einen „Ausbeuter“ genannt.

Krupp durch die Ausbeutung von farbigen Zwangsarbeitern im Erzbergbau Profite. Hemmungslose Profitgier, die über Leichen geht — das ist das Antlitz der Essener Waffenschmiede seit ihrer Gründung.“ (Zitiert aus der Anklageschrift.)

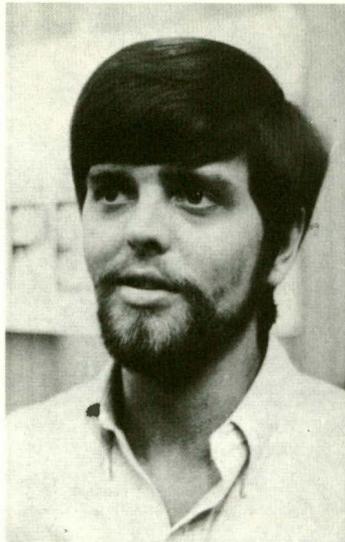
Auch der Krupp-Stufenplan zur Berufsausbildung wurde als Mittel zur Realisierung größtmöglicher Profite eingeschätzt. In einem dazu ausgearbeiteten Gutachten heißt es: „Daß eine breite Grundlagenausbildung vorhanden sein muß, hat auch die Unternehmensleitung der Firma Krupp erkannt. Das beinhaltet die Ausbildung der Lehrlinge in verschiedenen Grundstufen. Die Menschenfeindlichkeit, die eiskalte Errechnung des Gewinns mit der Berufsausbildung wird dadurch bewiesen, daß 70 v. H. der eingestellten Lehrlinge von Anfang an zu Hilfsarbeitern bzw. Anlernlingen gemacht werden.“ Als Beleg wurde der Krupp-Geschäftsbericht für das Jahr

1968 angeführt. Danach verteilen sich die Auszubildenden auf die verschiedenen Qualifikationsstufen so: Stufe 1 — Hilfsarbeiter 84; Stufe 2 — Anlernlinge 36; Stufe 3 — Facharbeiter 5. Die höchste Qualifikationsstufe 4 wird also überhaupt nicht erwähnt.

„Dieses Ergebnis macht deutlich, daß im Krupp-Konzern ein Jahr lang 84 junge Menschen auf ihre Hilfsarbeitertätigkeit vorbereitet wurden und 36 junge Arbeiter zwei Jahre lang angelernt wurden. Nur 5 Lehrlinge wurden zu Facharbeitern ausgebildet“, erklärte das Tribunal dazu.

Nach Anhören von Anklägern, Zeugen und Gutachtern rief das Tribunal die Arbeiterjugend von Essen auf, für die Überführung des Krupp-Konzerns in Gemeineigentum und die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitenden und Lernenden zu kämpfen. Hans-Jörg Hennecke





»Die Unternehmer waren sauer!«

Exklusiv-Interview mit Hans-Georg Meyer,
IG Chemie Rheinland-Pfalz

Wie kam es zur Jugendtarifkommission? Was hat sie erreicht? Wie reagierten die Unternehmer? Stehen die Betroffenen hinter der Jugendtarifkommission? Wie geht es weiter? Auf diese Fragen wollten wir Antworten aus erster Hand haben. Wir fragten Hans-Georg Meyer. Er ist Bezirksjugendsekretär der IG Chemie — Papier — Keramik in Rheinland-Pfalz; außerdem war er einer der Landesentschlichter. Hier seine Antworten.

elan: Kollege Meyer, von den jungen Chemie-Gewerkschaftern in Rheinland-Pfalz ging eine Bewegung aus, die inzwischen ein großes Echo gefunden hat. Erstmals haben Jugendliche mit einer eigenen Tarifkommission ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern vertreten und auch teilweise durchgesetzt. Wie kam es dazu?

Meyer: In der Tarifrunde 1970 hat der Jugendbezirksausschuß unserer Organisation zum ersten Mal ein Programm für die Große Tarifkommission erstellt. Darin waren genau die Forderungen der Jugendlichen aufgezählt, die unserer Meinung nach in diesem Jahr hätten vertreten werden müssen. Die Chemie-Runde 1970 war eine sehr schwierige Runde. Es war an und für sich vorzuziehen, und hat sich später auch bestätigt, daß dieses große Programm, das die Jugendlichen aufgestellt hatten, nicht in der Gesamtrunde zum Tragen käme. Es haben Gespräche stattgefunden und unser Bezirksleiter, Hans Schweitzer, der laut Satzung für die Tarifpolitik verantwortlich ist,

hat sich dafür ausgesprochen, eine eigene Jugendtarifkommission zu bilden, die selbständig mit der Unternehmenseite verhandelt. Dazu ist es dann gekommen.

elan: Eine der Hauptforderungen war der Prozenttarif, d. h. der Auszubildende im ersten Lehrjahr soll 40 % des Facharbeiterlohnes bekommen, im zweiten 60 %, im dritten 70 % und im vierten 80 %. Diese Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden. Es kam lediglich zu Erhöhungen der Ausbildungsbeihilfen um ca. 20 %. Bleibt die Forderung nach dem Prozenttarif, d. h. also, daß sich bei jeder Tariflohnerhöhung automatisch das Lehrlingsentgelt erhöht, weiterhin auf dem Tisch?

Meyer: Ja, in jedem Fall! Dies ist eine Frage, die zum ersten Mal angesprochen wurde — neben der Jugendtarifkommission überhaupt. Es war ein Prinzip für die Arbeitgeber, mit keinem Jota von der Ablehnung der Forderung nach dem Prozenttarif abzugehen. Man muß jedoch sagen: wenn man sich die Prozentzahlen mal ausrechnet, dann sieht es nicht so schlimm aus, wie es sich im Moment anhört. Man kann feststellen, daß es für die Arbeitgeber wirklich eine Prinzipienfrage ist. Wenn man davon ausgeht, daß in den beiden Altersstufen, die wir jetzt haben, die Prozentzahl zum Voll-Lohn des Facharbeiters zwischen 29,9 % und 56,5 % im vierten Ausbildungsjahr vor Vollendung des 18. Lebensjahres und zwischen 34,7 % und 66,2 % im vierten Lebensjahr nach Vollendung des 18. Lebensjahres liegt, wenn man also den Gesamterfolg



Kundgebung der IG Chemie-Jugend am 4. Juni 1970: „Weg mit dem alten Mief, jetzt Prozentarif!“

sieht, können wir damit zufrieden sein. Das heißt allerdings nicht, daß wir im nächsten Jahr von der Forderung nach dem Prozentarif abgehen werden. Ich kann mir vorstellen — ich kann es nicht verbindlich sagen, weil die Tarifrunde noch nicht eingeläutet wurde und die neue Jugendtarifkommission noch nicht besteht — daß auch im nächsten Jahr wiederum die Forderung nach dem Prozentarif in der gleichen Höhe gestellt wird.

Wir haben vor zwei Wochen einen Firmentarifvertrag für die Beschäftigten der Firma Villeroy & Bloch im Saarland aushandeln können. Diese Keramik-Firma hat immerhin 8000 Beschäftigte. Dort bekommen die Auszubildenden im ersten Lehrjahr 25 %, im zweiten 30 %, im dritten 35 %, und im vierten 40 % vom Facharbeiter-Ecklohn. Dort haben wir einen echten Einbruch erzielt und ich glaube, daß sich das auf andere Bereiche übertragen läßt.

elan: Bleiben die anderen, noch

nicht durchgesetzten Punkte des jugendtarifpolitischen Programms der IG Chemie (elan 6/70) weiterhin auf dem Programm und wie sollen sie durchgesetzt werden?

Meyer: In jedem Fall bleiben sie auf dem Programm. Man muß dazu wissen: die Arbeitgeber haben sich geweigert, darüber zu verhandeln, weil sie gesagt haben, das seien Manteltariffragen und die würden hier nicht vereinbart, sondern auf Bundesebene im Manteltarifvertrag. Sie haben sich also einfach für nicht kompetent erklärt. Und da ist nichts dran zu ändern. Man kann nicht einfach sagen, das wollen wir trotzdem verhandeln. Das ist eine rechtliche Frage, die dann erst geprüft werden muß. Wir haben in dieser Tarifrunde 1970 — ich war einer der Landesschlichter — der Arbeitgeberseite gegenüber verbindlich erklärt, daß jene Forderungen, die jetzt nicht angekommen sind, bei den kommenden Manteltarifverhandlungen wieder auftauchen werden.

Demonstration der BASF-Lehrlinge am 23. Juni 1970: „Wenn der Timm nicht zahlen will, legen wir die Arbeit still.“



Lehrlinge in Aktion

elan: Welche Resonanz und welche Unterstützung hat die Tarifkommission der jungen Gewerkschafter seitens der betroffenen Lehrlinge und Jungarbeiter erfahren?

Meyer: Man muß vorausschicken, daß diese Jugendtarifkommission im Grunde genommen ja nicht geplant war. In unserem jugendtarifpolitischen Programm wird im ersten Punkt nur davon gesprochen, daß die Jugendlichen in allen Tarifkommissionen mitarbeiten sollen. In Rheinland-Pfalz ist mehr gemacht worden: es wurde eine eigene Jugendtarifkommission gegründet. Damit hatten die Jugendlichen nicht gerechnet. Es mußte also alles völlig neu diskutiert werden. Die Frage der Jugendtarifkommission ist ja nicht unproblematisch. Man muß überlegen, welchen Druck kann die Jugend ausüben, wie sieht das aus, wenn die Erwachsenen ihre Tarifrunde beendet haben und die Jugendlichen sind noch draußen, ist Solidarität zu bekommen bei den Erwachsenen, wie können die sich verhalten, wenn sie wieder in der Friedenspflicht drin sind usw. Das ist also sehr schwierig. Aber ich glaube doch, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß die Jugendlichen grundsätzlich mit unseren Forderungen und vor allem auch mit der Bildung der Jugendtarifkommission einverstanden waren. Das hat sich gesteigert bis zur Landesschlichtung. Die Resonanz war meiner Meinung nach sehr gut und die Jugendtarifkommission — von den Forderungen jetzt abgesehen — wird zumindest in Rheinland-Pfalz nicht mehr wegzudenken sein. Was die Forderungen anbelangt, so ist es für mich völlig normal, daß viele Jugendliche einfach gesagt haben, das seien Forderungen, die zu hoch sind. Es muß hier ein Bewußtwerdungsprozeß einsetzen und es liegt mit an uns, dafür zu sorgen, daß die Dinge im nächsten Jahr besser laufen. Wir müssen jetzt schon anfangen, die Frage 1971 mit den Jugendlichen zu diskutieren.

elan: Wie reagierten die Unternehmer auf das selbstbewußte Auftreten der jungen Gewerkschafter?

Meyer: Die Unternehmer waren erst einmal sauer, daß diese Jugendtarifkommission gegründet wurde. Sie haben auch versucht, das abzubiegen. Wir hatten je-

Mitglieder der Jugendtarifkommission und Gewerkschaftsfunktionäre beraten das weitere Vorgehen. Zweiter von links ist Bezirksjugendsekretär Hans Georg Meyer.

doch den großen Vorteil, daß wir in Rheinland-Pfalz für die Auszubildenden in der chemischen Industrie einen eigenen Vertrag über Ausbildungsvergütungen hatten. Wir konnten also sagen, das hat mit der Gesamtrunde nichts zu tun. Das nehmen wir jetzt raus und die Unternehmer kriegen dafür eine gesonderte Kommission. Denn das war nirgendwo geregelt. Die Arbeitgeber müssen sich also die Kommission vorsetzen lassen, die wir ihnen geben. Das waren in dem Fall die Lehrlinge. Der Arbeitgebervertreter, der Vorsitzende dieser Tarifrunde, Herr Rhodius, hat sich auf die Frage, ob er meine, daß das in andere Bereiche übergreifen und man das weiter machen solle, in einem Fernsehinterview geäußert, das wäre ja ein Experiment gewesen und man könne das ja nicht immer machen. Da wird er sich aber in den Finger geschnitten haben. Wir sind der Meinung, daß sich die Jugendtarifkommission bewährt hat und daß es auch dabei bleiben wird.

elan: Wenn es zur ständigen Einrichtung von Jugendtarifkommissionen kommt, besteht dann die Möglichkeit, die Mitbestimmungsrechte der Jugendvertretungen in den Betrieben zu erweitern, z. B. bei der Berufsausbildung?

Meyer: Das ist natürlich eine schwierige Frage. Grundsätzlich muß man sagen, daß die Jugendtarifkommission für eine Lohnrunde gebildet wird. Sie kann also keine Dinge aushandeln, die unmittelbar z. B. mit der Jugendvertretung etwas zu tun haben. Aber es kann durchaus die Möglichkeit bestehen, daß es gewisse Punkte gibt, die nur für die Auszubildenden gelten, die man also in einem Ausbildungsvertrag festlegen kann. Ich denke da an eine unserer Forderungen, eben zehn Tage Bildungsurlaub. Diese Fragen kann man eventuell mit hineinbringen. Aber dann muß man davon ausgehen, daß die Arbeitgeber so gutwillig sind, das mit zu verhackstückeln. Um die Situation der Betriebsjugendvertretung im Betrieb zu verbessern, wäre die Jugendtarifkommission in einer Lohnrunde nicht kompetent. Das würde sie auch nicht schaffen. Selbst wenn sie es vorhätte, würde die Arbeitgeberseite nein sagen. Solche Fragen müssen gesetzlich geregelt werden.



Chronik eines Kampfes

März 1970:

Der Jugend-Hauptausschuß der IG Chemie — Papier — Keramik beschließt das jugendtarifpolitische Programm (siehe elan 670). Eine der Hauptforderungen ist die Mitarbeit von Vertretern der Jugend in allen Tarifkommissionen.

Mai 1970:

Im Bezirk Rheinland-Pfalz/Saar wird über das jugendtarifpolitische Programm diskutiert. Man kommt zu dem Schluß, noch einen Schritt weiterzugehen: Bildung einer eigenen Jugendtarifkommission. Die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Lehrlinge wählen eine zwölfköpfige Jugendtarifkommission.

27. Mai 1970:

Erst nach Abschluß der Tarifverhandlungen für die älteren Kollegen sind die Unternehmer bereit, über die Forderungen der Jugendlichen zu verhandeln — nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Die Unternehmer empörten sich über die „maßlosen“ Forderungen der Jugendlichen. Das sind die Forderungen, die Großaktionäre wie Timm (Vorstandsvorsitzender der BASF, deren Aktionäre sich zum Beispiel 1968 22 Prozent Dividende genehmigten; bis dahin die höchsten, die je eine deutsche Firma ausschüttete) als „maßlos“ bezeichnen:

1. Ausbildungsvergütungen die prozentual nach dem Facharbeiterlohn berechnet werden:
 1. Lehrjahr 40% = ca. 280 DM
 2. Lehrjahr 60% = ca. 420 DM
 3. Lehrjahr 70% = ca. 490 DM
 4. Lehrjahr 80% = ca. 560 DM
2. Wegfall der Altersstaffelung; also gleicher Lohn für gleiche Arbeit
3. generelle Freistellung an Berufsschultagen

4. gleiches Urlaubsgeld wie für ältere Kollegen
5. 10 Tage bezahlter Bildungsurlaub im Jahr. Timm & Co. lassen die Verhandlung scheitern.

4. Juni 1970:

In Ludwigshafen ruft die Chemie-Jugend zu einer Kundgebung im Bürgersaal Nord auf. Hunderte Lehrlinge aus Großbetrieben wie BASF, Boehringer und Gummi-Meyer folgen dem Aufruf, um ihrer Tarifkommission den Rücken zu stärken. Unter dem Beifall der Lehrlinge ruft der BASF-Jugendvertreter Niki Müller aus: „Die Unternehmer werden nichts hergeben, wenn man sie nicht dazu zwingt!“ Und sie sind sich einig: „Wenn Herr Timm nicht will, legen wir die Arbeit still!“

8. Juni 1970:

Auch in der zweiten Verhandlung sind die Unternehmer nicht bereit, auf die Forderungen der Jugendtarifkommission einzugehen. Sie lehnen den Prozenttarif grundsätzlich ab und unterbreiten „großzügig“ dieses Angebot: — 11% Erhöhung der jetzigen Erziehungsbeförderung — 13 DM monatliche „vermögenswirksame“ Leistung.

Doch die Jugendlichen blieben standhaft — so wie es eine Resolution fordert, die die Kundgebungsteilnehmer am 4. Juni einstimmig verabschiedet hatten. Also scheitert auch diese Verhandlung.

23. Juni 1970:

Die SDAJ fordert in Flugblättern die Lehrlinge der BASF auf, sich am Tor 1 zu versammeln. 250 kamen. Niki Müller, der Vorsitzende der Jugendvertretung ist der Hauptredner. Er ruft die Lehrlinge auf, jetzt zu kämpfen. Ganz spontan bilden sie einen Demonstrationstrupp. Kaum ist das

Werk außer Sichtweite, wächst er auf 600 Lehrlinge an: viele haben Angst gepakt, direkt zum Tor zu gehen. Dennoch: der Werksschutz der BASF läßt die Demonstration nicht aus den Augen. Und den Lehrlingen ist der Rausschmiß des Jugendvertreters Volker Cornelius (elan 11 69) noch in allzu guter Erinnerung. Unter den Demonstranten wird lebhaft diskutiert: was geschieht, wenn die Tarifverhandlungen und die Schlichtungs Bemühungen scheitern? Die Forderung nach dem Streikrecht für Lehrlinge wird laut, denn bei Tarifverhandlungen ohne die Möglichkeit des Einsatzes dieser starken Waffe können leicht die Forderungen der 5000 rheinland-pfälzischen Chemie-Lehrlinge auf der Strecke bleiben.

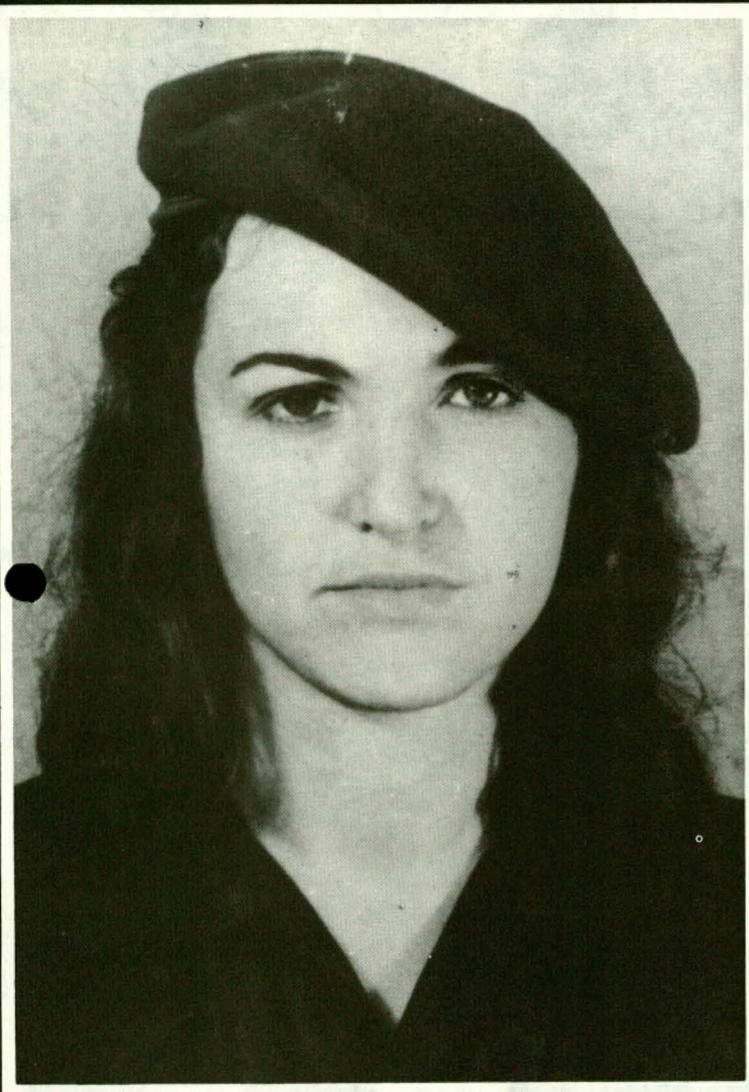
24. Juni 1970:

Die Landesschlichtung bringt ein Ergebnis, das von den Lehrlingen nur als Teilerfolg gewertet wird:

1. Statt drei Altersstaffeln nur noch zwei (unter und über 18 Jahre)
2. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen im 1. Lehrjahr 185 (vor Vollendung des 18. Lebensjahres) bzw. 215 DM (nach Vollendung des 18. Lebensjahres); im 2. Lehrjahr 225 bzw. 265 DM; im 3. Lehrjahr 281 bzw. 340 DM und im 4. Lehrjahr 350 bzw. 410 DM.
3. ab 1. Oktober 1970 erhalten die Auszubildenden pro Monat 13 DM als „Sparförderung“

Dieser Vertrag gilt rückwirkend zum 1. April 1970 und hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Die Vertreter der 3000 organisierten Lehrlinge stimmen diesem Schlichtungsergebnis zu. Aber dennoch: der Kampf um den Prozenttarif geht weiter!

Reinhard Junge



Tanja la Guerillera

Ein Bericht über Che Guevaras Kampfgefährtin
Genossin Tamara Bunke, geboren am
19. November 1937 in Buenos Aires, gefallen
am 31. August 1967 am Vado del Yeso (Bolivien)

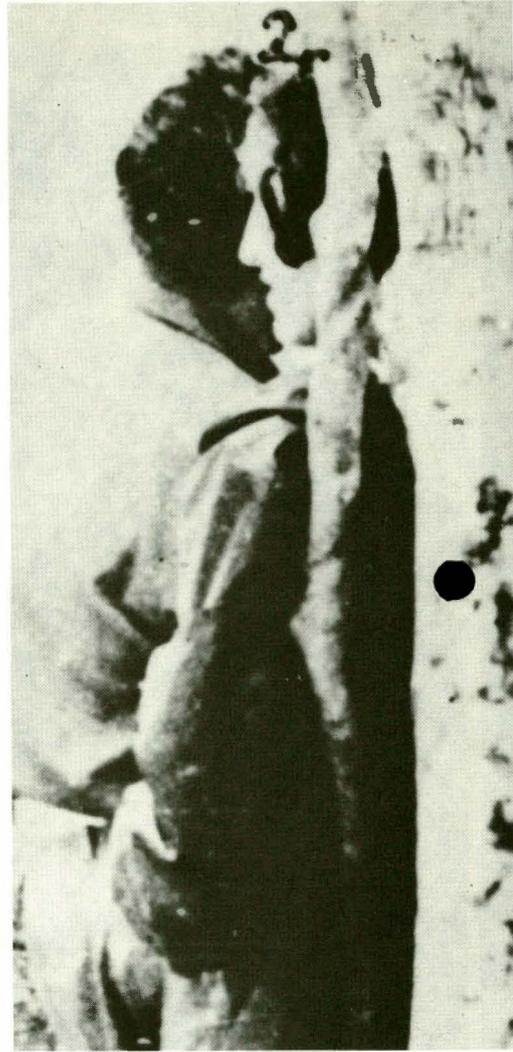




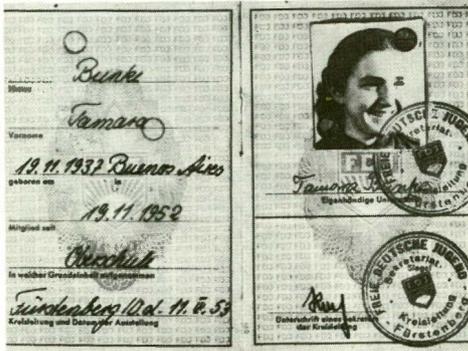
Tanja la Guerillera



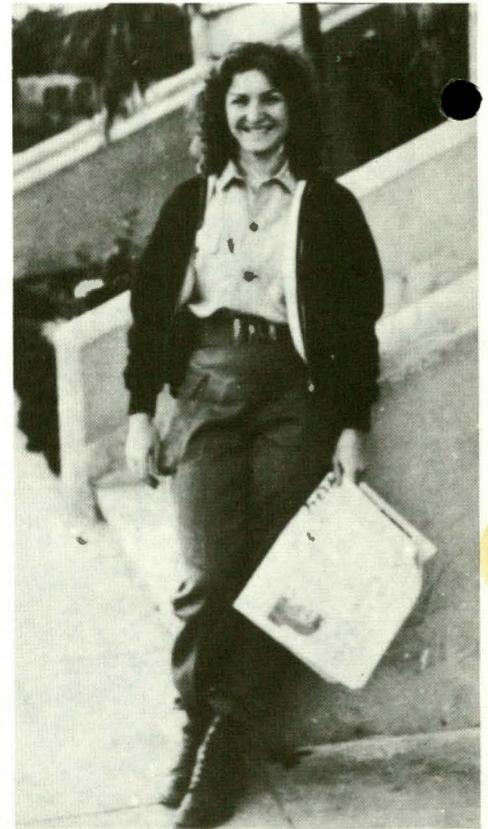
Tamara nach ihrer Ankunft in Cuba: Eine Freundschaft wird geschlossen.



◀ Mitgliedskarte der FDJ



Im Internationalen Studenten-Arbeitslager, Cuba 1961. (2. von rechts Commandante Ernesto Che Guevara, 4. von rechts: Tamara)





Im Partisanenlager in Nanca huazu. (links hinter dem Baum: Tamara, Bildmitte: Che Guevara)

Tamara, mit 24 Jahren Mitglied der Volksmiliz von Cuba

Schulen und Kindergärten werden nach ihr benannt: Tagesschule „Tamara Bunke“ in Valle del Peru, Provinz la Habana.



1. Der Überfall am Rio Grande

„Beispiel für einen Hinterhalt erbarmungsloser Vernichtung ist jener, den die Armee einer Guerillero-Nachhut in Vado del Yeso gestellt hat. Nach dem, was mir Major Vargas erzählt hat, der die Operation leitete, wartete die Armee, bis alle Guerilleros tief in den Fluß eingetaucht waren, die Waffen in die Höhe haltend, bevor sie von den Rändern aus auf sie schoß, von vorn, von hinten und von der Seite . . . Damals sind, ohne sich verteidigen zu können, Joaquin, Tania, El Negro und andere umgekommen.“ (Regis Debray)

Das war am 31. August 1967, fünf Wochen vor der Ermordung Ernesto „Che“ Guevaras. Durch den Verrat zweier Deserteure waren die Truppen des Diktators Barrientos der „Armee der Nationalen Befreiung Boliviens“ auf die Spur gekommen, ehe sie stark genug war, den Kampf zu eröffnen. Die Partisanen wurden aus ihren Schlupfwinkeln vertrieben, befanden sich nun auf der Suche nach neuen, sichereren Quartieren. Eine Nachhut geriet in den von Major Vargas gestellten Hinterhalt, zehn Guerilleros fielen. Unter ihnen befand sich eine Frau. Ihr Deckname lautete Tanja, in ihrem Paß aber stand: Haydee-Tamara Bunke. Sie war Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

2. Tamaras Kindheit

Tamara Bunke wurde am 16.11.1937 in Buenos Aires, Argentinien, geboren. Ihre Eltern sind deutsche Emigranten, Kommunisten. Der Vater hat sich in der Weimarer Republik ein Lehrerstudium erhungert, wurde 1928 Mitglied der KPD und ging nach der Machtübernahme durch die Faschisten im Auftrage der Partei ins Exil, unterrichtet nun an der deutschen Schule in Buenos Aires.

Tamaras Mutter, Nadja Bunke, stammt aus einer revolutionär gesinnten russischen Lehrerfamilie; ihr Großvater wurde wegen antizaristischer Tätigkeit nach Sibirien verbannt, ihr Vater mußte Rußland nach der Niederschlagung der Revolution des Jahres 1905 verlassen. In Deutschland trat Nadja 1922 der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, sieben Jahre später der KPD. Nach ihrer Emigration schloß sie sich mit ihrem Mann erneut der Kommunistischen Partei an und nahm aktiv an der illegalen Arbeit der argentinischen Genossen teil.

Tamara und ihr um zwei Jahre älterer Bruder Olaf lernen früh, was die Worte „Ausbeutung“ und „Unterdrückung“ bedeuten. Sie sehen den unvorstellbaren Reichtum der Hazienderos und Fabrikbesitzer, sie sehen die Armut, Rechtlosigkeit und Unwissenheit der Land- und Fabrikarbeiter. Noch als halbe Kinder nehmen sie an der politischen Arbeit teil: als Kurier übermitteln sie Nachrichten an andere Genossen oder stehen auf Wache, wenn marxistische Zirkel oder die Genos-

sen der Parteigruppe zusammenkommen. Als sich Erich und Nadja Bunke 1952 entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren, ließen ihre Kinder ein Land zurück, das ihnen Heimat geworden war.

3. 10 Jahre DDR

Die Bunkes zieht es nach Eisenhüttenstadt, wo am Ufer der Oder ein neues, für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der jungen DDR wichtiges Industriezentrum aus dem Boden gestampft wurde.

Verfolgen wir den Weg der damals fünfzehnjährigen Tamara. Obwohl sie in Buenos Aires stets zu den besten Schülerinnen ihrer Klasse gehörte, gibt es für sie in der Internatsschule von Fürstenberg an der Oder beträchtliches aufzuholen: die Anforderungen, die hier an sie gestellt werden, sind um ein Vielfaches höher als jene in der deutschen Schule der argentinischen Hauptstadt.

Tamara widmet sich dieser Aufgabe mit viel Fleiß und Geduld: hat doch gerade sie angesichts der Unwissenheit, in der die ausgebeuteten Massen des argentinischen Volkes gehalten wurden, gelernt, wie wichtig es ist, sich ein fundiertes Wissen zu erwerben. Und sie weiß auch, daß der Kampf um das Bewußtsein und um die Mobilisierung der Menschen nur dann gewonnen werden kann, wenn man sich selbst bereit findet, unermüdlich hinzuzulernen. Unermüdlich heißt hier: ein Leben lang.

Tamara genügt es jedoch nicht, „bloß“ ihr Pensum in der Schule zu schaffen. Sie wird Mitglied der Freien Deutschen Jugend und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und opfert dieser politischen Tätigkeit viel Zeit und Energie. Noch im Herbst 1952 tritt sie zusätzlich der Gesellschaft für Sport und Technik bei; Reiten, Schießen und Fallschirmspringen interessieren sie am meisten. Angesichts des KPD-Verbots in der Bundesrepublik, des antisozialistischen Putschversuchs in Ungarn und der ständigen Verschärfung des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten schreibt sie im Herbst 1956 einem Freund in Argentinien: „In der jetzigen Situation müssen wir uns auf die Verteidigung der Heimat vorbereiten. Hoffentlich nur, um zu zeigen, daß wir bereit sind, alles zu verteidigen.“

Ein Jahr zuvor ist Tamara als erste Oberschülerin von StalinStadt Kandidatin der SED geworden. Ihre Bürgen, ein älterer, im Klassenkampf erfahrener Genosse und die gesamte Bezirksleitung der FDJ, loben vor allem die Vielfalt und die Zuverlässigkeit ihrer politischen Tätigkeit. Und ihr erster Parteiauftrag lautet: mach dein Abitur, Tamara!

Diesen ersten Parteiauftrag erfüllt Tamara mit Auszeichnung. Anschließend bewirbt sie sich bei der Volkspolizei, wird aber abgewiesen. Doch die Enttäuschung über diese Absage ist bald vergessen: wegen



Tanja la Guerillera

ihrer hervorragenden spanischen Sprachkenntnisse wird sie Angestellte im Außenministerium der DDR, arbeitet nebenher als Pionierleiterin und wird darüber hinaus vom Zentralrat der FDJ häufig als Betreuerin von Jugenddelegationen aus spanischsprachigen Ländern eingesetzt. Und bei solchen Gelegenheiten wird ihre alte Liebe zu Argentinien wieder wach, verstärkt sich der Wunsch, nach Lateinamerika zurückzukehren. Als sie im Jahre 1960 bei einem Besuch einer cubanischen Handelsdelegation den Direktor der cubanischen Nationalbank kennenlernt, näheres über die cubanische Revolution erfährt, steht ihr Entschluß fest: Tamara möchte nach Cuba. Übrigens: der Direktor der Nationalbank hieß Ernesto „Che“ Guevara.

4. In Cuba

Am 9. Mai 1961 fliegt Tamara über Prag nach Havanna. Sie weiß, daß sie der DDR viel zu verdanken hat. Sie weiß auch, daß es Jahre dauern kann, bis sie ihre Eltern wiedersieht, und daß die Genossen sie nur ungern gehen lassen. Aber die Genossen wissen, daß Tamara sich in der DDR stets nur als Gast bei guten Freunden gefühlt hat, daß ihre Muttersprache spanisch ist und ihre Heimat Südamerika. Deshalb halten sie Tamara Bunke nicht zurück.

Cuba – das erste sozialistische Land Amerikas. Vor wenigen Wochen noch, im April 1961, hat der Feind versucht, das Rad der Geschichte um eine ganze Epoche zurückzudrehen; ein Haufen Emigranten und Abenteurer, ausgebildet und ausgerüstet vom US-Geheimdienst CIA, war in der Schweinebucht gelandet. Doch dieser Spuk dauerte nur 72 Stunden: die Gangster trafen auf ein Volk in Waffen.

Die erste Fahrt durch Havanna, zum Haus des Instituts für Völkerfreundschaft. Tamara erhält eine Wohnung und bekommt Arbeit, viel Arbeit: 1961 ist das „Jahr der Erziehung“, das Jahr des Kampfes gegen das Analphabetentum – ein entscheidendes Jahr. Wer lesen und schreiben kann, der geht aufs Land, hilft am Tage bei der Ernte und unterrichtet am Abend. Tamara, beim Institut für Völkerfreundschaft verantwortlich für die Betreuung ausländischer Delegationen, schließt sich von der Lern-Kampagne nicht aus; die

Überwindung des Analphabetentums ist nach der Eroberung der politischen Macht durch das cubanische Volk eine wesentliche Grundlage für den Aufbau des Sozialismus.

Tamara kennt keine Müdigkeit. Wie damals, vor fast zehn Jahren in der DDR, so hat sie auch hier erkannt, daß es auf jeden einzelnen ankommt, daß jeder einzelne mitverantwortlich ist für den Erfolg der Revolution. Neben ihrer Tätigkeit beim Institut und bei der Lernkampagne schreibt sie Artikel für die Frauenzeitschrift „Bohemia“, hilft den vom Festland emigrierten Genossen bei der Ausarbeitung von Radiosendungen für Nikaragua und Argentinien, wird schließlich Angehörige der Volksmiliz und läßt die MPI nicht mehr aus den Augen: die Oktobertage des Jahres 62, als Kennedys Söldner bereits die offene Invasion vorbereiteten, haben jedem deutlich gemacht, daß dieser Vorposten des Sozialismus namens Cuba erst dann in Frieden und Sicherheit leben kann, wenn der Imperialismus auf der ganzen Welt geschlagen ist.

Bei ihrer Arbeit in Havanna lernt Tamara Fidel Castro kennen, trifft sie auch ihren Landsmann Che Guevara wieder. Als sie dann davon erfährt, daß einige bolivianische Genossen in ihre Heimat zurückkehren wollen, um die Bewegung gegen die Militärdiktatur der CIA-Marionetten Barrientos zu stärken, fällt ihr die Entscheidung nicht schwer: als Revolutionärin ist sie in erster Linie Internationalist. Und durch eine Schwächung des Imperialismus in Bolivien wird sich, das weiß Tamara, auch die Position der Genossen in Argentinien festigen. Sie verläßt Cuba im Frühjahr 1964.

5. Bolivien

Bolivien ist ein reiches Land: seine Zinnvorkommen gehören zu den bedeutendsten der Erde. Doch wie überall in Südamerika lebt auch die arbeitende Bevölkerung Boliviens in tiefster Armut, sind Lehmhütten etwas alltägliches, bedeutet der Besuch einer Schule einen Luxus, den sich die Mehrheit der Menschen nicht leisten kann. Das liegt, vor allem, daran, daß es kaum ein Wirtschaftsunternehmen in Lateinamerika gibt, dessen Hauptprofit nicht von amerikanischen Kapitalgesellschaften geschluckt wird. Oder: die Kindersterblichkeit in Lateinamerika ist der Preis für die Mondlandung des Astronauten Armstrong.

Unter dem Namen Laura Gutierrez Bauer reist Tamara drei Jahre lang durch mehrere Länder Lateinamerikas. Ihre Aufgabe ist es, Verbindung zu anderen Widerstandsbewegungen aufzunehmen, und es gelingt ihr, meisterhaft, ihre wahre Identität zu verbergen. Doch im Frühjahr 1967, als alles sich noch im Stadium der Vorbereitung befindet, als es noch keine völlige Einigkeit innerhalb der Widerstandsbewegung Boliviens über ein gemeinsames Vorgehen gibt, werden die Partisanen verraten: zwei Deserteure laufen zum Feind über, als

Barrientos jedem Straffreiheit verspricht, der freiwillig seinen Widerstand aufgibt.

Der Alarm im Partisanenlager wird ausgelöst, als Tamara gerade von einer Reise nach Argentinien zurückgekehrt ist und von dort drei Besucher mitgebracht hat: die Argentinier Bustos und Jozami, den Franzosen Regis Debray als dritten. Sie wollten mit Che Guevara verhandeln, der inzwischen nach Bolivien gekommen ist, um die Widerstandsgruppe zu leiten, die sich seit dem 25. März 1967 „Armee der Nationalen Befreiung Boliviens“ nennt. Sie wollen verhandeln – jetzt aber sind sie gezwungen, mit den Partisanen zusammen gegen die Armee zu kämpfen.

Das alte Lager unweit der Stadt Camiri wird geräumt, die Partisanen ziehen sich tiefer in die Wälder zurück, treffen auf reguläre Truppen und werden in Gefechtsverwickelt, weichen abermals zurück.

Die Armee setzt nach. Gegen die Guevaros, die froh sind, daß jeder von ihnen ein Gewehr trägt, werden Jagdbomber und bis an die Zähne bewaffnete Elitetruppen, werden Splitterbomben und Napalm eingesetzt. Zusätzlich werden Tamara und zwei weitere Genossen krank, die gesamte Truppe teilt sich, die Gruppe mit den Kranken bleibt als Nachhut zurück. Tage später, Tamara und die anderen sind wieder gesund, läuft die Nachhut in eine Falle. Der sicherste Schutz der Partisanen ist der Urwald: mit ihm sind sie vertraut, erschafft Kampfbedingungen, unter denen wenige Guerilleros ganze Kompanien angreifen können. Der Hinterhalt wurde dort gelegt, wo der Schutz des Waldes fehlte: an einer Furt, durch die die Partisanen den Rio Grande überqueren mußten. Als sie mitten im reißenden Wasser standen, die Gewehre hoch über die Köpfe erheben mußten, um sie vor der Nässe zu schützen – als sie wehrlos waren, eröffneten die von US-Offizieren ausgebildeten Soldaten das Feuer. Außer einigen blinden Garben in die den Feind verbergende Dichte des Waldes blieb ihnen keine Möglichkeit zur Verteidigung. Unter denen, die fielen, befand sich auch die Partisanin Tamara, die von allen nur Tanja genannt wurde.

Tamara Bunke ist in Cuba jedem Kind bekannt – Schulen, Kindergärten und Fabriken tragen ihren Namen. Sie gehört zu den Helden der sozialistischen Revolution, sie hat ihr Leben eingesetzt für eine Ordnung, in der Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg für immer beseitigt sind.

Das Vermächtnis, das Che Guevara, Tamara Bunke und die ungezählten namenlosen Helden des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus uns hinterlassen haben, heißt, auf die konkreten Bedingungen der Bundesrepublik übertragen: unermüdlich lernen, sich das Wissen anzueignen, das nötig ist, um das Bewußtsein der arbeitenden Menschen dahingehend zu verändern, daß sie ihre soziale Lage erkennen und bereit sind, für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen.

jugendpolitische blätter

Tatsachenbericht von Ulrich Sander

So frei ist die „freie Jugendhilfe“

DBJR droht Mittelentzug bei Aufnahme der SDAJ - Bayerischer Jugendring paßt sich an - Geheimdienstpapier in NRW gegen demokratische Jugendarbeit - Die SPD-Führung hätschelt Rechte und schlägt Linke

Ein Gespenst geht um in der Jugendarbeit – das Gespenst der Linken. Alle Mächte der alten Geruhsamkeit haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, Minister und Ministerialräte, der Verfassungsschutz und die Junge Union, preußische Beamte und bayerische Jugendringfunktionäre.

Ministerialrat Weber, seines Zeichens Leiter der Jugendabteilung im Arbeits- und Sozialministerium von Nordrhein-Westfalen, ist besorgt. Tief besorgt. Hat er doch von der 25:19-Stimmenmehrheit für den Aufnahmeantrag der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend im Deutschen Bundesjugendring gehört. Zwar reichte die Mehrheit nicht – die SDAJ braucht zwei Drittel der Stimmen, will sie zum Ziel gelangen –, doch Min.Rat Weber will auf Nummer sicher gehen. Daher diktiert er seiner Sekretärin einen Brief in die Maschine. Anschrift: DBJR, 53 Bonn-Venusberg, Haager Weg 44.

Anderntags liest sein – sicherlich erstaunter – Namensvetter Hanspeter Weber, in Bonn als DBJR-Geschäftsführer tätig, sinngemäß folgendes: Aus gegebenem Anlaß – gegeben durch den SDAJ-Antrag – wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Bundesjugendring nur in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung in NRW als förderungswürdig anerkannt ist; jede Änderung der Mitgliederzusammensetzung ist unverzüglich mitzuteilen, da sie das Ministerium vor eine neue Situation stellt.

Der Brief des Herrn Ministerialrats aus Düsseldorf wird von Funktionären des Bundesjugendrings als Höhepunkt in der an politischen Steuerungsversuchen mittels Betätigung des Geldhahns nicht armen DBJR-Geschichte gewertet. So direkt hat

selten eine Behörde auf die Meinungsbildung eines freien Trägers der Jugendarbeit Einfluß zu nehmen versucht. Der Wink mit dem Zaunpfahl ist deutlich: bei Aufnahme der SDAJ und Ausschluß der DJO ändert sich die bisherige Mitgliedszusammensetzung, für die allein bisher öffentliche Förderungsmittel gewährt wurden.

Werden sich die Mitgliedsverbände des DBJR diese Einmischung in ihre Beschlüßfassung gefallen lassen? Wie man hört, will die SDAJ erneut einen Antrag stellen, dem DBJR angeschlossen zu werden. So kommt es auf der 38. Vollversammlung des DBJR im November zu einer Entscheidung, die auch etwas über das Maß der Unabhängigkeit der Jugendverbände aussagen wird. Dabei könnte den rechten Kräften eine unmißverständliche Absage erteilt werden.

Zum Schaden der eigenen Unabhängigkeit gegenüber dem Druck der Rechtskräfte in diesem Lande stellen einige Jugendfunktionäre noch immer das Taktieren obenan. Da ist zum Beispiel in München ein streitbarer Bajuware, der mit Reden von „Demokratisierung“ und „Legitimierung von unten“ schon manche DBJR-Vollversammlung würzte. Dieser Hermann Kumpfmüller, ausgerüstet mit der Funktion eines „Präsidenten des Bayerischen Jugendringes“ focht auf manchem Jugendring-Thing wider die Grundsatzfrage – die Wurzel vieler Übel, weil sie das Vetorecht für einzelne Verbände vorsieht. Kumpfmüller hält der Grundsatzfrage das „wesentliche Merkmal der Demokratie“ entgegen, nämlich „daß die Mehrheit entscheidet“. Der Präsident hat manchen Kampf gegen die Neonazis geführt und viel für die Ehrung des antifaschistischen Widerstandskampfes getan. Er

warb wärmstens um Verständnis für die kritische Jugend und forderte gar, daß Jugendverbandsarbeit „vom Ufer der Rebellion aus“ zu operieren habe. Mit dieser Haltung hat er viel Anerkennung und Zustimmung erworben.

Zwiespältig hingegen ist das, was Kumpfmüller und seine Freunde in ihrem CSU-Heimatland an Taktik bieten. Zum Beispiel kam da so ein Verband daher, der sich stets auf seiten der Rebellion tummelt, die Neonazis stets mit bekämpfen half und außerdem in einer großen Stadt die Mehrheit auf seiner Seite hat – „wesentliches Merkmal der Demokratie“. Was macht unser demokratischer Herrmann? Er macht sich eine Grundsatzfrage: „Zu der Ankündigung der SDAJ, sie werde ihre Bemühungen um Aufnahme in Stadt- und Kreisjugendringe fortsetzen, erklärt der Bayerische Jugendring, die Mühe der Aufnahmeanträge könne sie sich in Bayern sparen. Der BJR-Landesvorstand lehnt die Aufnahme von SDAJ-Gruppen grundsätzlich ab.“

Nun muß man wissen, daß in der bayerischen Jugendarbeit so eine Art undemokratischer Zentralismus sein Unwesen treibt. Dazu gehört, daß der BJR-Landesvorstand zustimmen muß, wenn ein Jugendverband Mitglied irgendeines bayerischen Kreis- oder Stadtjugendrings werden will. Beschloß also in Fürth die Mehrheit der Jugendverbände die Aufnahme der SDAJ, so muß dieser Beschluß in München den Leuten um Kumpfmüller vorgelegt werden. Diesen aber scheinen die CSU-Ministerien, mit denen man gern erfolgreich verhandeln möchte, näher zu sein als der demokratische Wille von Jugendgruppen draußen im Lande. Daher: „Können sie sich in Bayern sparen . . .“ G'sund samma!

Aber kehren wir aus Bayern an preußische Kamme zurück. Dort scheint die Sorge über eine „öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 9 Jugendwohlfahrtsgesetz“ immer dann sehr beträchtlich zu sein, wenn es die freie SDAJ ist, die der Jugend helfen will. In diesem Falle schickt ein Landesjugendamt in NRW den vertraulichen „Erlaß des Innenministers Nordrhein-Westfalen vom 6.2.70 – VII/A 4 b-12 184/69“ durch die Gegend, den der liberale Sportsmann Weyer sich von seinen Verfassungsschützern machen ließ. Diese kommen in einer langen Dokumentation zu der fundamentalen Erkenntnis, daß die SDAJ „als die kommunistische Jugendorganisation Moskauer Prägung“ angesehen werden müsse, die „ferner in Verbindung mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der DDR und mit kommunistischen Jugendorganisationen im Ausland“ stehe. Man denke: „Es fanden auch Gespräche mit der Jugendorganisation Nordvietnams statt, und noch im Dezember 1969 nahm die SDAJ eine Einreiseverweigerung für eine Jugenddelegation aus Nordvietnam zum Anlaß, vor dem Auswärtigen Amt in Bonn zu demonstrieren.“

Mit solch dürftigen Geheimdienstsprüchen ausgerüstet, kommen die Herren um Ministerialrat Weber aus Düsseldorf im Erlaß IV B 2 6113/S zu dem Schluß: „Aus den Ausführungen des Innenministers geht m.E. hervor, daß die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend den Jugendämtern nicht die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit im Sinne von § 9 JWG bietet.“ Für preußische Beamte scheint es ganz selbstverständlich zu sein, daß Staatsbürger den Behörden irgendeine „Gewähr“ bieten müßten, obgleich doch die Bürger von den Staatsdienern Gewähr und Rechenschaft zu verlangen hätten. Aber bitte: Die SDAJ gehörte zu jenen Kräften, die das Grundgesetz gegen seine Kastration durch Notstandsgesetze verteidigten und sich nach wie vor für den Schutz der Bürgerrechte einsetzen. Während der SDAJ mit Geheimdienstmethoden nachgespürt wird und während die Behörden vor ihr „warnen“, erfreuen sich Verbände wie die militaristische Marinejugend und die revanchistische Deutsche Jugend des Ostens der besonders liebevollen Pflege durch Jugendbehörden in NRW. Dem Jugendpfleger einer großen Stadt in NRW kamen offenbar Bedenken angesichts dieser Methode der Landesregierung, die Rechte zu hätscheln, während man die Linke prügelt. In einem Gutachten gelangte er zu der Erkenntnis: „Die jugendpflegerischen Voraussetzungen nach § 9 sind bei der SDAJ weitgehend gegeben, so daß demzufolge einer Anerkennung nichts im Wege steht.“

Sorgen hat die Junge Union. Sie malt sich in ihrem Organ „Die Entscheidung“ in düsteren Farben die Folgen einer Entscheidung im DBJR für die SDAJ aus: „Linksruck nur eine Frage der Zeit? “ Daß die CDU-Leute nicht nur im Auswärtigen Amt Bahrs Papiere klauen und sie Springer zu stecken, sondern in anderen Ministerien für die Junge Union anschaffen, wird am Rande klar: „Wenn die SDAJ Mitglied im DBJR wird, erhält sie möglicherweise Bundesjugendplanmittel. In einem Gutachten aus dem Dienstbereich des Bundesinnenministeriums wurde in diese Zusammenhang auf die verfassungspolitische Bedenklichkeit einer Förderung der SDAJ aufmerksam gemacht. Das für den Bundesjugendplan zuständige Ministerium von Frau Strobel nimmt eine abwartende Haltung ein. Es ist jedoch bekannt geworden, daß die Ministerin persönlich die Förderungswürdigkeit durch Randglosse auf einem Vorgang verneinte.“

Zufrieden kann die CDU/CSU auch mit Frau Strobels Staatssekretär Heinz Westphal sein, der den VDS als undemokratisch einstufte, um eine Begründung dafür zu geben, daß dieser mit 270.000 Mitgliedern größte Studentenverband nach wie vor keinen Pfennig aus dem Bundesjugendplan erhält. Vom Sozialdemokratischen Hochschulbund mußte sich Westphal sagen lassen, daß hinter der Mittelverweigerung für den VDS die Absicht erkennbar sei, „die fortschrittlichen Kräfte zu bekämpfen.“

Statt gegen die Reaktion zu wirken, die an ihrem Regierungsstuhl sägt, hat die SPD-Führung heute offenbar nur eine Sorge: den Zusammenschluß oder auch nur das Gespräch der linken demokratischen Kräfte zu stören. Muß sie an einem Tag ihre scharfe Mißbilligung über das Gespräch der Jungsozialisten mit Walter Ulbricht (siehe Seite 22) zum Ausdruck bringen, so fordert der nächste Tag von ihr eine mannhafte Entscheidung gegen die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“. Darin arbeiten Sozialdemokraten, Kommunisten, Jungsozialisten, Jungdemokraten, SDAJ und andere sehr rege für den Frieden und gegen den – von der SPD-Führung unterstützten – US-Imperialismus zusammen. Das geht natürlich nicht! Angesichts des regierungsamtlichen Antikommunismus, der den Neonazismus aufblühen läßt, strahlen viele Funktionäre demokratischer Verbände eine Gelassenheit aus, die schon masochistisch anmutet. Wenn diese Funktionäre glauben, Ungerechtigkeit und Hetze träfen ja doch „nur“ einige Kommunisten und unbotmäßige Sozialdemokraten, und die Gefahr der neonazistischen Jugendarbeit sei nur gering, so wiegen sie sich in einem Traum, dem ein

schlimmes Erwachen folgen kann. Die Hetze gegen VDS und SDAJ, Verbote des SDS und Förderung der DJO, Maulkorb für die Jungsozialisten und Erpressung der Jugendringe, Unterstützung der US-Aggression und Duldung der Neonazis – das ist regierungsamtliche Politik.

Die NPD – keineswegs entmutigt durch Landtagswahlergebnisse – plant den Ausbau ihrer Jugendarbeit. Nach ihrer Heerschau von Kassel, bei der sich auch Jugendliche von den Neonazis verführen ließen, meldet die NPD-Zentrale: „Noch im Laufe dieses Sommers werden die Jungen Nationaldemokraten einen Bundesjugendkongreß der NPD abhalten.“ Und da will die Deutschlandstiftung, in der sich CDU und CSU in NPD-Stimmung versetzen, nicht lumpen lassen. Geplant ist die Schaffung von Jugendkreisen der Deutschlandstiftung.

Es ist an den demokratischen Jugendverbänden, gemeinsam zu handeln! Der Widerstand gegen den Druck von Rechts entwickelt sich. Zaghaft, aber immerhin. Der Zusammenschluß demokratischer Kräfte gegen die von der Regierung und von „schlauhen Taktikern“ geschonten Rechten ist das Gebot der Stunde. Das haben Jungsozialisten in Schleswig-Holstein erkannt, die den Kampf entwickeln, damit der DJO die öffentlichen Mittel entzogen werden. Das hat der stellvertretende DBJR-Vorsitzende Gerhard Weber erkannt, der in der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ klipp und klar erklärte: „Die Feinde einer Entspannungs- und Verständigungspolitik mit der DDR und Osteuropa haben in diesem Gremium keinen Platz mehr.“ Die Feinde: die DJO – das Gremium: der DBJR.

Das hat schließlich die SDAJ erkannt, die den demokratischen Jugendverbänden wiederholt angeboten hat, gemeinsam gegen Rechtsruck, Demokratiefeinde, Völkerhetzer und Nichtanerkannter, für die Rechte der Jugend anzutreten.

Termine

- 2. August 1970
25. Jahrestag der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens
- 27. bis 31. August 1970
Jugendtreffen für europäische Sicherheit, Helsinki
- 1. September 1970
Antikriegstag
- 16. bis 21. September 1970
Internationales Seminar für gewerkschaftliche Jugendleiter (Thema: Mitwirkung der Gewerkschaften bei nationalem Bildungsprogramm), Florenz
- 18./19. September 1970
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie, Saarbrücken
- 19./20. September 1970
VII. Bundeskongreß der Solidaritätsjugend im Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, Kirchheim/Teck.

Wer bestimmt nach Feierabend?

Arbeiterjugend und Freizeit – Auch hier:
Mitbestimmung tut not / Von Rudolf R. Bergmann

Die Freizeit – oder besser – die Gestaltung der Freizeit ist besonders für die Arbeiterjugend in der Bundesrepublik zu einem großen Problem geworden. Steigende Arbeitsproduktivität auf der einen Seite, mehr oder weniger konsequent geführter Kampf der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite haben die Arbeitszeit gesenkt. „Die Tendenz zur sinkenden Arbeitszeit und steigenden Freizeit wird weiter anhalten.“ So hat es Rolf Priemer auf dem 2. Bundeskongreß der SDAJ formuliert. Klar ist aber auch, daß die Masse der Jugendlichen täglich stärker den Widerspruch fühlt, der durch zunehmende Freizeit und mangelnde materielle Möglichkeiten, die Freizeit sinnvoll zu gestalten, hervorgerufen wird.

Daß durch diesen Widerspruch besonders die Arbeiterjugend benachteiligt ist, kann niemand verwundern, der die Klassenstruktur in der Bundesrepublik durchschaut!

Wort, wo aber zumindest im Ansatz Möglichkeiten der Freizeitgestaltung geschaffen werden – es sei hier nur an Jugendheime und an Jugendferienreisen erinnert – wächst jener Zustand an, den man Fremdbestimmung nennt. Was dies in der Praxis der Freizeitgestaltung bedeutet, ist vielen bekannt, die in städtischen oder kirchlichen Häusern der offenen Tür ihre Freizeit verbringen müssen. Noch durchschaubarer wird dies in sogenannten Jugendlokalen (Boutiquen usw.) und im Bereich der „Jugendmode“, wo die Profitinteressen (z.B. der Bekleidungsindustrie) bestimmen, was jugendgemäß ist.

Die Fremdbestimmung in der kapitalistischen Arbeitswelt, die durch ständig steigende Konzentration der Produktionsmittel verstärkt wird, ergänzt sich durch die Fremdbestimmung im Freizeitbereich. Beides bedingt sich gegenseitig und hat eine gemeinsame Wurzel, die private Verfügung über Produktionsmittel. Daraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Erfolg des Kampfes gegen die Fremdbestimmung in der Freizeit abhängig ist vom Erfolg des Kampfes für Mitbestimmung der Arbeiter und gegen die verschärfte Ausbeutung im

Produktionsprozeß. Aus dieser Tatsache darf man allerdings nicht ableiten, daß eine Arbeiterjugendorganisation „nur“ den Kampf im Produktionsprozeß zu führen hat, den Kampf im Bereich der Freizeit aber vernachlässigen darf. Es ist vielmehr ihre Pflicht, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen! Denn, um wieder mit Rolf Priemer zu sprechen: „Aus der unbedingten Notwendigkeit, die Freizeit mehr und mehr als einen erstrangigen Faktor für die allseitige Persönlichkeitsentwicklung anzusehen, ziehen wir für die Perspektive der Arbeiterjugend die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterjugend für ihre Zukunft auch im Freizeitbereich:

- neue Besitz- und Rechtsstrukturen
- demokratische Mitbestimmungsrechte
- Schutz vor autoritärer Unterdrückung benötigt.“

Wenn diese Forderungen realisiert würden, und sie könnten besonders gut durch eine Organisation verwirklicht werden, die sich konsequent um alle Belange der Arbeiterjugend kümmert, dann bestünde die Chance, „die Umwandlung des Jugendlichen aus seiner Rolle als angepaßtes, passives, manipuliertes, also fremdbestimmtes Objekt Konsummarktes in die Rolle des aktiven, vorwärtstreibenden und schöpferischen Jugendlichen“ zu ermöglichen (Priemer). Daß die organisierte Arbeiterjugend im Kampf um ihre Rechte im Bereich der Arbeitswelt viele Erfolge errungen hat, ist unbestritten; aber der Bereich der Freizeit wurde allzu oft unberücksichtigt gelassen. Dies scheint um so verwunderlicher, wenn man bedenkt, daß z.B. die SDAJ ja teilweise aus jenen Jugendclubs hervorgegangen ist, in denen Teile der Arbeiterjugend noch immer ihre Freizeit verbringen.

Gerade diese und ähnliche Jugendfreizeithäuser bieten aber die Möglichkeit, die Arbeiterjugend auch organisatorisch der progressiven Jugendbewegung zuzuführen. Die Möglichkeiten der Entfaltung der Jugendlichen in den Freizeithäusern bestimmen entscheidend die Verhaltensweisen dieser Jugendlichen selber mit; aus diesem Grund ist die Arbeit in solchen Häu-

sern von großer Wichtigkeit! Ein Beispiel kann dies vielleicht verdeutlichen: Jugendliche, die im Arbeitsprozeß stehen, der ihnen erst einmal kaum Raum bietet, ihre demokratischen Rechte zu nutzen, werden sicher in ihrem demokratischen Verhalten und Bewußtsein nicht gefördert, wenn sie in einem Jugendclub ihre Freizeit verbringen müssen, der ihnen keine Möglichkeit bietet, über das Clubleben, d.h. über die eigene Freizeit mitzubestimmen. Hier bietet sich ein Ansatzpunkt für die antikapitalistische Jugendfreizeitarbeit, die eben diese demokratische Mitverwaltung des Freizeitbereichs mit den Jugendlichen gemeinsam durchzusetzen hat.

Zwar gibt es auch schon heute eine Reihe Jugendclubs, die den Jugendlichen eine formale Mitbestimmung ermöglichen. Dort würde sich nun die Möglichkeit bieten, aufzuzeigen, daß diese Mitbestimmung oftmals nur formal und inhaltlos ist, da diese zu verschleiern sucht, daß die Jugendlichen von wichtigen Entscheidungen, die für das Clubleben bestimmend sind, ausgeschlossen bleiben, was wohl eine konkrete Form der Fremdbestimmung sein dürfte. Der Hinweis, daß z.B. der Club-Etat nicht von den Jugendlichen, sondern vom Jugendamt und dem Clubleiter verwaltet wird, ist ein weiterer Ansatzpunkt zur Mobilisierung der Jugendlichen, die zur tatsächlichen Mit- und Selbstbestimmung der Freizeit führen kann. Durch den Kampf um Mit- und Selbstbestimmung im Freizeitbereich kann den Jugendlichen außerdem vermittelt werden, daß es sich lohnt, auch in anderen Bereichen um ihre Rechte zu kämpfen!

Die Ansätze einer Arbeiterjugend-Freizeitpolitik sind vielfältig und dürfen sich selbstverständlich nicht nur auf Jugendfreizeithäuser beschränken, obwohl hier die Möglichkeiten wahrscheinlich besonders gut sind. Die Organisation der Urlaubsreisen der proletarischen Jugend und das Mitwirken in Sportvereinen u.a.m. bieten sich ebenfalls an.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Arbeiterjugendorganisationen sowohl örtlich wie überregional praktikable Freizeitalternativen zu entwickeln haben, die den Bedürfnissen der Arbeiterjugend entsprechen und als Kampfansage gegen die Fremdbestimmung im Freizeitbereich zu bewerten sind.

Dieser Artikel kann zur Freizeitproblematik der Arbeiterjugend nur einige unvollkommene Anstöße geben, die vielleicht zu einer größeren Diskussion anregen. Diese notwendige Diskussion wäre ganz sicher ein Beitrag, um den Kampf um die Jugend zu gewinnen – gegen die Interessen des Monopolkapitals, aber für die Interessen der proletarischen Jugend und somit der Jugend überhaupt!

Interview mit Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED:

„Es geht um den Frieden und um die Zukunft der Jugend“

Aufregung in der SPD-Baracke wegen JuSo-Treffens mit Ulbricht - Was war los? - elan dokumentiert den Wortlaut des Junge-Welt-Interviews

JUNGE WELT: Genosse Ulbricht, wir haben gehört, daß Sie kürzlich ein Gespräch mit der Delegation der Jungsozialisten der BRD hatten, die auf Einladung des Zentralrats der FDJ unserer Republik einen Studienbesuch abgestattet hat.

WALTER ULBRICHT: Es war vereinbart, über dieses Gespräch öffentlich nicht zu berichten. Daran haben wir uns gehalten.

JUNGE WELT: Inzwischen ist aber doch eine neue Lage eingetreten, denn durch die Androhung von Maßnahmen gegen die Jungsozialisten hat die Springer-Presse Wind bekommen.

WALTER ULBRICHT: Also gut, ich werde Ihre Fragen beantworten.

JUNGE WELT: Wie ist es überhaupt zu dem Gespräch gekommen, Genosse Ulbricht?

WALTER ULBRICHT: Ich finde es völlig verständlich, daß sich westdeutsche Jungsozialisten für die Probleme der Jugend in der DDR interessieren. Sie haben sich, wie sie mir erzählten, in Karl-Marx-Stadt und Hennigsdorf unsere Berufsausbildung angesehen. Sie haben mit Lehrlingen gesprochen. Sie haben auch Fragen unserer Stadtplanung und unserer Kommunalpolitik studiert.

Ich habe von dem Studienbesuch der Delegation gehört. Ich war doch selbst an der Ausarbeitung der Grundrechte der jungen Generation und des Gesetzes zur Förderung der Jugend beteiligt. Ich sah damals meine Aufgabe darin, die Forderungen — die von uns, von der sozialistischen Arbeiterjugend, unter der Führung Karl Liebknechts schon vor dem ersten Weltkrieg vertreten worden waren — nachdem die Arbeiterklasse in einem Drittel Deutschlands die Staatsmacht in die Hände genommen hatte, durchzuführen — und selbstverständlich noch einiges dazu.

Schließlich war ich auch einmal Jungsozialist — wenn das auch schon 80 Jahre her ist. Deshalb hielt ich es für selbstverständlich, auch einmal mit westdeutschen jungen Sozialisten zu sprechen. Diese Unterhaltung hat mir deshalb Freude bereitet, weil unsere Gäste das Neue in der Jugend- und in der Jugendbewegung bei uns studieren können und ein beiderseitiger Erfahrungsaustausch von Nutzen ist. Ich habe den westdeutschen

Gästen auch erzählt, welche Reisen ich in meiner Jugendzeit vor dem ersten Weltkrieg gemacht und welche Erfahrungen ich dabei gesammelt habe. Ich habe auch darüber gesprochen, wie wir damals mit Karl Liebknecht als junge Sozialdemokraten gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Chauvinismus der Reaktion gekämpft haben.

Also, wir haben uns in einem modernen Berliner Hotel getroffen: Der ehemalige Jungsozialist Walter Ulbricht und Jungsozialisten aus Westdeutschland. Ich muß sagen, wir haben uns gut unterhalten und angeteert geolaudert.

JUNGE WELT: Das Parteipräsidium der SPD hat nun auf die Anfrage einer Springer-Zeitung hin die Unterhaltung der Jungsozialisten mit Ihnen in einer solchen Schärfe mißbilligt, daß man fast glauben könnte, Sie hätten den jungen Sozialdemokraten Direktiven für die Weltrevolution gegeben. Um welche Fragen ging es denn in diesem Gespräch, Genosse Ulbricht?

WALTER ULBRICHT: Wissen Sie, einige Leute in Bonn tun gerade so, als wären die jungen Sozialdemokraten ohne Erlaubnis in ein wildfremdes Land gefahren und hätten dabei ihr Seelenheil aufs Spiel gesetzt. Dabei waren das ganz aufgeweckte junge Männer. Sie haben erklärt, daß sie auf dem Boden der Politik der Regierung Brandt stehen und die SPD-Beschlüsse respektieren. In unserem Gespräch wurden innere Fragen der SPD überhaupt nicht berührt.

In unserer Unterhaltung ging es vor allem um die Zukunft der Jugend und um den Frieden — also um das Wichtigste, was junge Menschen in der ganzen Welt, in der DDR wie in der BRD, interessiert. Ich habe ihnen gesagt, daß wir in der DDR die Grundrechte der jungen Generation garantieren und die Entwicklung der Jugend so fördern, daß sie in den nächsten Jahrzehnten bestehen kann. Wir haben dann über die Fragen der Sicherung des Friedens gesprochen — darüber, was wir in der DDR dafür getan haben und weiter tun werden.

Ich erinnerte an eine Erklärung Brandts, es werde eine Wende in Westdeutschland kommen, und gab meiner Hoffnung Ausdruck: Herr Brandt möge sich — gerade im

Interesse der westdeutschen Jugend, die nicht ein drittes Mal Opfer der imperialistischen Expansionspolitik werden will — bei der Herbeiführung der europäischen Sicherheit auf die Jugend stützen.

Das Gespräch kam dann auf soziale Fragen. Die Jungsozialisten waren etwas verwundert, als ich ihnen sagte, daß nach meiner Ansicht die Vorschläge des DGB vom 22. Oktober 1969 sehr wohl den Interessen der Arbeiterschaft und der Werktätigen in Westdeutschland entsprechen. Uns ist bekannt, daß der Vorsitzende des DGB, Vetter, namens des Bundesvorstandes des DGB der Regierung Brandt bei ihrem Amtsantritt diese gewerkschaftlichen Vorschläge übergeben hat. Einer der Anwesenden bemerkte, daß die Vorschläge des DGB bisher nicht in Angriff genommen worden sind.

Was die Erfolge des Sozialismus in der DDR anbetrifft, habe ich meinen Gesprächspartnern offen gesagt, daß das unter den Bedingungen der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen geschaffen werden konnte. Das hatten ihnen übrigens auch schon die Lehrlinge in Karl-Marx-Stadt und Hennigsdorf gesagt und anschaulich demonstriert. Und ich habe hinzugefügt, daß das in Westdeutschland unter den heutigen Machtverhältnissen nicht kopiert werden kann. Dort muß man sich schon den eigenen Kopf anstrengen, wie der Kampf gegen die reaktionären Kräfte, für demokratische Reformen und eine echte Friedenspolitik zu führen ist.

JUNGE WELT: Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Wischnewski, hat die Delegation der Jungsozialisten des „Vertrauensbruchs“ beschuldigt, weil er, Wischnewski, gegen die Annahme ihrer Einladung durch die Jungsozialisten gewesen sei. Am Montag will sich sogar der Parteivorstand der SPD mit diesem „Vertrauensbruch“ beschäftigen.

WALTER ULBRICHT: Es ist sehr gut möglich, daß Herr Wischnewski ein Zusammentreffen junger Sozialdemokraten mit einem ehemaligen Jungsozialisten, der Mitglied der Sozialdemokratie war — mit mir — verhindern wollte.

Ich habe gehört, daß er sogar einen Funktionär aus dem Parteivorstand nach Berlin entsandte. Der soll bis in das Hotel vorgedrungen sein, in dem die Gäste der FDJ in unserer Hauptstadt wohnten. Aber die Delegation der Jungsozialisten hat offenbar mit Mehrheit beschlossen, die Einladung anzunehmen.

Warum auch nicht? Ich habe schon mit vielen westdeutschen Bürgern Gespräche geführt — mit Arbeitern, Gewerkschaftlern, Bauern, Jugendlichen, Intellektuellen. Sogar mit Großbauern, mit Großindustriellen und auch mit Mitgliedern der westdeutschen CDU habe ich mich hier in der DDR unterhalten. Ausgerechnet Jungsozialisten sollen nicht mit mir sprechen dürfen? Sie sollen nicht diese Freiheit haben?

Offenbar stimmt mit dieser westdeutschen Freiheit irgend etwas nicht. Die Neonazis haben doch dort alle Freiheit, die fortschrittlichen Kräfte zu terrorisieren, wie das in Kassel sichtbar wurde. Dagegen hat Herr Wischnewski bisher noch nichts unternommen.

JUNGE WELT: Es ist doch bemerkenswert, daß eine Zeitung aus dem Springer-Konzern den Bundesgeschäftsführer der SPD zur Abgabe einer Erklärung veranlaßt hat. Da liegt doch die Schlußfolgerung nahe, daß gewisse Kreise im Apparat der SPD gemeinsam mit Jugendgegnern im Hause Springer nach Vorwänden suchen, um die westdeutschen Jungsozialisten mundtot zu machen!

WALTER ULBRICHT: Herr Wischnewski ist dafür bekannt, daß er in den Hauptstädten sozialistischer Staaten verbreitet, die SED betrachte die SPD-Führung als ihren Hauptgegner. Um zu erschweren, daß diese antikommunistische Lüge widerlegt wird, gibt es einen Anti-Kontaktbeschuß der Parteiführung der SPD.

Dieser Beschuß entspricht schon längst nicht mehr der realen Lage. Denn in Westdeutschland sprechen Kommunisten und Sozialdemokraten miteinander, und es ist doch genügend bekannt, daß der Kommunist Willi Stoph und der Sozialdemokrat Willy Brandt schon zweimal offiziell miteinander gesprochen haben.

Eine Lehre der deutschen Geschichte besteht doch darin, daß der Faschismus hätte verhindert werden können, wenn nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches eine Arbeiter- oder Gewerkschaftsregierung gebildet worden wäre. Der Faschismus hätte auch verhindert werden können, wenn beim Putsch des Herrn von Papen — der die Absetzung der sozialdemokratischen Preußen-Regierung befahl — Sozialdemokratie, KPD und Gewerkschaften den Generalstreik durchgeführt und die hunderttausend Mann preußischer Polizei gegen die Regierung Papen und gegen den SA-Terror gekämpft hätten.

JUNGE WELT: Genosse Ulbricht, was das die Kernfrage des Gesprächs?

WALTER ULBRICHT: Die Hauptfrage war: SED, SPD, die kommunistische Partei in Westdeutschland und alle friedliebenden und demokratischen Kräfte sollten sich gegen die Gefahr des Rechtsblocks von Strauß über Barzel bis Thadden und gegen die ganze militaristische und Revanchepolitik zusammenschließen. Die Rechtskräfte mobilisieren in Westdeutschland und haben dazu den ganzen Springer-Konzern zur Verfügung. Aber wo bleibt die Einigung der demokratischen Kräfte für die Erklärung Kanzler Brandts, nun mehr Demokratie zu wagen?

Wir sind überzeugt: Auch die Teile der Bourgeoisie, die aus den zwei Weltkriegen gelernt haben, daß der Militarismus nicht der richtige Weg ist, werden einer Politik der europäischen Sicherheit und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen DDR und BRD zu-neigen.

Magazin

Links schlagen, rechts streicheln

Das Verbot des Heidelberger SDS und die Duldung des Neonazismus

Von Wolfgang Bartels

Heidelberg, 19. Juni. In den Straßen der alten Universitätsstadt ein Bild, daß nicht mehr ungewohnt ist: 625 Polizisten schlagen eine Demonstration zusammen. Die Demonstration richtet sich gegen die Ausbeutung der Dritten Welt und den US-Krieg in Indochina. Gleichzeitig ging es gegen die „Internationale Konferenz für Entwicklungshilfe“, an der zwar keine Vertreter der sogenannten „unterentwickelten“ Länder, aber so erlauchte Persönlichkeiten wie der ehemalige US-Verteidigungsminister und jetzige Weltbankpräsident McNamara, einer der Hauptverantwortlichen für die Verbrechen in Indochina, teilnahmen.

Heidelberg, 25. Juni. Die Heidelberger SDS-Gruppe, die nach Selbstauflösung des Bundesverbandes selbständig weitergearbeitet hat, wird durch die Stuttgarter Landesregierung verboten, ihr „Vermögen“ beschlagnahmt und die Bildung von Ersatzorganisationen untersagt. Als unmittelbarer Anlaß dienen die angeblichen Ausschreitungen bei der Demonstration. Doch die Verbotverfügung hat noch eine „Begründung“, eine Verbotsbegründung, durch die alle konsequent demokratischen und sozialistischen Kräfte bedroht sind: „Der SDS Heidelberg erstrebt insgesamt — gleichviel

mit welchen taktischen Abweichungen vom Vorgehen anderer Gruppen — mindestens langfristig die revolutionäre Umgestaltung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik.“

70 Kriminalbeamte durchwühlten zwei Stunden lang die Büroräume des SDS. Die Räume des AStAs untersucht man auch gleich mit. Uni-Rektor Rendtorff protestierte gegen das eigenmächtige Eindringen der Polizeibeamten in die Universität.

Eine breite Welle der Solidarität ging daraufhin durch die Bundesrepublik. Studenten anderer Universitäten organisierten Demonstrationen. Die Jungsozialisten kündigten an, gegen den SPD-Innenminister Krause und den SPD-Justizminister Schieler auf innerparteilicher Ebene mit geeigneten Mitteln vorzugehen. Die Jungdemokraten protestierten „gegen den Rechtsbruch der Stuttgarter Landesregierung“. Allein 28 Betriebsräte aus Mannheimer Großbetrieben forderten die Aufhebung des SDS-Verbots und den Rücktritt Krau-

ses. SDAJ und DKP riefen zu Solidaritätsaktionen auf.

„Gestern KPD-Verbot, heute SDS-Verbot, morgen Streikverbot?“ So war es auf Transparenten bei den vielen Protestaktionen zu lesen. Und tatsächlich. Das SDS-Verbot reiht sich genau in die zunehmende Rechtsentwicklung ein, die mit dem KPD-Verbot eingeleitet wurde. Daß in Heidelberg zwei Tage vor der Demonstration gegen den Entwicklungshilfekongreß unter Polizeischutz eine NPD-Demonstration Brandt und Scheel „Verräter“ und „Lumpen“ nannte, erscheint geradezu eine Kleinigkeit.

Während nach links geschlagen wird, ist man wie eh und je auf dem rechten Auge blind. Wir können nur ganz wenige Dinge herausgreifen, die sich in den letzten Wochen unter den Augen und teilweise sogar unter der Obhut der Obrigkeit abgespielt haben.

■ In Neunkirchen (Saarland) schlugen NPD-Ordner auf einer Wahlversammlung Jugendliche nieder, die es gewagt hatten, kritische Fragen zu

stellen.

■ In Hamburg wird der Tischler und DKP-Funktionär Erich Röhlck abseits einer großen Demonstration von vier jungen Neonazis zusammengeschlagen.

■ Bei Hannover übt sich die „Volkstreue Jugend“ im Schußwaffengebrauch. Auf ihren Abschußlisten stehen die Namen sozialdemokratischer und kommunistischer Politiker und linker Publizisten. (Stern 24/70)

■ Die CDU/CSU demonstrierte mit der Annahme einer Einladung des griechischen Ministers Makarezos erneut ihre Sympathie für die Junta.

■ Die DJO veranstaltet außerhalb der Bundesrepublik, in Westberlin, ihre revanchistischen Bundesspiele.

■ Die NPD nimmt den 17. Juni zum Anlaß, um in mehreren Städten Bayerns gegen jeden Ansatz einer Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten zu demonstrieren. So ganz nebenbei werden Mädchen und Jungen unter den Augen der Polizei zusammengeschlagen. Sie hatten es gewagt, für Entspannung, Frieden und Verständigung zu de-



monstrieren.

■ Fritz Schilling, Oberstudienrat an der Melsunger Geschwister-Scholl-Schule, sagt zu einem Schüler: „Du gehörst an die Wand gestellt!“ Und zu einem anderen: „Für Sie ist ein Schuß Pulver zu schade; Sie gehören mit kleinen Steinchen langsam vom Leben zum Tode gebracht!“ Trotz vieler Proteste ist Schilling nach wie vor in Amt und Würden.

■ Ein in Westberlin erscheinendes, als Angelsportzeitung getarntes Nazi-Blatt darf ungehindert im besten „Stürmer“-

Jargon schreiben: „Die pervertierten und scheußlichen sowie unzüchtigen Riten“ zahlreicher russischer Sekten seien „ein Indiz dafür, daß die meisten Russen die Sucht zur Vergewaltigung der Frau und kleiner Kinder haben . . . Diese Unmenschen hatten ein entsetzliches Vergnügen daran, den armen Opfern die Augen auszustechen.“

■ Das Bundesinnenministerium hält einen Geheimbericht zurück, in dem der neonazistische Geist der NPD nachgewiesen wird.

■ In einem Rundschreiben des CSU-Freundeskreises Köln vom 8. 6. 1970 heißt es: „Wir haben in Ausführung der Marburger NPD-Absprache an die Sympathisierenden die Parole ausgegeben: Wählt CDU/CSU, stärkt die Opposition, verhelft ihr wieder zur Macht! Franz-Josef Strauß ist der kommende Mann. Er löst Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führerqualitäten!“ („Druck und Papier“, 29. 6. 70)

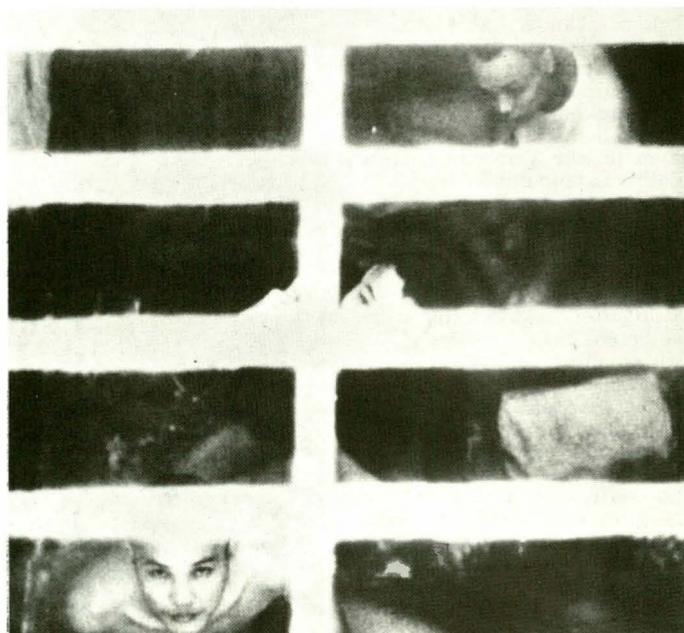
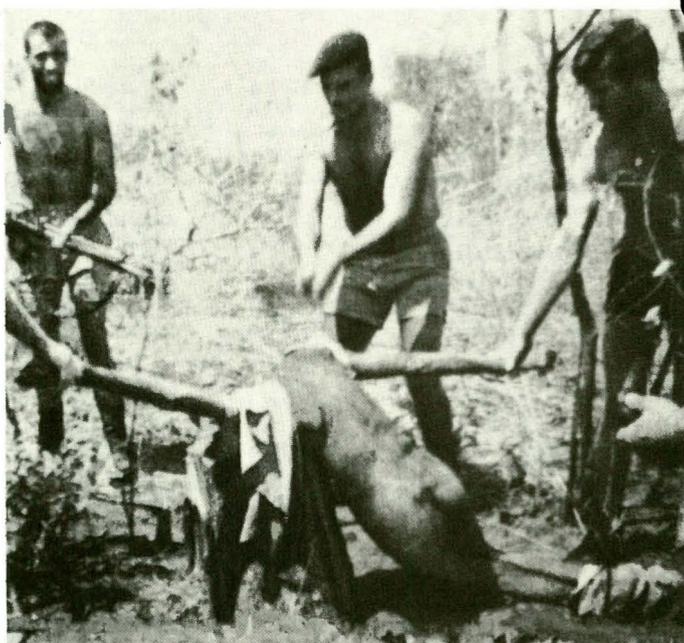
Zehn Fälle von vielen. Doch sie werfen ein bezeichnendes

Licht auf diesen Staat. KPD-Verbot, Wiederaufrüstung, Notstandsgesetze, SDS-Verbot auf der einen Seite, offizielle Duldung der neonazistischen Umtriebe auf der anderen. Zwei Seiten einer Medaille.

Einmütige Meinung der antifaschistischen Gruppen in der Bundesrepublik: Anstatt das SDS-Verbot gut zu heißen, sollte die SPD die Möglichkeiten, die sie als Regierungspartei besitzt, nutzen, um gegen die neue „Harzburger Front“ vorzugehen, bevor es zu spät ist. ■



(aus „Spiegel“)



Bilder aus der freien Welt

Nur drei Bilder. Aus Mocambique. Aus Süd-Vietnam. Aus Brasilien. Drei von vielen aus der „freien Welt“, der Welt des Imperialismus. Sie zeigen die Enthauptung eines Freiheitskämpfers in Mocambique durch die portugiesische Soldateska. Er hatte sich geweigert, gegen sein eigenes Volk zu spionieren. Sie zeigen die ehemalige Gefangene der brasilianischen Militärdiktatur, die mit Stromstößen und Eisenstangen so gefoltert wurde, daß sie sich nur noch im Rollstuhl fortbewegen kann. Sie zeigen die Gefangenen in den „Tiger-Käfigen“ des südvietnamesischen KZs Con Son: Betonlöcher, so niedrig, daß kein Mensch darin aufrecht stehen kann; nach oben mit einem Gitter abgedeckt; die KZ-Wächter stehen auf dem Gitter, urinieren auf die Gefangenen und schütten gelöschten Kalk über sie.

Kampf den See-Räubern

Naturfreunde nahmen sich den Platz für ihre Erholung

Von Wolfgang Bartels

„Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkung des Eigentumsrechtes freizumachen . . .“ So gebietet es der Artikel 141 der bayrischen Verfassung.

Aber wer läuft denn schon mit der Verfassung unter dem Arm durch Bayerns Erholungsgebiete? 680 km lang sind die Uferstrecken der für ihre Schönheit bekannten bayrischen Seen. Das sind riesige Flächen zur Erholung für die Bevölkerung vom schweren Arbeitsalltag! Doch 435 km davon, also fast zwei Drittel, gehören privaten Eigentümern. Nur ganze 135 Kilometer Seeufer sind für die Allgemeinheit zugänglich. Hier einige Beispiele:

Vom Ufer des Pilsensees



Zusammen mit Hitler weiht Baron Finck (rechts) am 18. Juli 1937 das Haus der Künste in München ein. Der Freund der schönen Künste ist kein Freund der Volkserholung.

gehört die Hälfte dem Grafen zu Toerring und Jettenbach, die andere Hälfte besteht aus Schilf.

■ Seit Jahrzehnten bemüht sich die Gemeinde Kochel zum Nutzen ihrer Bürger und Feriengäste am Kocheler See eine durchgehende Uferpromenade von 1200 Meter Länge anzulegen. Doch der größte Teil des Ufers gehört dem Baron August Finck, dem wohl reichsten Mann der Bundesrepublik, der selbst Hitlers Hilfe beim Zusammenraffen seines Vermögens nicht ausschlug. Finck ist Herr über milliardenschwere Ländereien, Banken, Stahlwerke, Versicherungen, Elektrizitätsunternehmen, Markthalen und Kühlhäuser.

■ Der Barmsee bei Garmisch-Patenkirchen wird vom „Bund Deutscher Naturschutz“ „als wohl schönster oberbayrischer Gebirgssee“ bezeichnet. Deshalb möchte er ihn gerne für die Öffentlichkeit freibekommen. Doch fast das ganze Ufer gehört Finck.

■ Bei Weilheim liegen die idyllischen Osterseen, weit bekannt als Erholungs- und Waderschutzgebiet. Doch auf einmal wurden Hochspannungsleitungen gelegt und Markierungspflocke aufgestellt. Ein Privatflugplatz soll entstehen. Bauherr: Finck jun.

Die CSU in Bayern lehnte es in drei Legislaturperioden viermal ab, zu Artikel 141 ein Ausführungsgesetz zu beschließen. Sie hält es mit den Fincks und Toerrings und wie die „See-Räuber“ alle heißen mögen. Selbst die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ kann nicht umhin festzustellen, daß Finck „ungeniert fortfährt, das kommunistische Klischeebild von der Macht der Junker und Monopolkapitalisten rundum zu bestätigen.“

Doch die erholungssuchenden Menschen sind nicht mehr bereit, sich damit abzufinden. Der Naturschutzbund erklärte: „Wir sind in Sachen Barmsee nicht mehr kompromißbereit.“ Und an einem Wochenende im Juli schritten bayrische Bürger zur Aktion. Familien mit ihren Kindern, insgesamt etwa 200 Erholung suchende Menschen nahmen Kurs auf den Barmsee, um dort zu baden. Sie möchten ihre verbrieften Rechte auch notfalls ohne die bayrische CSU-Regierung wahrnehmen.

Das Problem der See-Bonzen gibt es nicht nur in Bayern. Unter Losungen wie „Eignet euch See-Bonzen“ und „Boden-see = Bonzensee“ demon-



strierte die Naturfreundejüngend während der Pfingsttage in den Bodenseenorten und auf der Insel Mainau. Allein im Kreis Konstanz befinden sich von den 36 km erschlossenem Seeufer fast 85 Prozent in Privatbesitz. Nur ganze 5,5 km — Bäder und Zeltplätze mit eingerechnet — sind der Allgemeinheit zugänglich.

Aber auch in Norddeutschland hat das rücksichtslose Verhal-

ten von Hochadel und Hochfinanz zu Protesten in der Öffentlichkeit geführt. Der Sachsenwald ist seit jeher ein beliebtes Ausflugsziel der Hamburger. Doch seit kurzem sind weite Flächen des Waldes eingezäunt und für die Allgemeinheit nicht mehr zugänglich. Grund: Fürst Bismarck und seine blaublütigen Freunde möchten bei ihren Treibjagen ungestört sein. ■

„Die Linken stürzen!“

Die CSU führt Gastmitgliedschaft für nichtbayrische Neonazis ein

Von Bert Holt

„Warum wird die CSU keine Partei, die man in der ganzen Bundesrepublik wählen darf“ klang die brennende Frage „an die Christlich-Soziale Union, München“. Der blut- und bodenständige Briefeschreiber meldete sich aus Niedersachsen, jenem Bundesland, in dem Landtagswahlen anstanden, für die der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes, Landwirtschaftsminister a. D. Wilfried Hasselmann, die Parole ausgab, die Partei müsse

„außen rechts ansetzen“ und sich allen nicht-sozialdemokratischen Kräften öffnen. Kein überraschender Entschluß: War doch die Regierungskoalition mit der SPD geplatzt, hatte sich doch der Landtag aufgelöst, weil die CDU einen abtrünnigen NPD-Abgeordneten für würdig befunden hatte, in der Unions-Fraktion für die Verwirklichung der politischen Ziele einzutreten.

Auch der CSU-Freund aus Deutschlands Norden entpuppte sich als verprellter Neo-Nazi: „Die NPD schafft ja doch nichts!“

Trotz solcher Hinweise auf die rechte Konkurrenz war die Partei der Schwarzen aus Bayern sofort bereit, den Braunen aus Preußen mit offenen Armen zu empfangen. Er erhielt „mit freundlichen Grüßen“ ein langes Antwortschreiben. Er erhielt Grundsatzprogramm, Satzung und Finanzstatut. Und auch gleich „ein Antragsformular zur Aufnahme in die CSU“. Aber verstand sich die Union der Christlich-Sozialen nicht bisher als „eine bayrische Partei, weil sie auf bayrischem Boden gewachsen ist?“ (So ihr

Vorsitzender, Vilshofen-Redner Franz-Josef Strauß.) Richtig. Und „aus diesem Grund“, beschied Herbert Ettengruber von der „Parteiorganisation/Information“ den NPD-Überläufer, „konnten bisher nur Bundesbürger, die ihren Wohnsitz in Bayern haben, der CSU beitreten.“

Bisher. Doch inzwischen seien da „die vielen Anfragen von Freunden nicht nur aus allen Teilen der Bundesrepublik“, sondern auch „von Deutschen im Ausland“. Solche Sympathiewelle habe „das Präsidium bewegt, die Möglichkeit einer Gastmitgliedschaft einzuführen“.

Damit Straußens Freunde nicht nur in Straußens „Freundeskreisen“ nationalistische Parolen schwingen müssen.

Um Mitgliedschaft in der Partei, die sich selbst in ihrem Grundsatzprogramm schmeichlerisch als eine „auch konservative Kraft“ bezeichnet, hatte der Rechts-Radikalinski tatsächlich gebeten.

Seine Begründung überzeugte die CSU: „Ich habe mit Entsetzen mit angesehen, wie die Roten den Willen des deutschen Volkes mißachtet haben und sich die Macht zugeschanzt haben“. Und nun, befürchtete er, „werden die langhaarigen Radaubröder, die ihr Herr Strauß ganz richtig Tiere genannt hat, machen dürfen, was sie wollen.“

Solcher Beifall von rechts außen für den Herrn Parteivorsitzenden ging der Landesleitung wie Honig ein: Sie dank-

te „insbesondere“ auch dem Mitglied in spe für die „spontanen Beweise des Vertrauens und der Sympathie gegenüber unserer Politik und ihren Repräsentanten.“

„Selbstverständlich“ erhalte auch er zukünftig „jede Woche den Bayernkurier zuge stellt“. Er brauche nur flugs „das beiliegende Antragsformular auszufüllen“ — schon sei er Mitglied und habe erst richtig „Gelegenheit“, „die Politik der CSU im außerbayrischen Raum zu unterstützen.“

Solche Männer können die CSU-Politik unterstützen, solche Männer sollen die Bayerische Union zu einer bundesweiten Partei machen:

„Für mich als Soldaten“, klagte der eine rechte Heimat suchende, sei es „natürlich besonders niederschmetternd“, daß seit der verachtenswerten Regierungsbildung ein „Sozi als Verteidigungsminister“ amtiere: „Wo doch die Linken in der Truppe gerade genug Unruhe anzetteln.“

„Viel wichtiger“ als alles andere „wäre es für uns“, die „Gesinnungsgenossen“ dieser Unruhestifter endlich aus unseren ostdeutschen Gebieten zu verjagen!“, ehe es zu spät ist, denn „wer weiß, was da noch alles passiert!“ Auch solche militaristische Angriffslust eines Reichs-Deutschen hielt die Partei nicht davon ab, sich „für Ihr Interesse an einer Mitgliedschaft“ ausdrücklich zu „bedanken“. Im Gegenteil: „Ihr Interesse beweist“, wurde der Gewalt-Propagandist umschmei-

chelt, daß die CSU „eine starke politische Kraft“ sei und „eine dynamische Partei“, die „nichts von ihrer Anziehungskraft“ verloren hat.

Sein „Eintreten für die CSU“, teilte die Parteiorganisation dem Nationalisten aus Niedersachsen hoffnungsfroh mit, werde sicher „dazu beitragen, daß die Grundsätze unserer Politik in Zukunft ihre Geltung in verstärktem Maße“ erhielten.

In wie starkem Maße? In Sorge darum, daß „die Linken“ nun womöglich machen werden, „was sie wohl gern machen möchten“, hatte der Nord-Deutsche auf einen Gleichgesinnten verwiesen. Der habe ihm gesagt, „daß man die mit den Notstandsgesetzen stürzen könnte?“

Diese indiskrete Frage allerdings mochte die CSU vorerst weder verneinen noch bejahen. ■

Schmidts Alibi-„Weißbuch“

Schöne Worte und dunkle Arrestzellen in der Bundeswehr

Von Georg Rohde, zum Schützen d. R. degradiertes „Soldat 70“-Mitautor

„Man kann vom Soldaten die Verteidigung der freiheitlichen Grundordnung nur dann erwarten, wenn er selbst die Rechte besitzt, die er schützen soll.“ So beginnt der 159. Abschnitt des Verteidigungs-Weißbuchs 1970.

Wie steht es aber mit der Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungsministers, der mit schönen Worten ja offensichtlich nicht spart? Wie sieht es aus, wenn Soldaten das in die Praxis umsetzen, was ihr höchster Dienstherr mit scheinbar so großer Selbstverständlichkeit proklamiert?

Nun, elan und andere Presseorgane berichteten über die ersten verschreckten Reaktionen der Generalität auf die demokratische Aktion „Soldat 70“, bis hin zu dem antidemokratischen Verbotsersaß des Generalinspektors. (Nr. 6 u. 7) Den Soldaten Gerhard Gust und Georg Rohde wurde mittlerweile „gekündigt“. Der Soldat Wolfgang Hoffmann muß bis zum 5. August in der Koblenzer Fritsch-Kaserne seine Arreststrafe von 21 Tagen absitzen.

Ein weiterer Soldat, der in der ABC-Abwehrkompanie 40 in Kassel „Soldat 70“ verteilte, wurde mit einer Geldstrafe disziplinarisch „gewürdigt“, wie es im Bundeswehrjargon heißt. Außerdem wurde bei ihm „wehrkraftzersetzendes“ Material, sichergestellt: so zum Beispiel der Text einer MONITOR-Sendung vom 25. 5. 1970, in der nachgewiesen wurde, daß die Bundeswehr, entgegen allen offiziellen Beteuerungen, Giftgas besitzt und auch anwendet.

Das wäre jetzt doch der richtige Augenblick für Verteidigungsminister Helmut Schmidt, seine fortschrittlich-demokratischen Exkursionen im Weißbuch in die Tat umzusetzen und seinen ungezogenen Generalinspekteur zurückzupfeifen!

Aber nichts dergleichen geschieht. Schmidt, besorgt um sein liberales Deckmäntelchen, erklärte zurückhaltend und schüchtern, die Forderungen von „Soldat 70“ sollten in dem von ihm geplanten „Wehrpflichtigenparlament“ diskutiert werden.

Gleichzeitig überläßt er es aber seinen Offizieren, die „aufmüpfigen“ Wehrpflichtigen unter Druck zu setzen, auf daß es nicht so schnell wieder vorkommt, daß einige Gutgläubige seinen Worten Glauben schenken. In diese Verlegenheit kommt der Schönredner aus dem Verteidigungsministerium in letzter Zeit immer häufiger: erst der Ärger mit „Soldat 70“, dann wollen ihm immer weniger Bundesbürger abnehmen, daß die Bundeswehr keine ABC-Waffen besitzt. Und jetzt muß er sich auch noch mit dem Problem quälen, wie er den Kriegsverbrecher und Bundeswehrgeneral Molinari der Öffentlichkeit als aufrechten Demokraten und Friedensfreund verkaufen kann. Preisfrage: Wie viele Weißmacher hat Helmut Schmidts Weißbuch? ■



Auf dem CSU-Parteitag, der unter Polizeischutz am 3. und 4. Juli in der Nürnberger Meistersinger-Halle tagte, verlangte Strauß von seinen Mitgliedern „Aktivität, die weit über die Grenzen des Landes hinausgeht“. Die CSU bleibe zwar eine Landespartei, jedoch „mit bundesweiter Verantwortung“ bei der Sammlung zur „Rettung des Vaterlandes“. Der CDU-Vorsitzende Kiesinger akzeptierte das voll und ganz und wünschte seiner Schwesterpartei „einen großen und glorreichen Sieg.“

hält die BRD in Portugal den Luftwaffenstützpunkt Beja. Der entsprechende Vertrag wurde 1968 (zu Zeiten der „Großen Koalition“) verlängert. Darüber hinaus herrscht ein reger Austausch von militärischen Ausrüstungsgütern. So will sich Bonn Verbündete für seine Europa-Konzeption erhalten, die trotz aller Worte von „neuer Ostpolitik“ nach wie vor gegen die sozialistischen Staaten gerichtet ist. Portugal steht hier nur als Beispiel. Das Verhältnis Bonns zum faschistischen Spanien und zum faschistischen Griechenland ist ähnlich.

Der Zusammenhang ist hergestellt: da sind die Konzerne, die für ihre Profitinteressen über Leichen gehen. Sie werden abgesichert und unterstützt durch die Bundesregierung. Das ganze nennt sich staatsmonopolistischer Kapitalismus . . .

Munitionskästen, Hauptmann Bednarz und die Würgeprämie

Wen wundert es bei alledem, daß trotz Arbeitskräftemangel bei Blohm & Voß kein Platz für den Schweißer Herbert Stender ist? Blohm will den unkritischen Untertanen. Um ausbeutbaren Nachwuchs zu züchten, ist die Berufsausbildung entsprechend ausgerichtet.

Der Jour-fix der Hamburger Gewerkschaftsjugend berichtete dazu in seiner Dokumentation vom 30.4.70: „Tatsache ist, daß Zweidrittel der Lehrlinge, die im letzten Herbst und vorletzten Ostern bei Blohm & Voß anfangen, rund 60 % ihrer Probezeit (Grundlehrgang) mit produktiver, hauptsächlich für die Rüstung bestimmter Arbeit verbrachten. Von den produktiven Arbeiten nach der Probezeit ganz zu schweigen.“ Eben diese Lehrlinge waren es, die während der Probezeit Munitionskästen u.a. für die portugiesischen Korvetten bauen mußten. Als Ausbildungsleiter fungiert ein Max Bednarz, ehemals Hauptmann der Hitlerwehrmacht. Er lebte in der DDR, bis er nicht mehr mit der Ausbildung junger Menschen beschäftigt wurde, weil diese Ausbildung offenbar mehr seiner Offizierstätigkeit ähnelte. Bednarz wechselte in den Westen über und darf seither 350 Blohm & Voß-Lehrlinge „bearbeiten“.

Wie das geschieht, macht eine Antwort deutlich, die Bednarz auf die Forderung des DGB gab, Lehrlinge müßten ihre Berichtshefte während der Arbeitszeit führen. „Wenn die das durchkriegen, schaffen wir das Berichtsheft ganz und gar ab, dafür stehe ich und mit mir die Handelskammer gerade.“ Klar, Berichtshefte während der Arbeitszeit, das geht auf Kosten der Blohm & Voß-Profite. Um Lehrlinge zur Botmäßigkeit zu zwingen, hat Bednarz auch ein materielles Druckmittel an der Hand. Blohm zahlt seinen Lehrlingen im zweiten Lehrjahr eine monatliche Prämie von 15 DM, im dritten und vierten Lehr-

jahr 20 DM. Bedingung: „gute Führung“ des Lehrlings. Die Lehrlinge nennen diese Prämie „Würgeprämie“.

„Enteignet Blohm & Voß!“

„Die Praktiken Blohms zeigen auch, wie dringend solche Forderungen wie nach mehr Mitbestimmung oder Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum sind. Aber die Mitbestimmung muß natürlich demokratisch und effektiv sein; z.B. eine ‚Mitbestimmung‘, die nicht in der Lage wäre, den Bau von Kriegsschiffen für Portugal zu verhindern, verdiente diesen Namen nicht.“

Das formulierten Lehrlinge und Jungarbeiter von Blohm & Voß in einer Dokumentation unter dem Titel: „Blohm & Voß – Geschichte einer Werft, Geschichte eines Rüstungsbetriebes“. +) Im Ergebnis ihrer Untersuchungen stellten sie ein Forderungsprogramm auf, zu dessen Durchsetzung alle jungen Kollegen aufgerufen sind. Hier ist es:

1. Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auch bei allen Investitionen; Wegfall aller Gesetzesbestimmungen, die, wie z.B. die Schweige- und Friedenspflicht, die gewählten Vertreter der Arbeiter praktisch zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern verpflichten.

2. Drastische Kürzung der Rüstungsausgaben. Sofortige Einstellung jeder militärischen und politischen Unterstützung faschistischer Staaten wie Portugal, Spanien oder Griechenland. Schluß mit der Auslieferung von Korvetten an Portugal!

3. Statt Rüstungswirtschaft, die nur den privaten Profiten der Großkonzerne dient, eine demokratisch geplante Wirtschaft, die auf friedliche Zielsetzungen ausgerichtet ist. Die qualifizierte Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen überbetrieblichen Planungsgremien und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, besonders solcher Rüstungsbetriebe wie Blohm & Voß, bieten die Gewähr dafür, daß auch wirklich im Interesse der Arbeiterklasse geplant wird.

Darum: Enteignet Blohm & Voß! Enteignet Bölkow/Messerschmitt/Blohm!

4. Der Kampf für diese Ziele ist ein Teil des Klassenkampfes, sowohl gegen die Kapitalistenklasse unseres eigenen Landes wie gegen den Imperialismus auf internationaler Ebene. Die Verwirklichung dieser Ziele würde den Einfluß des Kapitals in der Bundesrepublik erheblich beschneiden, sie würde den unterdrückten Völkern in den Kolonien Portugals und allen ausgebeuteten Völkern und Klassen eine wertvolle Stütze sein, und sie wäre deshalb ein wichtiges Etappenziel zur völligen Entmachtung der Bourgeoisie, zur Errichtung des Sozialismus.“

*) Die von Jungarbeitern und Lehrlingen der Werft Blohm & Voß zusammengestellte Dokumentation „Blohm & Voß, Geschichte einer Werft – Geschichte eines Rüstungsbetriebes“ ist zu beziehen durch: SDAJ, Landesverband Hamburg, 2 Hamburg 22, Schumannstr. 49



1. Auflage vergriffen . . .
die zweite bereits ausgedruckt —
Sie können wieder bestellen . . .

Kleine Rote Reihe Nr. 6 Wilhelm Schwettmann LENIN und die Jugendbewegung heute

Diese Broschüre sollte jeder lesen, der sich für Lenins Beitrag zur Entwicklung der marxistischen Jugendpolitik und deren Bedeutung für die heutige antiimperialistische Jugendbewegung interessiert.

„Klassenbewußtsein fällt nicht vom Himmel“, „Die Misere der Lenin-„Töter“, „Der Opportunismus und die Selbständigkeit“, das sind nur einige Kapitel, mit denen man sich allein, aber auch in seiner Jugendgruppe beschäftigen kann.

Übrigens: Der Rabatt für Jugendgruppen (ab 15 Exemplare) beträgt 30 v. H. Und das bei einem Preis je Exemplar von nur DM 1,—

Jetzt wird ausgeliefert:

Kleine Rote Reihe Nr. 7 Peter Schütt (Herausgeber) „Linkes Lesebuch“

mit Beiträgen von Dietrich Kittner, Dieter Süverkrüp, Josef Büscher, Hannes Stütz, Richard Limpert, Fasia Jansen u. a.

Ein Lesebuch der besonderen Art — gut zu verwenden für die Diskussion und Agitation. Preis: DM 2,—.

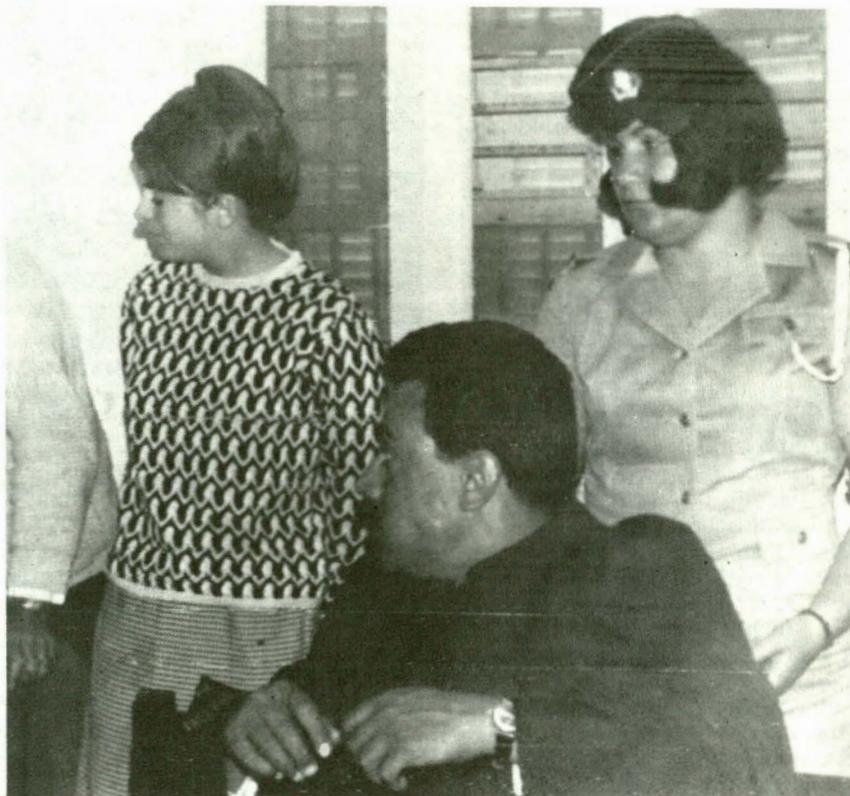
Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

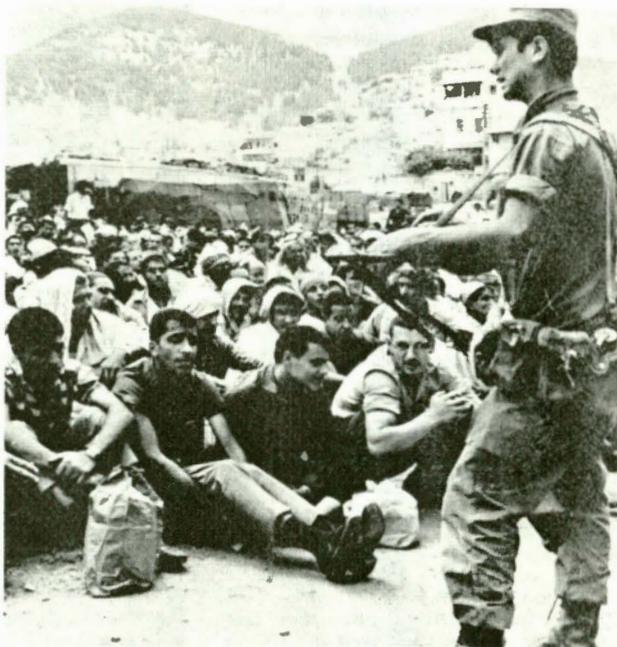
Widerstand in

Ein Exklusiv-Bericht von
Yoram Gozansky, Tel Aviv

Israel



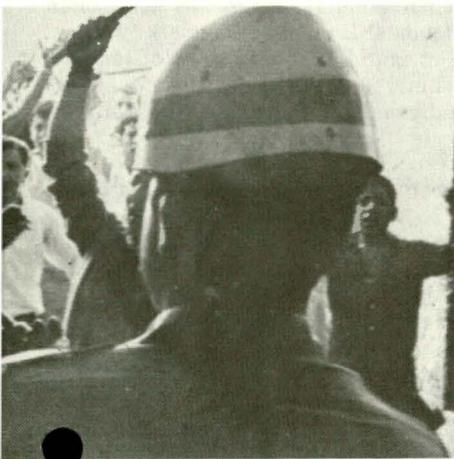
**Oben: Widerstands-
ämpfer gegen die israelische Aggression stehen in Tel Aviv vor Gericht. Die anwachsende Opposition gegen die Regierungspolitik übt Solidarität mit den politischen Häftlingen**



Rechts: Israelische Soldaten bei Massenverhaftungen unter der arabischen Bevölkerung von Nablus im besetzten Westjordanien. „Ein Volk kann nicht frei sein, das andere Völker unterdrückt.“ (Karl Marx)



Mit den Worten „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ begründeten Karl Marx und Friedrich Engels den Gedanken der internationalen Solidarität der Arbeiter. Als die imperialistische Politik der Neuaufteilung der Welt 1914 und 1939 zum Weltkrieg führte, riefen Sozialisten wie Liebknecht und Luxemburg, wie Thälmann und Breitscheid den deutschen Arbeitern zu: „Der Feind des deutschen Volkes steht im eigenen Land“. Der Gedanke des proletarischen Internationalismus lebt im weltweiten Kampf gegen die US-Aggression in Indochina. Er lebt im Kampf der antiimperialistischen Kräfte Israels gegen Krieg und nationale Unterdrückung. Die Opposition gegen die in Israel Herrschenden regt sich. Ihr Motto: „Nicht mit Imperialismus gegen die arabischen Völker, sondern mit den arabischen Völkern gegen den Imperialismus!“



Oben: Demonstrierende Araber in Jerusalem, die von Militärpolizisten in Schach gehalten werden. Bürgerrechte gelten nicht für Oppositionelle, nicht für Araber.

Links: Demonstrationen gegen den Imperialismus in Israel und in den USA. Mitglieder des Bundes junger Arbeiter für die Befreiung protestieren vor Senator Jacob Javits Büro in New York. Javits hatte in einem Brief an US-Präsident Nixon die Lieferung von 125 Düsenjägern an Israel gefordert. Auf den Transparenten heißt es u.a.: „Israel ja – Zionismus nein“ und „Javits spricht nicht für alle Juden“. – Nixon steht auf Seiten der israelischen Imperialisten: „Die Amerikaner neigten dazu, den Konflikt im Nahen Osten allein im Blick auf die israelisch-arabische Auseinandersetzung zu sehen, sagte Nixon. Aber dieses Gebiet sei die Pforte zum Mittelmeer, die Türangel der NATO und der Ausgang nach Indien“. 80 Prozent des Öls für Europa und 90 Prozent für Japan komme aus diesem Bereich der Welt. . . . Wenn das militärische Kräfteverhältnis zuungunsten Israels verändert werde, ‚wird es Krieg geben‘, betonte Nixon.“ (Frankfurter Rundschau, 3. Juli 1970) „Abba Eban begrüßt Nixons Rede“ (Überschrift in der Frankfurter Rundschau am 4. Juli 1970)

Der ideologische Kampf wird von uns in Israel hauptsächlich gegen die in unserem Lande herrschende reaktionäre Ideologie geführt – gegen den Zionismus. Das ist eine nationalistische Ideologie der jüdischen imperialistischen Bourgeoisie. Unser politischer Kampf richtet sich gegen die Praktiken des Zionismus. Dieser Kampf vereinigt sich mit dem Streben nach Frieden, Unabhängigkeit der Völker, Demokratie und sozialem Fortschritt. Damit dient dieser Kampf den Interessen des Volkes und der Jugend unseres Landes, den Interessen der Arbeiterklasse Israels, folglich den echten nationalen Interessen des israelischen Volkes.

Der Zionismus agiert im Nahen Osten im Sinne der Festigung der politischen, ökonomischen und strategischen Positionen der imperialistischen Staaten. Mit ihrer Hilfe strebt er eine territoriale Expansion Israels an. Er tritt als Gegner des palästinensisch-arabischen Volkes, als Gegner der gesamten antiimperialistischen, arabischen Bewegung auf. Dieser Umstand festigt seinerseits chauvinistische Einstellungen in der arabischen Welt, die darauf hinauslaufen, sogar das Existenzrecht des israelischen Staates zu verneinen.

Mit Unterstützung des amerikanischen, britischen und westdeutschen Imperialismus wurde im Jahre 1967 der Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker entfesselt. Das Hauptziel dieses Krieges war: das Niederkämpfen der antiimperialistischen, nationalen Befreiungsbewegung und die Unterbindung der freundschaftlichen solidarischen Beziehungen zwischen den arabischen Ländern einerseits und der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern andererseits.

Dieses Ziel haben die Imperialisten auch heute noch auf der Tagesordnung. Deshalb die fortdauernde israelische Okkupation von 120.000 Quadratkilometern arabischen Bodens – ein Territorium von der sechsfachen Größe des Vorkriegsterritoriums Israels. Deshalb die grausame Unterdrückung von einer Million Arabern, die in den besetzten Gebieten leben und einen ständigen Widerstand gegen die Okkupanten leisten.

Bester Verbündeter: Nixon

Die israelischen amtlichen und halbamtlichen Kreise zollen der amerikanischen Unterstützung ihres Krieges und ihrer Okkupation Anerkennung. So erschien in einem halbamtlichen israelischen Verlag das Buch „Arabisch-israelische Konfrontation in den Jahren 1948–1967“ von Professor Nadaf Safran (Harvard-Universität, USA). Darin heißt es im Zusammenhang mit der Beurteilung der Frage der Kriegsbeendigung im Sicherheitsrat im Juni 1967: „Diesmal (im Junikrieg) war Israel frei von Drohungen der UNO . . . in Hinsicht auf bedingungslosen Truppenabzug – dank der Bemühungen der USA.“ Und weiter: „Die USA . . . traten gegen die sowjetische Initiative im Sicherheitsrat auf, die darauf ge-

richtet war, einen Befehl zur Feuereinstellung und zum Rückzug zu erreichen, und sie halfen damit den Israelis, Zeit zu gewinnen, um ihre Kriegsaktivitäten vollenden zu können.“

Regierungsmitglieder und Knesseth-Abgeordnete in Israel erklären offen, daß die israelischen Jungen ihr Blut vergießen, um die Interessen der USA in diesem Gebiet zu schützen. Nicht genug damit: diese Kreise fordern eine Verstärkung der amerikanischen Unterstützung – auf politischem, militärischem und wirtschaftlichen Gebiet. Sie versuchen, die USA durch verräterische, antinationale Angebote zu bestechen. So der Abgeordnete S. Abramow, der im April dieses Jahres vorschlug, die Sinai-Halbinsel den USA zu übergeben, damit sie dort eine gewaltige Militärbasis errichten können als Ersatz für die dem Imperialismus verlorengegangenen Basen in Libyen und anderswo.

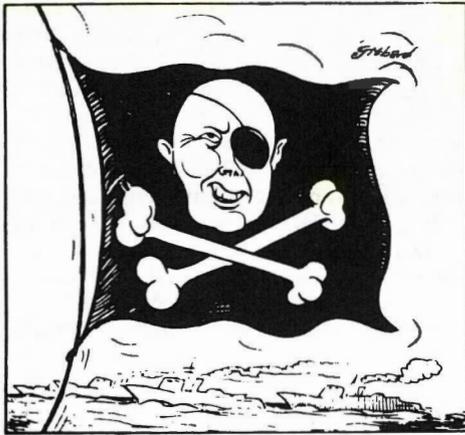
Das Auftreten des israelischen Außenministers Abba Eban in diesem Jahr in den USA erinnert an seine USA-Reise vom Mai 1967. Auch diesmal trug er einen Plan zur Eskalation des Krieges vor. Für „Verdienste“ bat er nicht nur um Flugzeuge und Milliarden, sondern er bemühte sich, die USA unmittelbar in kriegerische Aktivitäten im Nahen Osten hineinzuziehen, was einen direkten kriegerischen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR im Nahen Osten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges bedeutet.

Israels Führer gegen das Volk Vietnams

Die Abhängigkeit der herrschenden Kreise Israels von den Imperialisten kommt nicht nur in der Nahost-Politik, sondern auch auf anderen Gebieten zum Ausdruck. Während die ganze fortschrittliche Welt scharf gegen die schmutzige Einmischung des amerikanischen Imperialismus in Vietnam und Kambodscha protestiert und ihre Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Völker Indochinas ausdrückt, während in den USA selbst das Blut junger Menschen, die gegen die verbrecherische Politik ihrer Regierung auftreten, fließt – drückt die Regierung Israels ihre Zustimmung und Unterstützung der US-Politik in Indochina aus. Es sei erinnert an den Besuch der Militärdelegation der regierenden Saigoner Junta im Januar dieses Jahres in unserem Land, dessen Ziel es war, die Kriegererfahrungen der israelischen Armee kennenzulernen. In diesem Geist gab auch Itzhak Rabin, Botschafter Israels in den USA und Generalstabschef im Juni-Krieg 1967, im Mai dieses Jahres im Fernsehen die Erklärung ab, daß ein amerikanischer Mißerfolg in Kambodscha für Israel schädlich sein würde.

Worum geht es?

Die Politik der regierenden Kreise Israels isolierte unser Land im internationalen Maßstab. Die fortschrittlichen Kräfte der



ganzen Welt, die seinerzeit das Selbstbestimmungsrecht der beiden Völker Palästinas – der Araber und der Israelis – unterstützten, haben den Kampf für den Rückzug der israelischen Armee aus den im Juni-Krieg annektierten Gebieten aufgenommen. Wie auch damals handeln sie gemäß ihrer antiimperialistischen Prinzipien. Die zionistischen Ideologen versuchen, Israel mit dem Zionismus und die Juden mit den Zionisten zu identifizieren. Aber weder das Volk Israels, noch der israelischen Jugend wird die offizielle Politik der Regierung einen Nutzen bringen. Im Gegenteil: Als Resultat des Krieges wurde das Blut vieler israelischer Jungen vergossen, und je länger die Okkupation andauert, desto mehr wächst die Zahl der Opfer an. Frieden und Sicherheit, in deren Namen die Regierung Israels angeblich ihre abenteuerliche Politik führt, sind so fern wie niemals zuvor.

Die ökonomische Abhängigkeit wächst

Die Fortsetzung der Okkupation führt auch zur verstärkten wirtschaftlichen Abhängigkeit Israels von den imperialistischen Mächten, vor allem von den USA. Regierungssprecher Israels haben zugegeben, daß die Rüstungsausgaben des Landes sich jetzt auf 10 Millionen israelische Pfund pro Tag belaufen, was ungefähr 12 Millionen D-Mark gleichkommt. Die ganze ökonomische Last des Krieges und ihre Folgen – Defizit der Zahlungsbilanz, wachsende Auslandsverschuldung des Staats, die im Januar 1970 eine Summe von 2,2 Milliarden Dollar erreichte, und sinkender Lebensstandard – werden dem werktätigen Volk auferlegt. Während der Reallohn der Arbeiter sinkt, wächst unaufhaltsam der Profit der großen in- und ausländischen Industrie- und Bankunternehmen. Die Profite der Industriellen Israels wuchsen von 600 Millionen israelischen Pfund 1967 auf 1 Milliarde im Jahre 1968 und auf 1,3 Milliarden im vergangenen Jahr an.

Der Krieg führte zur Festigung der Herrschaft der ausländischen Wirtschaftsunternehmen in der israelischen Wirtschaft. So errang die Finanzierungsgesellschaft, die der westdeutschen Bank für Gemeinwirtschaft gehört, im Laufe der letzten drei Jahre ca. eine Million israelische Pfund jährlich und sicherte sich faktisch eine Finanzkontrolle über 1000 Industrieunternehmen.

In Israel existieren 30 der 500 größten Industriegesellschaften der USA. Gemäß dem Gesetz zum Anreiz von Kapitalanlage haben diese Gesellschaften das Recht, alle ihre Profite aus dem Lande auszuführen. Je länger der Krieg andauert, desto mehr wächst die Abhängigkeit Israels vom Kapitalimport aus den USA.

Die Opposition formiert sich

Die Lage muß sich ändern, sie fordert direkt eine Änderung heraus. Aber die Regierung Israels hat nichts für einen Ausweg aus der Sackgasse des Krieges anzubieten als die bereits zum Überdruß wiederholte Ausrede: Israel habe keine „Wahl“. Dieser Eigensinn, diese Erstarrung der Haltung der Regierung bringt andererseits weitere Bürger unseres Landes dazu, das wirkliche Wesen der aggressiven Politik der herrschenden Kreise zu erkennen, die unfähig sind, uns den ersehnten Frieden zu bringen.

Diese Bürger unseres Landes, die zu begreifen beginnen, bleiben nicht bei der Enttäuschung über die gegenwärtige Regierung, sondern sie mobilisieren ihre Kräfte zum Kampf:

- Sie demonstrieren, nicht selten von blutigen Polizeieinsätzen begleitet.
- Sie schicken Protestdelegationen in Regierungs- und andere öffentliche Ämter, an die Universitäten Jerusalems und Tel Avivs, in die Gefängnisse.
- Sie organisieren auf den Straßen der Städte Protestkundgebungen.
- Sie schicken Petitionen an die Regierung, schreiben Zeitungsartikel, verfassen Lieder und veranstalten Theateraufführungen.

Sie arbeiten aktiv für die Beendigung der Bombenangriffe auf die VAR und andere arabische Länder, treten gegen die militärischen Invasionen jenseits der Grenzen auf. Sie erklären sich solidarisch mit Hunderten arabischen Inhaftierten, die in den Gefängnissen Hungerstreiks durchführen und sich zum Kampf gegen die grausamen Haftbedingungen organisieren. Sie kämpfen für die Befreiung der Inhaftierten, die gemäß Verwaltungserlassen in Gefängnissen ohne Untersuchungs- und Gerichtsverfahren sitzen. Sie kämpfen gegen die Errichtung von jüdischen Siedlungen in den annektierten Gebieten.

Der allgemeine Kampf wuchs besonders an, nachdem die Regierenden Israels in aller Öffentlichkeit das Fehlen jeglicher Friedensbestrebungen vordemonstriert haben, indem sie die Genehmigung für die Reise des zionistischen Aktivisten Dr. Nahum

Goldman in die VAR, in die er zu Gesprächen eingeladen worden war, verweigerten.

Die Gegner der Regierung fordern eine friedliche israelische Politik, die tatsächlich zu einem gerechten Frieden mit den arabischen Nachbarländern führen würde – zu einem Frieden ohne Annexionen, der aber ein aufrichtiges Bekenntnis Israels zu einem solchen Frieden voraussetzt.

Die Herrschenden antworten mit Terror

Angesichts der wachsenden Protestwelle seitens der Gegner ihrer Politik sind die Herrschenden in Israel in Besorgnis geraten, und sie begannen, radikale Gegenmaßnahmen zu ergreifen: Drohungen, Beschuldigungen, hysterischer Antisowjetismus und Antikommunismus – eine richtige Hexenjagd auf die linke Jugend beging. Die Aktivisten unserer kommunistischen Bewegung sind administrativen Verhaftungen ausgesetzt, ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt bis zum Verbot des Wohnsitzwechsels – und all dies basierend auf britischen Sondergesetzen aus den Zeiten des Mandats! Hierzu muß bemerkt werden, daß diese antidemokratischen Notstandsgesetze unter dem verlogenen Vorwand der Verteidigung der Sicherheit erlassen wurden.

Imperialismus – gemeinsamer Feind

Ausgehend von der Feststellung, daß das israelische Volk, einschließlich des palästinensischen arabischen Teils, einen gemeinsamen Feind hat, nämlich den Imperialismus, und gemeinsame Interessen, nämlich den Frieden und die nationale und soziale Befreiung, kämpfen wir unter der Devise: Nicht mit den Imperialisten gegen die arabischen Völker, sondern mit den arabischen Völkern gegen den Imperialismus.

Wir handeln gemäß der Lehre von Marx: „Ein Volk kann nicht frei sein, das andere Völker unterdrückt.“ Wir kämpfen gegen die aggressive Politik der Herrschenden Israels, für die Anerkennung der berechtigten Rechtsansprüche des palästinensischen arabischen Volkes, für den Rückzug der israelischen Truppen aus allen im Juni-Krieg 1967 annektierten Territorien, für die Herstellung eines stabilen und gerechten Friedens zwischen Israel und den arabischen Völkern auf der Basis einer gegenseitigen Anerkennung der nationalen Rechte aller Völker und Länder des Nahen Ostens. Wir weisen darauf hin, daß all dies Realitäten sind, daß Israel eine „Wahl“ hat, der viele arabische Führer ihre Zustimmung erteilt haben. Und diese Wahl heißt: Die Resolution des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967 vollständig zu verwirklichen, die den Interessen aller Völker unseres Gebietes entspricht.

Der Autor dieses Beitrages ist Sekretär der Kommunistischen Jugend-Liga Israels.

Tagebuch der Redaktion

Am 23. Juni verstarb kurz vor Vollendung seines 68. Lebensjahres Dr. Franz Paul Schneider, ordentlicher Professor für Staatswissenschaften in Würzburg. Herausgeber, Redaktion und Verlag des elan richteten an Frau Gertrud Schneider dieses Telegramm: „Lassen Sie uns unser tiefes Mitgefühl zum Ableben unseres Freundes und elan-Mitbegründers Professor Schneider aussprechen. Wir haben in ihm einen Milkämpfer und ein Vorbild der demokratischen Jugend verloren.“

Mit Franz Paul Schneider ging von der Bewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eine ihrer hervorragendsten Persönlichkeiten. Unvergessen bleibt das Engagement des Wissenschaftlers im „Fränkischen Kreis“, unvergessen sein Wirken für die Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft. Über den von Franz Paul Schneider mitherausgegebenen elan schrieb das Komitee des Dr. Rainer Barzel „Rettet die Freiheit“ in seinem berühmten Denunzianten-„Rotbuch“ im Jahre 1959: „Diesem Ziel — einer mündigen Jugend in ihrem Lebenskampf belzustehen — meinen die Herausgeber gerecht zu werden, indem sie zur Teilnahme an den kommunistischen Weltjugendfestspielen aufrufen oder der westdeutschen Jugend Fahrten in die SBZ (so nannte man damals die DDR — Red.) oder in Ostblockstaaten anpreisen.“ Franz Paul Schneider ist seinem Ziel gerecht geworden. Vom „Rotbuch“ spricht heute niemand mehr.

★

Am 2. August sind es 25 Jahre her, da in Potsdam die Regierungschefs der USA, Großbritannien und der UdSSR verhandelten und das Potsdamer Abkommen unterzeichneten. Das Abkommen hatte eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zum Ziel — ein Ziel, für das die demokratische Jugend Europas auch heute kämpft. elan hat aus diesem Anlaß den mit ihm befreundeten fortschrittlichen Jugendzeitungen aus Ost- und Westeuropa sowie aus der Bundesrepublik vorgeschlagen, zu einer Beratung in Dortmund zusammenzukommen. Thema: „25 Jahre Potsdamer Abkommen — Perspektiven des Kampfes der demokratischen Jugendpresse für europäische Sicherheit, Demokratie und sozialen Fortschritt.“ Das Treffen findet im Spätsommer statt. Wir werden unsere Leser auf dem Laufenden halten.

★

Im Rahmen dieser Beratung europäischer Jugendjournalisten findet auch die nächste Herausgebersitzung des elan statt. Neu im Herausgeberkreis begrüßen werden wir Dr. Peter Schütt (30), engagierter linker Schriftsteller aus Hamburg, unseren Lesern als elan-Autor gut bekannt.

★

In Ungarn weilt zur Zeit elan-Mitherausgeber Pfarrer Willi Helntzler, er folgte einer Einladung zu einer Studienreise, die elan vom ungarischen Kirchenamt erhielt. Angeregt hatten beim Kirchenamt die Redakteure von „Ifju Kommunista“ („Jung-Kommunist“) diese Reise. Sie wollten mal einen linken Theologen aus dem Westen kennenlernen. Dazu haben sie jetzt Gelegenheit.

★

elan-Herausgeber Pastor Horst Stuckmann (Herne) wird Anfang September als Studentenpfarrer nach Malnz gehen. Wir wünschen ihm viel Erfolg für seine neue Tätigkeit.

★

„Es gibt viele Möglichkeiten, Springer zu bekämpfen ..“ schrieben wir in unserer März-Ausgabe und meinten damit: gute Ideen (um den elan-Inhalt zu verbessern), Mehrverkauf (damit elan bekannter wird), Abonnentenwerbung und Spenden (weil ohne Geld das Magazin nicht bestehen kann). Der Aufruf hat uns bisher schon viele neue Leser gebracht. Wir danken allen Werbem für die geleistete Arbeit. (Macht weiter so! Denn der Wettbewerb läuft weiter. Lesergruppen aus Dortmund, München und Köln führen — mehr wird noch nicht verraten.)

Nicht so ganz zufrieden sind wir mit der Beteiligung an dem „Test“, der mit dem Aufruf verbunden war. Zwar erhielten wir in Briefen viele Anregungen und Hinweise, aber der Testbogen wurde nur von 188 Lesern ausgefüllt zurückgeschickt. Dennoch werden wir unser Versprechen halten: Der Test, inzwischen gründlich ausgewertet, wird unserer künftigen Redaktionsarbeit mit zu Grunde gelegt. Wir werden die vielen ausgezeichneten Vorschläge für unsere Arbeit nutzen. (Wer nicht mitgemacht hat, konnte in diesem Falle eben nicht mitbestimmen bei der Gestaltung des elan. Trotzdem bitten wir alle Freunde — mit und ohne Testbogen: Schreibt uns Eure Meinung. Ihr helft uns damit sehr.)

Allen Teilnehmern des Tests unser Dankeschön. Wir werden ihnen das Ergebnis der Testaktion in den nächsten Tagen schriftlich mitteilen. Wer sich anonym beteiligt hat oder ganz einfach an dem Ergebnis interessiert ist, schreibe uns eine Postkarte — wir senden auf Wunsch das Ergebnis zu.



Heinz Werner Schipper aus Dortmund ist stolzer Besitzer der Gesammelten Werke von Bertolt Brecht. Er hat sie von elan erhalten.

Nicht umsonst. Denn auch der „elan“ kann nichts verschenken.

Heinz Werner Schippers hat dafür etwas getan. Innerhalb von einem Monat hat er über 20 neue elan-Abonnenten gewonnen. Und er hat seinen Werbepreis bekommen: Brecht.

Übrigens: Die Brecht-Bände könnten auch bald in Deinem Besitz sein . . .

Hier noch einmal die Werbepremien:

1 Abo:

Liederheft „Vorwärts und nicht vergessen“

2 Abos:

„Wie macht man Kriege“ (Reichel) oder ein anderes interessantes Buch

5 Abos:

1 Langspielplatte mit Folklore oder Arbeiterliedern

10 Abos:

Ausgewählte Werke in 3 Bänden von W. I. Lenin bzw. von Marx/Engels

20 Abos:

Bertolt Brecht — Gesammelte Werke in 20 Bänden

Bestellschein:

Ich bestelle ab bis auf Widerruf, jedoch mindestens für 1 Jahr (Jahresabo incl. Zustellgebühr DM 13,-) das Magazin für junge Leute „elan“.

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Alter: _____

Unterschrift: _____

Name und Anschrift des Werbers: _____



Uwe Sommer

SEX VON A-Z?

Ein „Lexikon der Sexualität“
für junge Menschen

Dieses Buch ist glücklicherweise kein „Aufklärungsbuch“. Dafür klärt es vieles – jedoch manches nicht, obgleich der Titel „Lexikon der Sexualität“ recht umfassend angelegt ist. Der Autor der 43 Jahre alte Düsseldorfer Arzt Dr. Martin Goldstein, lehnt den Begriff „sexuelle Aufklärung“ als „mißlungene Bezeichnung für einen Teil der sexuellen Erziehung“ ab, „worunter meist verstanden wird, Kindern und Jugendlichen Geschlechtsorgane und menschliche Fortpflanzung zu beschreiben und Bedenken vor unerlaubter sexueller Betätigung mitzuteilen, anstatt ihnen begreiflich zu machen, was menschliche Sexualität bedeutet.“

Und das bedeutet Sexualität: „Lebenswille, der körperlich und geistig-seelisch wirksam ist und im Wunsch nach Lust, Kontakt und Zärtlichkeit zum Ausdruck kommt und die Erfüllung dieser Wünsche ermöglicht.“ Eine knappe, aber umfassende Formulierung. Gelungen, wie die meisten der Texte zu den über 400 Stichwörtern. Der erfahrene Pädagoge Goldstein fordert eine neue Moral: „Alles, was ihr von euren Mitmenschen an wohlthuenden Zuwendungen erwartet, das wendet ihnen auch zu.“ Eine zutiefst menschliche Forderung. Doch Goldstein aber allgemeingesellschaftliche Ansprüche erhebt, muß hier Kritik ansetzen: die Forderung ist richtig, wo sie die Jugendlichen, junge Arbeiter, Studenten und Schüler im Verhältnis zueinander meint, sie erweist sich als illusionär, wenn man die in Klassen gespaltene Gesellschaft analysiert. Abs und Berg sind den jungen Arbeitern keine „Mitmenschen“, sondern Feinde.

Ungenau, weil klassenneutral, ist auch Goldsteins Behauptung „Alle Diktaturen unterdrücken die Sexualität“, was Verdrängung und Aggressivität bewirke. Die Arbeiter tritt als herrschende Klasse auf. Die herrschende Klasse im Kapitalismus treibt 1) auf dem Gebiet der Sexualität, was sie will und 2) nutzt sie die Sexualität als variables Herrschaftsinstrument. Das heißt, sie unterdrückt nicht die Sexualität, sondern die entrechteten Klassen, indem sie einerseits zur Manipulation, Ablenkung von wahren Interessen, Profitmaximierung und Abbau von Solidarität Sex- und Pornowellen flu-

ten läßt, während sie andererseits eine Lehrmeinung noch als Disziplinierungsmethode mit dem Ziel sexueller Abstinenz gewähren läßt. Die ausgebeutete und dereinst ebenfalls – dann aber als Mehrheit über eine Minderheit – herrschende Klasse hat ihre eigene Sexualmoral zu entwickeln, die – so wie es auch Goldstein verlangt – den Partnern nur die eine Voraussetzung auferlegt, nämlich sich so miteinander zu verhalten, wie beide daran Gefallen finden. Zu dieser Partnerschaft, dieser Gemeinschaft von Gleichberechtigten im sexuellen Bereich, muß dann die Gleichberechtigung in der Gesellschaft treten. Denn die Frau wird nicht frei, wenn sie im Bett mal die Führung übernehmen darf, während sie im Betrieb doppelt ausgebeutet wird; als Proletarier ohnehin und durch Leichtlohngruppen ein zweites Mal, die ihr gleichen Lohn für gleiche Arbeit verwehren. Eine Sexualmoral der Arbeiterklasse müßte hier diskutiert werden, welche statt Bindungslosigkeit und „Freiheit“ Partnerschaft und Solidarität, ja Kampfgemeinschaft verlangt.

Man möchte Leuten wie Goldstein, die die Struktur dieser Gesellschaft nicht erkennen wollen, raten, doch lieber die Finger zu lassen von gesellschaftlichen Modellen. (Während man den marxistischen Wissenschaftlern raten möchte, sich endlich wieder dem Thema Sexualität und Gesellschaft zuzuwenden.) Goldsteins Buch ist da, wo das Individuum gemeint ist, ein klärendes Werk für junge Menschen. Als das beste, was auf dem Markt ist, kann es jedem empfohlen werden. Kein Zufall, daß die ersten 10.000 Exemplare bereits vergriffen sind.

Das Buch ist da Lexikon, wo es Methoden der Empfängnisverhütung, medizinische und juristische Tatbestände usw. beschreibt. Insgesamt wird es trotz alphabetischer Anordnung dennoch nicht wie ein Lexikon zu nutzen sein: wer sucht schon solche Stichworte wie „Abwechslung“, „Jugend“, „ledig“, „Liebe“ und „romantisch“? Das Buch nimmt bewußt Wertungen vor und es kommentiert. Es will von vorn bis hinten durchgearbeitet sein – und das lohnt sich.

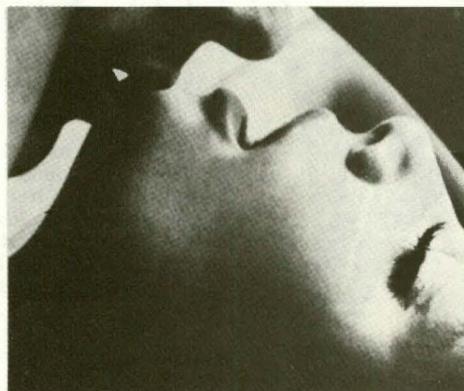
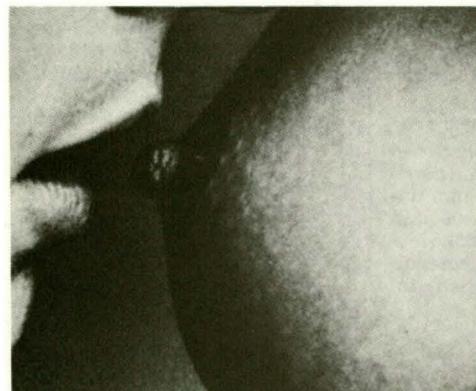
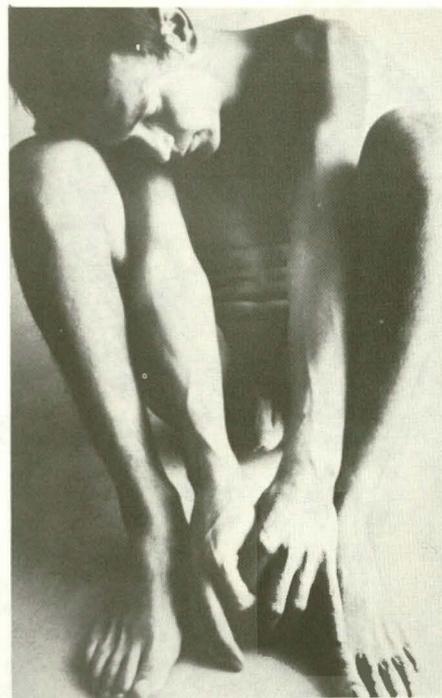
Es lohnt sich auch wegen der meisterhaften Fotos von Will McBride. 200mal ist er mit

seinen Arbeiten vertreten, die allesamt beweisen, daß ihm die Aufgabe gelungen ist, „die menschliche Sexualität zu fotografieren“. Allerdings hat die Methode, zur Illustration ausschließlich Fotos zu verwenden, auch ihre Nachteile. Hier zeigt sich wieder, daß da kein echtes Lexikon entstand. Denn zur bildlich dargestellten Sexualität gehören auch Darstellungen, die fotografisch nicht zu lösen sind. (Denn die Lage von Gebärmutter und Scheide bekam auch McBride nicht ins Bild.)

Doch lassen wir diese mehr formale Kritik. Goldstein sagt Ja zu den „Möglichkeiten und Schönheiten der Sexualität“, nachdem Legionen von „Aufklärern“ die Jugend vor der Sexualität gewarnt haben. Goldstein: „Unsere heutige Öffentlichkeit setzt sexuelle Abstinenz bei allen Menschen voraus; ausgenommen bei Ehepartnern. Jede andere sexuelle Betätigung kann als Unzucht bzw. Erregung öffentlichen Ärgernisses verfolgt werden. Es ist anzunehmen, daß die bestehende Forderung der Gesellschaft nach sexueller Abstinenz nicht erfüllt werden kann, weil Sexualität zum menschlichen Leben gehört und nicht einfach durch Druck der öffentlichen Meinung oder durch eigene Willensanstrengung auf die Dauer ausgeschaltet werden kann. Die Auffassung, daß Jugend und sexuelle Abstinenz zusammengehören, hängt vielfach mit der Annahme zusammen, daß Abstinenz die beste Vorbereitung auf die Ehe sei. Sexuelle Abstinenz ist nicht für jeden die beste Vorbereitung auf ein glückliches Geschlechtsleben in der Ehe.“

Das Buch erschien im evangelischen Jugenddienst-Verlag, Wuppertal (224 Seiten, DM 24,-), was verschiedentlich zu „Aha“-Reaktionen führte. Schrieben Magazine wie „Stern“ und „Underground“ im Stil von „Seht Euch diese Kirche an, Donnerwetter“, so lamentierte der klerikal-reaktionäre „Rheinische Merkur“: „Hier klingt etwas von dem die Lust preisenden Grundzug an, der die ganz Schrift durchzieht und ihr alles andere als einen spezifisch christlichen Charakter verleiht“.

Alle Fotos wurden mit freundlicher Genehmigung des Jugenddienst-Verlages, Wuppertal, dem „Lexikon der Sexualität“ von Goldstein/McBride entnommen.





An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können
oftmals
leichter gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.

Soldat 70

Weiter hält das Echo auf unsere Berichte über „Soldat 70“ an.

Lieber Udo Kniffel, wir haben alle in elan gelesen, daß die Unterzeichner von „Soldat 70“ in der Bundeswehr Repressalien ausgesetzt sind.

Deshalb versichern wir Dir: Wir unterstützen die Forderung Eurer „Wortmeldung“. Wir verfolgen aufmerksam den Verlauf Eures Kampfes. Wir sind Dir und Deinen Kameraden dankbar, daß Ihr einen Weg gewiesen habt, den diejenigen von uns, denen die Einberufung noch bevorsteht, weiter gehen werden.

Wir wissen, daß Ihr nicht aufgeben werdet. Mit Euch sind wir, Eure Freunde in Betrieben, Schulen und Universitäten, angetreten zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus. Die Flick und Schnez werden lernen müssen, was das ist: Arbeiter-einheit! Wir wünschen Euch viel Erfolg in Eurem Kampf.

SDAJ Bonn

Mit Ihrem Bericht „Soldat 70“ bin ich als wehrpflichtiger Flieger ganz und gar nicht einverstanden. Denn auf der einen Seite fordern Sie „Nazis raus“, auf der anderen Seite sind Sie der größte. Ich frage Sie nur, wie Sie das unter einen Hut bringen wollen. APO oder Nazi ist dasselbe. Nur habe ich bis jetzt noch nirgends einen Nazi bei der Bundeswehr unter den Vorgesetzten gefunden. Nach meiner Meinung und der meiner Kameraden haben Sie Stroh im Gehirnkasten.

Anonym

„Jugend gegen Kriegsdienst“

Mehrfach berichtete elan über den Kongreß „Jugend gegen Kriegsdienst.“

Ich habe Euren Artikel über den Kongreß „Jugend gegen Kriegsdienst“ im Juli-Heft gelesen. Unter anderem las ich heraus, daß die Teilnehmer des Kongresses sich für die Kriegsdienstverweigerung aussprachen. Im

allgemeinen bin ich auch dafür, daß junge Menschen den Kriegsdienst verweigern. Spricht man jetzt aber einmal Mitglieder einer demokratischen oder sozialistischen Jugendorganisation (z. B. SDAJ) an, müßte man doch sagen, daß solche Jungen den Dienst bei der Bundeswehr nicht ablehnen, auch wenn wenn man dies „Kriegsdienst“ nennen muß. Ich bin nämlich der Meinung, daß z. B. SDAJ-Mitglieder eine bestimmte politische Aufgabe zu erfüllen haben; auch in der Bundeswehr.

TAMARA THIEL, Bonn

Leser-Vorschläge

Immer wieder erhalten wir Kritik und Vorschläge zur Gestaltung des elan.

elan hat mir überwiegend gefallen. Die Aufmachung und die „Pfundssachen“ sind prima. Die Berichte über den Bund habe ich gründlich gelesen, denn ich werde im Oktober eingezogen.

D. M., Gladbeck

elan müßte einmal über die Be-spitzelung durch die politische Polizei und den Verfassungsschutz berichten und wie man sich dagegen wehrt. Hier in Bielefeld stehen die Burschen fast jeden Tag lange vor den Schaufenstern und der Tür unseres Zentrums und gaffen aufdringlich rein. Zustreichen können wir die Fenster nicht, weil damit 15 bis 20 qm Werbe- und Agitationsfläche verlorengehen.

WOLF-RÜDIGER NEUDEL,
Bielefeld

elan ist, soweit ich das bis jetzt beurteilen kann (Ich habe nur einige Probehefte gelesen), große Klasse und endlich mal eine linke Zeitschrift für die Jugend, wie ich sie mir vorstelle. Es wäre schön, wenn man noch recht oft einige Seiten für Wehrpflichtige finden würde. Wie wäre es mit Tips für Wehrdienstverweigener usw.? Speziell interessiert mich, ob Ihr vorgesehen habt, des öfteren politische Songs abzudrucken.

Flieger D. G., z. Z. Goslar

Ich finde, elan sollte nicht allzustark in jedem Artikel zeigen, daß es eine kommunistische Zeitung ist. Es sollte vielmehr nicht nur Kritik am Kapitalismus und an unserer Demokratie üben, sondern auch einmal die Vorzüge sehen, die es in einem sozialistischen Staat (DDR) nicht gibt (freie politische Aktivität, unbegrenzte Verdienstmöglichkeiten, freie Entfaltung des einzelnen usw.).

TONI SAUER, Jügesheim

Darüber müßte elan mal berichten über die kommunistische Jugendbewegung Europas, über die kommunistische Gewerkschaftsjugend, über die Tätigkeit der Jugendverbände der sozialistischen Staaten, über die Jugendbewegung Amerikas.

Ich bin wie viele jungen Marxisten der Ansicht, daß elan wesentlich mehr in Wort und Bild über die Weltjugendbewegung berichten sollte, damit wir mehr erfahren über den weltweiten Kampf der Jugend für Demokratie und Sozialismus.

HELMUT ROTTER, Etterschlag

Ich bin erst seit kurzem Bezieher des elan. Ich meine, man sollte das Song-Magazin etwas reicher gestalten und vielleicht eine „elan-Hitparade“ einführen.

Außerdem sollte elan einen ausführlichen Bericht über Kriegsdienstverweigerung bringen und das immer bei diesem wichtigen Thema auf dem laufenden halten.

INGO BREUER, Porz

Muster-Betrieb

Immer wieder berichten uns Leser über Mißstände in ihren Betrieben.

Ich bin schon einige Monate in der Firma Giltcher in Köln beschäftigt. Obwohl die 80 Mann Belegschaft zu 70 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, ist es nicht möglich, einen Betriebsrat auf die Beine zu stellen. Die meisten wären sicher dafür, aber keiner wagt sich, einen zu wählen.

Außerdem gibt es in diesem Betrieb keinen Aufenthaltsraum. Man muß während der Pausen

in der überliechenden Luft sein Brot herunterwürgen.

Wenn man Toilettenpapier braucht, muß man es sich erst bei den Vorgesetzten erbetteln. Die Ausbildung der Lehrlinge ist sehr dürftig. Sie sind hauptsächlich damit beschäftigt, für die älteren Kollegen einzukaufen zu gehen und die Betriebsräume auszufegen.

Ich bitte darum, meinen Namen aus Sicherheitsgründen nicht zu erwähnen.

Eiche

„Kennst du den Baum?“ heißt ein Gedicht, das ein Leser für uns schrieb.

Kennst du den Baum?
Die Eiche?

Die da wächst auf unserem Mist?
Die keinen in Ihren Ästen duldet
als die, die sie pflanzten?
die denen die sie pflanzten Ihre
Früchte schenkt, während die
anderen sich mit den Blättern
begnügen dürfen
Die da heißt Kapital?
Sieh ihn dir an den Menschen-
fresserbaum!

Bewohnt von wenigen
gepflanzt auf viele
aussaugend die vielen
beschenkend die wenigen
Sieh ihn dir an, den Baum!
Sieh die braune Farbe der
faulen Früchte!
Hör die Schreie der vielen!
Leidend liegen sie unter den
Wurzeln.

Hör ihr Jammern!
Spürst du nicht ihr Leid?
Doch das alles übertönend:
Das Schmatzen der wenigen, die
das Fleisch der vielen fressen,
das Blut der vielen saufen, auf
den Leichen der vielen hocken
(satt rülpsend) und die zum
Dank auf die vielen scheißen.

Betrachte das Bild.
Genieße es und sauge den Haß
in dich auf

Dann
komm zu uns
Wir haben noch Äxte
schnapp dir eine Axt
und laß die Späne fliegen
Wir helfen dir dabei

JOACHIM SCHMITT-SASSE
Wuppertal

Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige
Gelegenheiten, fabrikneu, Koffer-
schreibmaschinen, Saldiermaschi-
nen, Rechenautomaten. Profitieren
Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog

NÖTHEL AG Deutschlands großes
Büromaschinenhaus

34 Göttingen · Markt 1 · Postfach 601
Telefon 620 08, Fernschreiber Nr. 096-893

Jagow versichert (fast) alles —
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

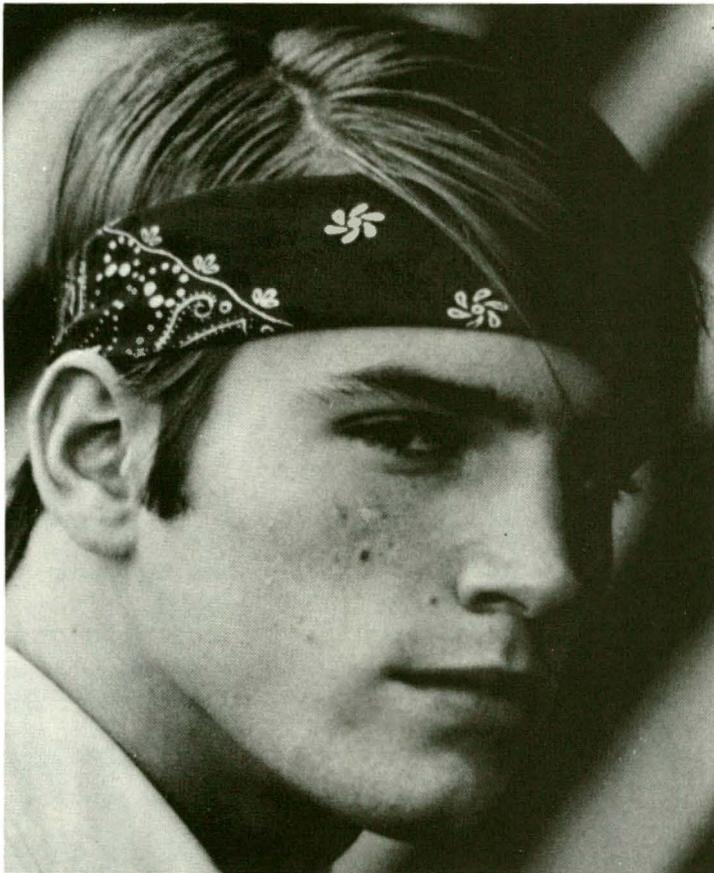
Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



**Bist Du
schon
Mitglied
der
SDAJ?**

Informationen:
Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel.: 52 43 55
Spenden:
Postscheck Essen 18 65 84



Töte alle und kehr allein zurück

Der Film hält, was der blutrünstige Titel verspricht: eine Orgie des Mordens rötet die Leinwand, das Töten wird zum ästhetischen Genuß, Geldgier die Haupttriebkraft menschlichen (?) Handelns, Mord und Totschlag sind die sichersten Mittel zum Erfolg — Regisseur Enzo Castellari läßt kein Kapitel

imperialistischer Verrohungs-ideologie unverfilmt.

Die Story ist zurückverlegt in die Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs. Ein Südstaaten-General, der längst von der Unabwendbarkeit der eigenen Niederlage überzeugt ist, heuert kurz vor Toresschluß eine Bande skrupelloser Mordspezialisten an; nach der Nazi-Parole „Und nach uns die Sintflut“ sollen sie den Truppen der Nordstaaten noch einige verlustreiche Schläge versetzen.

Nach Ledernacken-Manier begibt sich Banden-Boss Clyde (Chuck Connors) mit seiner Truppe ans Werk. 90 Minuten lang fallen die Leichen ins Parkett — moralische Aufrüstung für amerikanische Marine-Infanterie in Vietnam.

Flesh

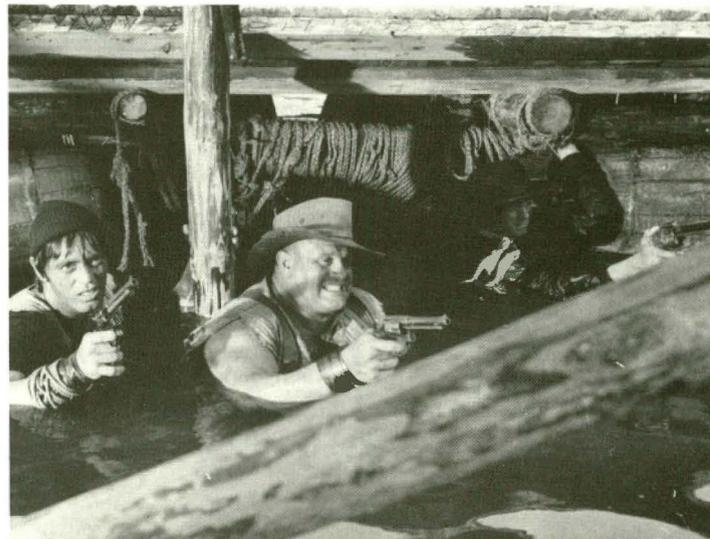
Eine Handvoll großer Verleihgesellschaften beherrscht den größten Teil des Filmmarktes und kämpft, eine gegen die andere, erbittert um jedes Prozent Marktanteil. Filme sind Ware, Filme müssen Profit bringen, ergo muß jeder neue Film etwas besonderes bringen, damit man der Konkurrenz um eine Nasenlänge (sprich: zehntausend Besucher) im Voraus sein kann: die Taten der Krimihelden werden immer unglaubwürdiger, die Sado-Western immer brutaler, die Pornos immer dekadenter.

„Flesh“ ist einer der — vorläufigen — Höhepunkte dieser Eskalation der Massenverdummung. Er wird als „underground-film“ verkauft, wobei die Werbung den Zuschauer wissen lassen möchte, daß „underground“ gleichbedeutend sei mit „unterdrückt“, der Kinogänger also jetzt — endlich — die Gelegenheit habe, das früher aus den Lichtspielhäusern Verbannte mit eigenen Augen zu bewundern. Man ist ehrlich erstaunt, daß „Flesh“ nicht unter dem Lock-

spruch „Mehr Demokratie wagen“ angepriesen wird.

„Flesh“ („Fleisch“) stammt aus der Zelluloid-Küche des über Jahre hinweg systematisch als „underground“-Filmer“ aufgebauten, also interessant gemachten Andy Warhol und bleibt konsequent jener kapitalistischen Filmfreiheit treu, alles zeigen zu dürfen, außer: Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischer Kriegsvorbereitung.

Regisseur Paul Morrissey läßt auf der Leinwand einen Tag aus dem Leben eines New Yorker Strichjungen (Joe Dallesandro) abrollen: Joe schläft bis mittags, wird von seiner Frau zur „Arbeit“ geschickt, findet einen 20-Dollar-Kunden, steht für 100 Dollar einem ältlichen Lustmolch Modell, gibt einem Anfänger Tips für die Berufspraxis, besucht eine Extreudindin — bis er abends, von des Tages Mühen zu Tode erschöpft, wieder ins Bett sinkt. Ein Film ohne Handlung, vollgespickt mit langatmigen Dialogen. Die Spekulation mit dem großen Geschäft jedoch scheint aufzugehen: im Milieu „zog“ schon immer, männliche Prostitution jedoch ist auf der Leinwand noch völlig unverbraucht. Die Laufzeiten beweisen es.



Wer von Sado-Western und der Sexwelle genug hat, sollte dem Kino nicht gänzlich den Rücken kehren: die Abenteuer der Herren Feuerstein und Geröllheimer stellen alles in den Schatten!

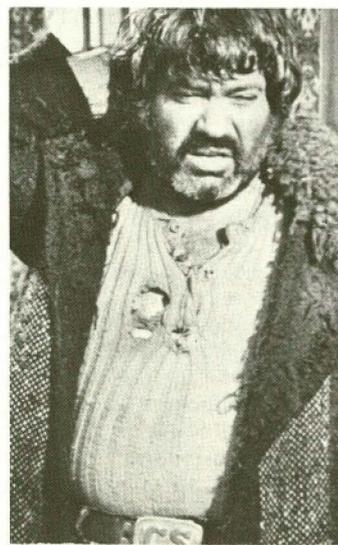


Sabata

Um möglichen Verwechslungen vorzubeugen: der Titelheld dieses Films hat mit dem legendären Zapata nichts gemein. Was Zapata den reichen Großgrundbesitzern nahm, verteilte er an die landarmen Bauern — Sabata hingegen steckt die Beute in seine eigene Tasche. Ganz abgesehen davon, daß ihn die Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht im Geringsten interessieren: ihn interessiert nur eines: der Reichtum, den sich der arrogante Gutsbesitzer Stengel (Franco Ressel) zusammengeraubt und ergaunert hat.

Stengels größter Coup, ein In seinem Auftrag durchgeführter und vom zuständigen Richter gedeckter Bankraub, wird von Sabata (Lee van Cleef) vereitelt — lächelnd ermordet der gentleman-killer Sabata die Komplizen Stengels, ebenso freundlich lächelnd bringt er die 100 000-Dollar-Beute dem Besitzer zurück und beginnt (immer noch lächelnd), den genasführten Bankräuberboß zu erpressen.

Der wiederum setzt eine ganze Armee von Killern in Marsch, doch Sabata überlebt sie alle. Nach einem grandiosen Feuerzauber auf Stengels Farm kommt es zum entscheidenden Duell und zum 100. Toten dieses von Frank Kramer mit einigen dramaturgischen Brüchen in Szene gesetzten Italo-Western.



Carsten Linde

★★★★★★★★★★

SONG MAGAZIN



ARLO GUTHRIE, Sohn des Folksong-Idols Woody Guthrie und seit dem Newport Folk Festival 1967 in USA zu erstem Ruhm gelangt, wird nun auch in Deutschland bekannt. Dafür sorgen seine Lieder und der Film „Alice's Restaurant“. Alice's Restaurant ist keine Kneipe, sondern eine ausgediente Kirche, in der sich eine Kommune eingenistet hat. Arlo hat mit ihr den Haß auf US-Militarismus und kapitalistische Gesellschaftszwänge gemein. Sein 25minütiger, frei rezitierter Talking Blues „Alice's Restaurant Massaker“ schildert, wie er die Musterungsärzte durch ihre eigenen, kriegslüsterne Argumente und Vorstellungen davon abbringt, ihn – den langhaarigen, unpatriotischen Außenseiter – für tauglich zu erklären. Allein der Song „Alice's Restaurant“ macht die gleichnamige LP (Liberty UAS 29061, 19 DM) mit zum Teil ausgezeichnete Filmmusik empfehlenswert.

Auf einer neueren LP „Running down the Road“ (Reprise RS 6346, 19 DM) stellt sich Arlo Guthrie als ein ernstzunehmender und begabter Folk-Rock-Sänger vor. Jedes Lied dieser LP ist ausgewogen arrangiert und gut interpretiert. Wegen der spröden Lyrik seiner Texte, dem swingenden Folk

Rock und der Ausstrahlungskraft seiner Stimme, kann man Arlo Guthrie sicherlich zu den besten jungen Liedermachern Amerikas zählen.

Als Klangzertrümmerer und neuschaffende Avantgardisten begannen BLUE CHEER mit ihren LPs „Vincebus Eruptum“ und „Outside-Inside“. Zurückgekehrt ist die Gruppe nun zu bluesähnlichen Songs wie „Rock and Roll Queens“ oder „Natural Man“. Faszinierende Soli hört man vor allem von R.B. Kellogg (Key Boards). Blue Cheer (Philips 6336001) spielt im guten, straffen „Heavy Sound“.

Rund 30 Jahre dauert schon die Partnerschaft des blinden Mundharmonikaspielers SONNY TERRY mit dem Bluesgitarrierten BROWNIE MCGHEE. Bei ihren traditionellen Blues setzt die Mundharmonika stechende Akzente über ein routiniertes rhythmisches Gitarrenspiel. Elf Eigenkompositionen von Terry/McGhee hört man auf einem Live-Mitschnitt „Where the Blues begin“ (Fontana 858 133 PY, 12,80 DM) von denen „C'mon if you're comin“ und „Burnt Child afraid of Fire“ besonders gefallen.

Bei THE FLOCK (CBS S 63733) dreht sich alles um den „Teufelsgeiger“ Jerry Goodman und seine erregenden Soli, obwohl auch die anderen 6 Gruppenmitglieder gleichermaßen inspiriert rocken und jazen. Der Siegeszug der Violine in der Neuen Musik beginnt bei „The Flock“. Goodmans fünfminütiges Stück „Introduction“ z.B. knüpft an klassischer Kammermusik an und verarbeitet Elemente aller von der Popmusik aufgesogenen Stilrichtungen. Die Vitalität und der Einfallsreichtum von Flock, die keinem

Klischee verpflichtet sind, machen die Musik dieser Gruppe zu einem Hörerlebnis.

RICHIE HAVENS, der einst bittere Blues und Black-Power-Songs sang, trägt nun verinnerlichte Lieder mit umfangreichem Background vor, zum Teil mit mystischen Texten (There's a hole in the Future; Ring Around the Moon). Havens eigenwilliger Vortragsstil verlangt vom Hörer sehr viel Konzentration. Die Arrangements sind modisch-trendhaft, die Texte bleiben unverständlich, die Lieder im ganzen steril. (Stonehenge, Verve FUS 9523, 19 DM).

10 neue Lieder von dem JETHRO TULL Sänger und Flötisten sind auf der neuen LP „BENEFIT“ (Island 6339009 ILPS, 19 DM) zu hören. Die Flötensoli von Anderson klingen gezähmt und sind nicht mehr so zahlreich wie früher. Im Stil ähnelt die Musik der LP „Stand UP“ – zur alten Besetzung hinzugekommen ist der Organist und Pianist John Evans. Die Musik bleibt ohne neuartige Experimente. Gute Titel: To cry you a song – Inside.

Wenn JOHN MAYALL „Vater des weißen Blues“ auf 15 Jahre unermüdlichen Musizierens mit 9 verschiedenen Bands zurücksieht, so wird daraus kein Blick zurück im Zorn, sondern ein Doppelalbum mit 21 Titeln zum Preis von 19 DM (Looking Back, Decca DS 3104/1-2 ST), das es in sich hat. Die Aufnahmen reichen von Mayalls ersten musikalischen Gehversuchen (als Begleiter Champion Jack Duprees) über elektrische Blues („Ramblin' on my mind“ mit Eric Clapton) bis zu schlagerähnlichen Eigenkompositionen (Jenny). Ein guter Querschnitt schon historisch gewordener Gruppen und Aufnahmen.

PORTRÄT FRANZ-JOSEF DEGENHARDT (Polydor twen 2638009, 2 Platten, 29 DM) heißt eine Zusammenstellung von zwanzig seiner Lieder aus sieben Jahren. In dieser neuen Reihung wird wieder einmal deutlich, wie viele Erfolgslieder von „Väterchen Franz“ geschrieben wurden. Rumpelstilchen, die Schmuttelkinder, Tonio Schiavo, Horsti Schmandhoff und Tante Th'rese – nicht nur diese alten Bekannten aus Waldeck-Zeiten hört man auf der ersten LP. Die zweite LP faßt die politischeren



Lieder im Bänkelstil zusammen: Väterchen Franz – Wenn der Senator erzählt – Vatis Argumente, usw. „Franz-Josef Degenhardts große Erfolge“ – auch so hätte diese Kassette genannt werden können. Bei der Auswahl der Polit-Songs der letzten zwei Jahre fällt auf, daß gerade jene Lieder fehlen, die von jungen Menschen im Twen-Alter konsequentes politisches Verhalten fordern, z.B. die direkten Lieder „Rat an einen jungen Sozialisten aus der reicheren Welt“ oder „Reiht euch ein in die neue Front“ oder „Ausdiskutiert“. Neben der erwähnten Kassette seien deswegen noch einmal und vorrangig empfehlen „Degenhardt live“ (Polydor 249 268) und „Im Jahr der Schweine“ (Polydor 249 331), auf der solche Lieder zu hören sind.

Kegel, H.

Ein Viertel- jahrhundert danach

Das
Potsdamer Abkommen
und was aus ihm
geworden ist

223 Seiten · Pappband 4,50 M

Bestell-Nr. 770 589 2

Diese populärwissenschaftliche, interessant geschriebene, aktuelle Arbeit erscheint anlässlich des 25. Jahrestages des Potsdamer Abkommens.

Sie gibt breiten Bevölkerungskreisen einen wertvollen Einblick in den Kampf der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und aller fortschrittlichen Kräfte in Europa um die Sicherung des Friedens, um die Erfüllung der Grundanliegen des Potsdamer Abkommens, das bis in die Gegenwart hinein voll gültig ist.

Potsdamer Abkommen

Dokumente zur Deutschlandfrage (1943–1949)
Herausgegeben von der Historischen Gedenkstätte Cecilienhof, Potsdam

3. Auflage

Etwa 126 Seiten · Broschiert 1,10 M

Bestell-Nr. 770 571 0



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

DDR-108 Berlin,
Otto-Grotewohl-Straße 17

Spannend,



**Günter Spranger
Treffpunkt
Bern**

Kurz vor Kriegsende haben SS-Leute geraubtes Gold in einem Banksafe der Schweizer Hauptstadt deponiert. Wenige Tage noch läuft die Aufbewahrungsfrist — werden die Banditen mit den versteckten Millionen entkommen?

Etwa 330 Seiten
Leinen etwa 7,— M

engagiert,



**Günter Radtke
Die
Tätowierten**

Als das Telefon klingelt, weiß der Kriminalbeamte Rückert noch nicht, daß ihm Tage und Nächte schwerster Arbeit bevorstehen. Eine junge Frau ist ermordet worden, und die Spuren führen zu einer Bande Jugendlicher . . .

Etwa 248 Seiten
Leinen etwa 6,80 M

mutig



**Hans Schneider
Nacht
ohne Alibi**

Zweimal landet Walter Weinhold im Gefängnis, und so zwingend waren die Indizien, „daß ich mich auch hätte verurteilen müssen“, sagt er selbst, „wenn ich nicht wüßte, daß ich dennoch unschuldig bin“. Als er freigelassen wird, muß er einen anderen Namen tragen.

2. Auflage · 232 Seiten
Leinen 6,— M

**eben Kriminalromane
mit dem Greifensignet**

Greifenverlag zu Rudolstadt

DDR-682 Rudolstadt · Heidecksburg